

Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

zusammengestellt
von
Tristan Abromeit

Dezember 2007

www.tristan-abromeit.de

Text 56.37

(1+54+6+3+1 Seiten)

Siegfried Hellmonds

Ideen + Meinungen

4/81, 5/82, 6/82, 1/83, 2/83, 3/83, 4/83, 5/83, 6/83

Insider Info

10/83, 12/83, 5/84, 8/84

Umlaufsicherung des Geldes – Ein Problem?

o. J.

Diskussion: 3 Briefe (TA – Hellmonds)

Nullsummenspiel mit Engel und Teufel

IDEEN MEINUNGEN

Werbe-
Exemplar

IDEEN: URGEDANKEN, REINE BEGRIFFE
PLATON: DIE EWIG UNVERÄNDERLICHEN
URFORMEN, DEREN UNVOLLKOMMENE
ABBILDER DIE IRDISCHEN DINGE SIND
DIE IDEE STEHT ÜBER DEN DINGEN
NICHT ERFAHRUNG IST IHRE DENKENDE
ERFASSUNG, SONDERN ERINNERUNG

4
81

MEINUNGEN: DIE DER SINNESERFAHRUNG
ZUGÄNGLICHEN DINGE SIND IN IHREM
BESTAND DURCH TEILHABE AN DEN IDEEN
BEGRÜNDET. SIE SIND DEREN ABBILDER
ODER SCHATTEN. DARUM GIBT ES VON
IHNEN KEIN STRENGES WISSEN, SONDERN
NUR EIN MEINEN = MEINUNGEN

Der Eigenname "Jesus" ist die griechische Umschreibung des hebräischen Namens Joschua und bedeutet "Jahwe hilf", auf gut deutsch: Gotthilf. Nach den Geburts geschichten wurde Jesus während der Regierungszeit von Herodes d. Gr. geboren. Sein Heimatort war Nazareth.

Ungefähr mit 30 Jahren begann er sein öffentliches Wirken. Im Gegensatz zu den Rabbinern predigte er nicht in Synagogen, sondern überall, wo er Zuhörer fand: auf Straßen, Plätzen und auf Bergen.

Der alttestamentlichen Auslegung durch die Schriftgelehrten und Pharisäer stellte er seine eigene Auslegung gegenüber.

Seine Lehre zieht die Konsequenzen des "Alten Testaments".

Dadurch ergeben sich neue Aspekte:

Der Heilswille Gottes besteht in der Vergebung der Schuld.

Dies ist der Maßstab der menschlichen Lebensführung. Damit wird auch Vergebung unter Menschen, Nächstenliebe, ja Feindesliebe möglich.

JESUS VON NAZARETH

Begründer und Mittelpunkt der neutestamentlichen Verkündigung



PAX

*Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen.
Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen.
Selig sind, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden. (Mt 5)*

alles. Damit befand er sich im Gegensatz zur herrschenden Auffassung von Gesetz und Recht. Strafe: Tod durch Kreuzigung!

Den in den "Zehn Geboten" gegebenen Willen Gottes faßt er radikal: Nicht erst das Töten ist Schuld, sondern bereits seine Voraussetzung, das Zürnen. Auch das Denken und das Wollen ist Tat und muß verantwortet werden. Der Wille Gottes ist in sich einheitlich. Kein Gebot schreibt etwas anderes vor, als bedingungslose Liebe. Dies ist die Aussage seiner Bergpredigt (in Matthäus 5-7). Nicht zuletzt deshalb wird er auch "Friedensfürst" genannt.

Die national-jüdischen Messias-Hoffnungen hat er für sich abgelehnt. Als "Menschensohn" erschien er der Urgemeinde, der am Ende aller Tage wiederkommen wird, doch schon in seinem irdischen Leben die Macht hat, Sünden zu vergeben. Mit seinem ganzen Leben demonstrierte er gegen den herrschenden Grundsatz "Auge um Auge, Zahn um Zahn", der Rache und der Vergeltung für jeden und für

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. ...

FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT IN DER WELT

(nach: S. Gesell, "Die natürliche Wirtschaftsordnung", 1949, R. Zitzmann Verlag)

Bürger- und Völkerfrieden entstammen demselben Geist, haben die gleichen Ursachen. Zwischen Staaten, die innerlich gesund sind, d.h. sich wahren Bürgerfriedens erfreuen, kann es gar nicht zum Krieg kommen, wie auch umgekehrt zwischen denselben Staaten kein wahrer Friede Fuß fassen kann, solange in ihnen der Klassenkampf tobt.

Wer darum den Völkerfrieden will, muß wissen, daß er ihn nur vom Altar des Bürgerfriedens holen kann. Der Bürgerfriede ist die Keimzelle des Völkerfriedens. Was dem Bürgerfrieden geopfert werden muß, gehört auch restlos in den Opfertopf des Völkerfriedens. Denn die Dinge verhalten sich so, daß wir uns um den Völkerfrieden überhaupt nicht mehr zu kümmern brauchen, sobald wir dem Bürgerfrieden alles geopfert haben, was ihm geopfert werden muß. ...

Der Völkerkrieg

ist eine Nebenerscheinung der Schichtung der Völker in einzelne Klassen, des Kampfes dieser Klassen gegeneinander - des bürgerlichen Wirtschaftskrieges.

Die Ursache

des in allen Kulturstaaten herrschenden bürgerlichen Kriegszustandes ist wirtschaftlicher Natur. Die durch naturwidrige menschliche Einrichtungen gesetzmäßig sich einstellende Klassenschichtung der Kulturvölker ist der Wirkung nach mit Kriegszustand gleichbedeutend.

Haben doch in früheren Zeiten die Kriege und Sklavenjagden nie etwas anderes bezweckt als genau denselben Zustand gewaltsam zu schaffen, den wir heute als "bürgerliche Ordnung" bewundern, nämlich die Schaffung eines besonderen Arbeiterstandes, auf den die herrschende Schicht alle Mühseligkeiten des Lebens abwälzen konnte! Diese Zweiteilung des Volkes in Rentner und Lasttiere

ist widernatürlich und kann deshalb nur durch Gewaltmittel, körperliche und seelische, aufrecht erhalten werden. Gewalt aber fordert Gewalt heraus: sie ist der Krieg.

Ist die Wirtschaft in Ordnung, so ist auch der Friede gesichert. Gegensätze aus der geistigen Welt stören niemals ernsthaft den Frieden.

Selbst die sogenannten Religionskriege hatten recht nüchterne wirtschaftliche Beweggründe. Auch Rasse und Sprache veranlassen keinen Krieg, wie denn überhaupt der Krieg nichts mit den menschlichen Lebenserscheinungen zu tun hat.

Schon allein der Umstand, daß sich die Krieger künstlich (durch Uniformen) als Freund und Feind kennzeichnen müssen, daß eine Schlacht zwischen nackten Regimentern undenkbar ist, sagt genug in dieser Hinsicht.

Die wirtschaftlichen Einrichtungen, die das Zerfallen der Völker in verschiedene Klassen bedingen und zum Bürgerkrieg treiben, sind in allen Kulturstaaten von Anfang an bis auf den heutigen Tag dieselben gewesen: Das Bodenrecht und das Metallgeld (bzw. das diesem nachgeäffte Papiergeld) - uralte Einrichtungen, soziale Spaltpilze und Sprengkörper, die schon die Staaten des Altertums in Trümmer legten und auch wieder mit unserer Kultur fertig werden, wenn wir uns nicht noch rechtzeitig davon befreien. Solange wir mit unseren Reformbestrebungen und Umwälzungen vor den beiden genannten wirtschaftlichen Einrichtungen Halt machen, ist kein Friede möglich, weder nach außen noch nach innen.

Dies hat uns deutlich genug die "große" Französische Revolution gezeigt: Trotz Volksvertretung, trotz sogenannter Demokratie hat damals in Frankreich der Zerfall in Klassen mit erneuter Kraft eingesetzt und ist heute vielleicht wieder nirgendwo so weit getrieben wie gerade dort, trotz Revolution!

Ehedem waren es Staat und Kirche, die das

Volk bis aufs Blut ausplünderten; jetzt sind es die Rentner, die an deren Stelle getreten sind. Gerade die beiden Einrichtungen, auf denen der Zerfall eines Volkes in Klassen beruht, hatte der Umsturz geschont - das Privatgrundeigentum und das herkömmliche, aus dem Altertum stammende Geldwesen.

Das Privatgrundeigentum und das damit untrennbar verbundene Proletariat sind unvereinbar mit wahrer Demokratie

Ja, das Königtum ist nichts anderes als die folgerichtige Wirkung des Privatgrundeigentums. Der Grundeigentümer strebt zwangsläufig nach einer Zentralgewalt, von der allein er Schutz vor den begehrlichen Griffen der aufsässigen Massen erhoffen zu können glaubt.

Darüberhinaus wirkt auch unser herkömmliches Geld dadurch, daß es den Zins als Bedingung seines Wirkens fordert und so die gesamte Volkswirtschaft auf die Zinsentrichtung einstellt, nach der gleichen Richtung: volkszersetzend, klassenbildend und friedensfeindlich.

Seitdem man das Privatgrundeigentum eingeführt und die Edelmetalle zum Tauschmittel der Arbeitserzeugnisse erhoben, hat es nie wahren Frieden gegeben - und solange wir bei diesen uralten barbarischen Staatseinrichtungen verharren, wird es auch nie Frieden geben - weder nach innen noch nach außen. Krieg ist der einzig mögliche Zustand zwischen Rentnern und Arbeitenden.

Der Friede ist ein grosses Unternehmen,

und der Größe des Unternehmens müssen die Mittel entsprechen. Sonst gibt es nur Enttäuschungen. Keine Menschenopfer fordert der Friede, aber "Geldopfer unerhört"! Daneben das Opfern köstlicher Vorrechte, liebgewonnener Vorurteile, völkischer Bestrebungen und Lebensanschauungen. Wahrhaftig, die Dinge verhalten sich so, daß, wenn wir dem Vielfraß - genannt der Friede - alles geopfert haben werden, was ihm unbedingt geopfert werden muß, große Kreise des Volkes in allen Ländern mit Überzeugung ausrufen werden: Lieber Krieg als Frieden! So wie es ja auch oft genug vorkommt, daß Leute, die ihr Vermögen in einem Börsenkrach verloren haben, sogleich entschlossen in den Tod gehen. Es ist ein Fehler aller Friedensfreunde gewesen - mit Ausnahme allein der Urchristen -, daß sie die Größe der Aufgabe bei weitem unterschätzten und darum mit völlig unzureichenden Mitteln dies Ziel zu erreichen trachteten. Wirklich,

oft sieht es so aus, als ob der Friede im Kaufhaus zu holen wäre.

Es wird deshalb nützlich sein, sich einmal anzusehen, was man bisher großmütig diesem "Vielfraß" zu opfern bereit war: Eines der mit Überzeugung empfohlenen Mittel ist der Gebärstreik. Keine Geburten = keine Soldaten = keine Kriege.

Dieses Mittel ist allerdings unfehlbar. Wer aber würde sich des Segens solchen Friedens noch erfreuen? Doch nur die Kinder der Streikbrecherinnen. Für diese sollen sich also die andern opfern? Man empfiehlt auch die (Wehr-) Dienstverweigerung. Auch dieses Mittel ist unfehlbar, vorausgesetzt, daß es alle tun. Wie überhaupt vieles zu erreichen wäre, wenn wir alle Helden wären. Wo aber sind denn diese Helden? In vielen Hunderten von Jahren gab es nur einen Arnold von Winkelried, nur einen Giordano Bruno, nur einen Huß.

Wer solchen Opfersinn anruft, der verlangt die Überwindung des Selbsterhaltungstriebes, der glücklicherweise noch größer ist als die Sehnsucht nach Frieden. Es ist ja gerade dieser Selbsterhaltungstrieb, der uns friedlich, friedfertig stimmt ...

Am einfachsten löst ja der Kriegsmann diese Fragen: Man wirft den Feind zu Boden, stemmt ihm den Fuß auf die Brust und fragt ihn, ob er Frieden machen will. Bei dieser Art Frieden bleibt eigentlich alles bestehen, was die Gegner zum Krieg getrieben hat ...

Der Soldatenfrieden ist seiner gesamten Natur nach unhaltbar!

Solchem auf dem Übergewicht der Kräfte errichteten Frieden stellen die Staatsmänner den aus dem Gleichgewicht der Kräfte sich ergebenden Ruhezustand als Frieden gegenüber: Sind die Kräfte der Parteien derart ausgewogen, daß keiner mit Sicherheit mit dem Sieg rechnen kann, dann wird auch keiner mehr den Mut haben, den Frieden - diesen Frieden zu stören. So sagen die Staatsmänner. Und solange das Gleichgewicht der Kräfte nicht gestört wird, rührt sich auch der Kriegengel nicht ...

Es erübrigt sich, weitere Forderungen der Gleichgewichtslehre anzuführen. Das Gesagte zeigt, wohin man mit diesem Diplomatenfrieden kommen würde.

Einen ähnlichen Frieden erstreben die Vertreter der Abrüstungslehre. Sie sagen, das Gleichgewicht der Kräfte sei da, sobald alle ihre Waffen niederlegten. Sie sagen: 100 unbewaffnete Männer sind nicht mächtiger als 10; der unbewaffnete Mann sei militärisch gesehen eine Null. Die Macht liege in den Waf-

fwn und in der Übermacht der Waffen. Und diese Übermacht an Waffen reize zum Krieg.

Natürlich gehen wir nicht so weit, auch die Polizisten entwaffnen zu wollen. Dabei denken wir wahrscheinlich an die Notwendigkeit der Rüstung zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens. Dies jedoch ist bereits ein recht verdächtiges Zugeständnis an die Rüstung: Denn, wieviele Armeekorps würde man z.B. den Sowjets zur Aufrechterhaltung ihres "inneren Friedens" und ihrer Ordnung auf der Abrüstungskonferenz zugestehen?

Bei der Abrüstungsforderung als Friedensbürgschaft übersieht man vollkommen, daß zur Rüstung schließlich jedes Ding geeignet ist, das härter ist als der Menschenschädel ...

Wie stellt man sich unter solchem Gesichtspunkt die Abrüstung vor?:

Die italienische Polizei verbietet das Tragen von Taschenmessern, um auf diese Weise die Abrüstung in die Wirklichkeit zu übersetzen. Sollen wir nun den Besitz von Spazierstöcken verbieten? Soll es keine Jagdgewehre mehr geben? Schon gut, verbietet man jedoch das alles, so erwürden sich die Gegner, wie es im Kriege die Soldaten im "Handgemenge" jedesmal dann tun, wenn sie sich verschossen haben, also "abgerüstet" sind. Die Faust gibt in letzter Linie den Ausschlag. Kommt es zur völligen Abrüstung, ohne daß man die Kriegsursachen beseitigt, so bereitet man den Boden für den fürchterlichsten aller Kriege: für die Schlacht im Handgemenge (Teutoburger Wald, Lechfeld, Sempach). ... Was soll da die Abrüstung?

Der Mensch kommt gerüstet zur Welt

Wie er vom Uranfang an im Kampf mit den gerüsteten Mordgesellen der Natur, den Höhlenbären und Tigern, gerade wegen seiner vollkommenen Abrüstung sich als der Stärkere erwies, so ist er auch seinen Artgenossen gegenüber immer gerüstet. Geist und Schulbildung stellen letzten Endes die wirksamste Rüstung dar. Abrüstung ist Unsinn.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Rüstung den Frieden sichert.

Die Nutzlosigkeit der Abrüstung beweist noch nicht die Richtigkeit des Satzes: Wer den Frieden will, rüste sich für den Krieg.

Man mag immerhin abrüsten, das so gesparte Geld mag man zur Aussteuer neuer Rentner oder von zehntausend neuen Millionären benutzen - schaden kann dies nichts - aber nützen auch nichts.

Der Friede hat mit Rüstung und Abrüstung durchaus nichts zu tun!

Der am meisten besprochene Vorschlag zur Schaffung des Friedens ... ist der auf dem Völkerrecht aufzubauende Friede ... Dieses Völkerrecht soll seine Erleuchtung in der "Gerechtigkeit", in der Moral, in der Freiheit suchen, wobei man es als selbstverständlich annimmt, daß die "Gerechtigkeit" eine Sache für sich sei ...

Führt etwa der Klassenkampf zwischen Arbeitenden und Unternehmern, der jahrein - jahraus ständig tobt, dazu, im ganzen Volk den Sinn für "Gerechtigkeit" und Nächstenliebe zu heben? ... Hat man erst Frieden im eigenen Lande, tiefen, echten Bürgerfrieden, ist der Klassenkampf in den Staub geworfen und zertreten - dann können wir nach weiteren Eroberungen auf dem Gebiet der Gerechtigkeit uns umsehen und versuchen, uns mit den anderen Bewohnern dieser Erde zu vertragen. Solange dies nicht geschehen ist, bleibt uns nichts anderes übrig, als alles, was zu Rüstungen zwischen den Völkern führen kann, alle Zankäpfel, so gründlich wie möglich zu vertilgen.

Der Bürgerfriede ist die Grundbedingung für jenen Geist, der uns allein den dauernden Völkerfrieden bringen kann. Darum müssen wir dem Einzelmenschen auf der Erde mehr Rechte zugestehen als den Völkern und Staaten. Er wird diese weniger mißbrauchen ...

Ehret Lykurg, er ächtete das Gold, die Ursache aller Verbrechen. Pythagoras

Ideen + Meinungen ist ein Forum zur Darstellung von Ideen und Meinungsäußerungen. Unabhängig von allen Ideologien dient die

I+M

Schrift der toleranten Veröffentlichung auch abwegigster Äußerungen, soweit diese nicht gegen die Gesetze verstoßen.

Gezeichnete Beiträge verantworten die Autoren. Herausgeber und verantwortlich für Herstellung und Vertrieb: S. Hellmonds, Waßmannsdorfer Chaussee 28-40, 1000 Berlin 47
 Druck: Sofortdruck Gintar, Karl-Marx-Straße 16, 1000 Berlin 44. Abonnement-Interessenten wenden sich bitte an den Herausgeber. I+M erscheint (vorerst) monatlich.

IDEEN

Ein Meinungsforum
Werbe-
Exemplar

MEINUNGEN

IDEEN: URGEDANKEN, REINE BEGRIFFE
 PLATON: DIE EWIG UNVERÄNDERLICHEN
 URFORMEN, DEREN UNVOLLKOMMENE
 ABBILDER DIE IRDISCHEN DINGE SIND
 DIE IDEE STEHT ÜBER DEN DINGEN.
 NICHT ERFAHRUNG IST IHRE DENKENDE
 ERFASSUNG, SONDERN ERINNERUNG

5 82

MEINUNGEN: DIE DER SINNESERFAHRUNG
 ZUGÄNGLICHEN DINGE SIND IN IHREM
 BESTAND DURCH TEILHABE AN DEN IDEEN
 BEGRÜNDET. SIE SIND DEREN ABBILDER
 ODER SCHATTEN. DARUM GIBT ES VON
 IHNEN KEIN STRENGES WISSEN, SONDERN
 NUR EIN MEINEN = MEINUNGEN

Zu Zeiten, in denen die "Drakonischen Gesetze" in Kraft waren, wurde um 640 v.Ch. in Mytilene auf der Insel Lesbos die Sappho, Tochter eines reichen Weinhändlers, geboren. Die Überlieferung weiß von drei Brüdern und einer Tochter namens Kleis, nicht jedoch, ob Sappho verheiratet und danach verwitwet oder geschieden war. Die Selbständigkeit der attischen Frauen gründete sich vor allem auf das "Dotalrecht": Diese Aussteuer-Regelung war Sache der Mütter und sicherte die Unabhängigkeit der Töchter - auch gegenüber heiratsfreudigen Freiern.

Im Gefolge politischer Wirren zur Zeit des Tyrannen Pittakos wurde Sappho nach Sizilien verbannt. Dort verfaßte sie die herrlichsten Dichtungen, die von unstillbarer Sehnsucht zu ihrer mytilenischen Heimat zeugten.

Nachdem der weise Solon 594 v.Ch. zum Gesetzgeber berufen worden war, der die "Drakonischen Gesetze" milderte sowie das private Grundeigentum und Schuldknechtschaft beseitigte, fiel die Dichterin unter eine Amnestie, die ihr die Rückkehr in die Heimat ermöglichte.

Diese Amnestie des Jahres 581 v.Ch. gab ihr wohl auch die Möglichkeit der Teil-

SAPPHO VON MYTILENE

Die größte Dichterin
der Antike



*Denen wir das Liebste
getan,
die verletzen uns am
tiefsten.*

S a p p h o

Dichtkunst und der Musik. Sapphos Ruhm ist Legende. Strabo war überzeugt: "Sappho schlägt sie alle!" Von den Nachgeborenen, vor allem vom "Theater-Athen" ist sie oft verkannt und falsch interpretiert worden, obwohl Sappho zu ihrer Zeit kaum Anlaß zu Verunglimpfung gegeben hat, abgesehen von ihrem Freitod durch Sprung vom "Leukadischen Felsen", angeblich aus unglücklicher Liebe zu Phaon. Aber dies taten vor und nach ihr andere auch. ■

I. Die Grundrechte
ARTIKEL 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

FRAUEN UND MÄNNER - ZEITLOSE MENSCHHEIT

(nach: Sir Galahad, "Mütter und Amazonen" - Ein Umriß weiblicher Reiche. Die erste weibliche Kulturgeschichte", Non Stop Bücherei, o.J., Berlin)

Frauen, die wenig vom Mutterrecht, Männer, die gar nichts vom Amazonentum wissen, fabeln jetzt viel, diese finster, jene froh, von baldiger Wiederkunft beider Zustände - also Wiederkehr des Gleichen. Davon kann die Rede nicht sein. Zu etwas wie dem alten, orthodoxen Mutter-

recht braucht es nämlich "Mütter". Dieser Typus, halb schicksalhafte Göttin, halb erdhafte Schaffnerin, breit hockend und verwurzelt, ist erloschen oder im Erlöschen begriffen. Er wäre auch in einer nickelblanken Zivilisationsphase aus Zweck und Zahl wie der unseren fehl am Platz.

Gerade der Mann aber, mag er noch so gegen jede juristisch festgelegte Gynaikokratie bocken, ist es, der heimlich geradezu lechzt nach einer übermächtigen Weibssubstanz - keineswegs erotisch, bewahre, sondern einfach, um durch sie

*Ich liebe die Weiblichkeit nicht nur,
ich bete sie an.*

Friedrich von Schlegel

der Perennisierung (Verewigung) des Lausbuben in sich teilhaftig zu bleiben - nicht immer, nicht jeden Tag, doch irgend etwas soll es in Reserve geben, das ihn, wenn nötig, einfach an den Ohren nimmt, aus der Bredouille zieht und zum Trocknen hinsetzt, endgültig, radikal, ohne viel zu reden.

Herrlicher Weise gab es das unter dem alten Mutterwesen, ganz ohne Einbuße an Prestige bei Männchen und Weibchen der eigenen Lebensfläche. Von der "ewigen" Weibssubstanz selbst an den Ohren genommen zu werden, ist etwas, das keinen beschämt. Nun, meine Herren, wie machen wir das jetzt? Die Bredouille ist da, die Ohren sind da. Nur - die "Großen Müt-

*Wer politische Freiheit
mit persönlicher Freiheit
und politische Gleichheit
mit persönlicher Gleichheit
verwechselt,
hat niemals auch nur fünf
Minuten über Freiheit
und Gleichheit nachgedacht.*
George Bernard Shaw

ter" sind nicht mehr da. Nachdem der Urweibstypus (ihn hat kein Vaterrecht je ganz verdrängen können) erst jetzt, da er dem Zeitcharakter widerspricht, in der gewohnten Form zumindest versinkt, erhebt sich das, einzig seiner magischen Kulmination zugeborene alte Mutterrecht vor-

läufig gewiß nicht wieder, so wenig wie das Amazonentum. Amazonen sind ja keine sportgirlischen Frauenrechtlerinnen, wie Ahnungslose meinen. Ihre Tochterreiche gründende Art, als allein repräsentative, als alles überfliegender Feuerrausch und Trieb zu leidenschaftlicher Eigen-gestalt, kann es nur im Aufgang eines heroischen Zeitalters geben, an jenem genialen Schicksalsstreifen, wo Magie und Geist, Schauung und Tat zugleich sind, wo zum seelischen Raum der Wirkungsraum stürmisch hinzuerobert werden kann, Elan nicht stockt in Bevölkerungsdichte. In einem Äon also ganz anderer Art. Was jetzt (heute) heldisch im üblichen Sinn ist, äußert sich im Widerstand von Volksteilen gegen Massenteile, und ist zwar kämpferisch, doch bis zur Ausschließlichkeit männlich-jünglingshaft betont. ...

Wir sehen, daß damals etwas Außerordentliches keimte, in Saft stand, sich verhärtete, zerfiel; aber, was es von sich aus wollte und war, dafür fehlen uns im feinsten die seelischen Fühlfäden.

*Die Frau,
geboren zu Schutz und Verteilung,*

hat von Natur aus das Talent, Mehrerin jeden Reichtums zu sein, sie erfaßt bei konkreten Problemen auch weit rascher, worauf es ankommt, weil sie frei von "Sachlichkeit" ist.

(US-) Amerika weiß sehr genau, warum es konsequent jede "Behörde" ausschließt

3
bei der Bewältigung sozialer Probleme, auch das der Arbeitslosen-Fürsorge, gerade, weil das an die Wurzel der Nation reicht, und warum es alles privater Organisation überläßt, was in der Union so viel bedeutet, bis zu achtzig Prozent

Die Natur hat die Frau dem Manne vorgezogen.

Agrippa von Nettesheim

der Frauen. Dabei steht Amerika erst unter "Tantenverwaltung", ein Keyserling-sches Wort; die große Zeitlose ist noch kaum erschienen, erst angedeutet in wenigen Exemplaren.

"Laßt sie, laßt sie machen!" lautet dort lächelndes Vertrauen, wo sich spontan, weil behördelos lebendig, viel mehr machen läßt als anderswo, zu allem, was die Frauen im Sozialen beschließen.

Korruption bei weiblicher Verwaltung ist überall fast unbekannt,

wo es um öffentliches Wohl, Schutz des großen Kindes "Alle" geht; und die Herrschaft der unteren Mittelmäßigkeit, diese Pest allen männlichen Sozialismus, drängt sich bei Weiblichem weit weniger vor. Nichts wird verzettelt in üblichem Wortsinn. Männliches verfällt in der Zivilisationsphase ebenso rascher und vollkommener anorganischer Verkrustung, weil weniger erdbeseelt.

Als Effekt weithin sichtbar bei männlicher Revolution oder männlicher Gegenrevolution, männlichem Kommunismus wie männlichem Faschismus ist, daß dann jedesmal noch mehr Männer auf Sesseln in Büros sitzen und die restlichen Leute nach immer anderem Heilsrezept am Leben hindern.

Oh, sie sind pfißbig, solange sie es nur mit dem Kopf zu tun haben - aber sobald sie mit dem Herzen anbinden, werden die Bösewichter dumm.

Friedrich von Schiller

Kein Symptom ist bedenklicher als dieser allverkalkende Hang zum Bürokratismus. Dagegen gehört Bürophobie (die Scheu vor Büros) zu den wertvollsten weiblichen Instinkten. Vor dem "Amtsschimmel" kommt in jeder Frau wieder etwas von den thermodontischen Rossebändigerinnen herauf. Amazonen schlachteten bekanntlich weiße Gäule. Es war ihnen sogar ein besonderes Fest.

Männer geben ihr Unvergleichliches als

Wikinger, Eroberer, Anführer, Abenteurer des Geistes, große (Umher-) Schweifende höchsten Ranges; in sozialen Zeiten mit ihrem Massenproblem verfallen sie leicht zu Schwätzern, Büro-Kretins, Intellektuellen. Damit ja kein Mißverständnis über die Rangfolge der letzteren besteht: Leute, die auf Intellekt beschränkt bleiben, werden eben im Unterschied zu anderen, die natürlich intellektuell, aber auch noch was anderes sind, Intellektuelle genannt.

Ein Zeitalter der Massen,

dem Männlichen nicht gerade günstig, ist aber gerade das Element der besänftigenden, aufbauenden, ordnenden, eminent sozialen Mutterinstinkte, nicht verkörpert in irgendeiner hergebrachten Form, vielmehr der Vielfalt gigantisch komplizierter Wirkungswelt gewachsen. Das fordert einen Gestaltwandel zu etwas, in der die ganze lebendige Weibssubstanz auf neue Weise wirksam werden kann.

Erinnert euch all der Gesetze, mit denen unsere Vorfahren die Freiheit der Frauen gebunden, durch die sie die Weiber der Macht der Männer gebeugt haben, sobald sie uns gleich (gestellt) sind, sind sie uns überlegen.

Cato d.Ä. (Römischer Staatsmann)

Ohne "Mutterrecht", "Matriarchat", "Gynaikokratie" - heute veraltete Formen -, ja, ohne daß ein einziges Gesetz geändert werden müßte,

kommt die zeitlose Frau herauf

an ihren Platz. Sie wird nicht hingestellt durch irgendein Dekret, noch weniger drängt sie sich hin, sie steht einfach dort; wo es nötig ist, denn sie allein in der Verwirrung wird das Unbeirr-bare der Blut- und Erdseele noch bewahrt haben.

Und der zeitlose Mann?

Auch er hat ja die unabsehbaren Vorteile sprunghaft verlängerten Lebens - genau die gleichen Jahrzehnte der großen Adlerschau im Stadium geschmeidigster Vollendung. Die Frau ist als "ewiger Stoff" schon in der Zeitlosigkeit beheimatet, er (der Mann) in der Dauer erst Parvenü. Früher zu Hause, früher also souverän, auch in der neuen Lebensstrecke, wird sie deren besondere Vorteile auch früher gewahr. (Fortsetzung S.4 unten)

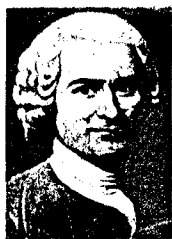
Frauen aller Länder ...

Nach einer Studie der Vereinten Nationen besteht die Hälfte der Weltbevölkerung aus Frauen; sie stellen ein Drittel der Beschäftigten, leisten aber zwei Drittel der Arbeitsstunden.

Trotzdem verdienen sie nur ein Zehntel des Welteinkommens und besitzen nicht einmal 1 Prozent des Reichtums dieser Erde. (Neue Zürcher Zeitung, 1980)

Erniedrigung der Arbeit - Hochmut der Kultur

Es gibt einen Hochmut der Kultur, der sich in exakter Parallelität zur Erniedrigung der Arbeit befindet ... Die Wurzeln reichen tief ... bis in die Antike hinain (in die griechische wohl gemerkt ...); da dort die Arbeit eine Leistung des Sklaven war, da sie knechtisch war, (deshalb) war die Kultur eine Leistung des freien Mannes, war sie freiheitlich. Paul Ricoeur



Jean-Jacques Rousseau
Französ. Philosoph

Alles ist gut, wie es aus den Händen des Schöpfers hervorgegangen ist; alles entartet unter den Händen des Menschen.

Die "Frauenpartei" will sich an der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 13. März 1983 beteiligen. Auf ihrem Bundesparteitag in Bremen beschlossen

die 50 Delegierten ferner, aus organisatorischen Gründen bei den vorgezogenen Bundestagswahlen am 6. März nicht zu kandidieren. (ap)

Ich gehe auf die Straße, weil das Mittel des gewaltlosen Widerstandes das einzige Mittel ist, das keine schmutzigen Hände macht...
Petra Kelly, Die Grünen
Bundesvorsitzende



Es gibt ein unfehlbares Mittel, eine Sache gerecht unter zwei Menschen aufzuteilen: einer von ihnen darf die Portionen bestimmen und der andere hat die Wahl.

Gustav Stresemann, ehemal. Reichskanzler

Man muss das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von den Einzelnen, sondern von der Masse.

J.W.v.Goethe

Ich glaube an die Vernunft. Nicht wegen der Weisheit, die die Menschen in der Vergangenheit gezeigt haben, sondern weil sie nach wie vor das beste Werkzeug des Menschen zur Selbstregierung ist.

Bernard Mannes Baruch, amerikan. Bankier

Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom.

Thea Bock
GAL-Fraktion, Hamburg

Früher das machen, was nur dort erreichbar ist: die innere Freiheit, das Über-allem-Stehen. Schon durch die ungeheure biologische Karriere der Mutterschaft erscheint sie ja eher saturiert; daran ändert der gelegentliche Gigolo-Verbrauch von ein paar "Flappergrannies" wenig. Der Mann dagegen läuft viel länger Gefahr, von seinen Hormonen herein-gelegt zu werden. Auch für die "Zeitlose Menschheit" gilt das Urphänomen:

Primat des weiblichen Naturprinzips

Daß das Männliche später zu Selbständigkeit und Schöpfertum heranreift, hat alles Menschenschicksal, bald einschränkend, bald entfesselnd, in jedem Zeit- und Kulturkreis immer wieder aufs neue aus seinem magischen Abgrund herauf entscheidend bestimmt. Die Elite dieser "zeitlosen Menschen" aber hat zu überbrücken, was jetzt droht: Die "menschenlose Zeit".

Ideen + Meinungen ist ein Forum zur Verbreitung von Ideen und Meinungen jenseits aller Ideologien, mit dem Appell an alle



Leser zu Toleranz und sachlicher Diskussion auch scheinbar abwegigster Meinungsäußerungen zur Bildung eigener Meinung.

Gekennzeichnete Beiträge verantworten die Verfasser. Herausgeber und verantwortlich für Herstellung und Vertrieb: S.Hellmonds, Waßmannsdorfer Chaussee 28-40, 1000 Berlin. Druck: Sofortdruck Gintar, Karl-Marx-Straße 16, 1000 Berlin 44. Abonnement-Interessenten wenden sich bitte an den Herausgeber. I+M erscheint jetzt alle zwei Monate

IDEEN MEINUNGEN

IDEEN: URGEDANKEN, REINE BEGRIFFE
PLATON: DIE EWIG UNVERÄNDERLICHEN
URFORMEN, DEREN UNVOLLKOMMENE
ABBILDER DIE IRDISCHEN DINGE SIND
DIE IDEE STEHT ÜBER DEN DINGEN
NICHT ERFAHRUNG IST IHRE DENKENDE
ERFASSUNG, SONDERN ERINNERUNG

6
82

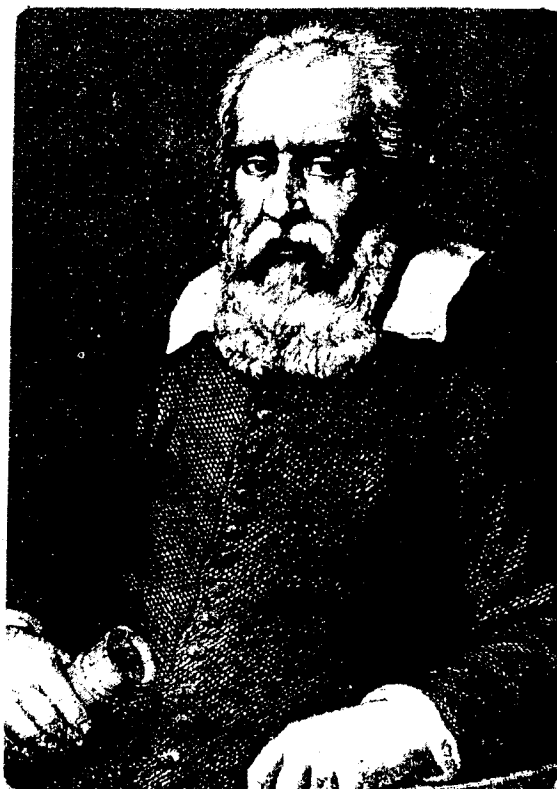
MEINUNGEN: DIE DER SINNESERFAHRUNG
ZUGÄNGLICHEN DINGE SIND IN IHREM
BESTAND DURCH TEILHABE AN DEN IDEEN
BEGRÜNDET. SIE SIND DEREN ABBILDER
ODER SCHATTEN. DARUM GIBT ES VON
IHNIEN KEIN STRENGES WISSEN, SONDERN
NUR EIN MEINEN = MEINUNGEN

Galilei war Professor in Padua und in Pisa, später Mathematiker am großherzoglichen Hof in Florenz
Mit seinem selbstgebastelten Fernrohr entdeckte er unter anderem die Unebenheiten der Mond-Oberfläche, die Phasen der Venus und die Jupitermonde.

Er begründete die mathematische Naturwissenschaft. Zwangsläufig geriet er in scharfen Gegensatz zu der herrschenden Lehre. Das führte später zum offenen Konflikt mit Kirchenfürsten, aber auch mit der etablierten Wissenschaft.

Der erste Inquisitionsprozeß gegen Galilei fand 1615/1616 in Rom statt, durch den er zum Schweigen verurteilt wurde. 1632 wiederholte er in einer Schrift über das ptolemäische und kopernikanische Weltssystem seine Lehre. 1633 wurde ihm deswegen wiederum der Prozeß

GALILEO GALILEI
Naturforscher und Philosoph
(15.2.1564 – 8.1.1642)



gemacht. Unter Androhung der Folter wurde er zum Widerruf gezwungen.

Der ihm zugeschriebene Satz: "Und sie dreht sich doch!" (die Erde nämlich), blieb lange umstritten, wie auch, daß er seitdem in kirchenfürstlicher Gefangenschaft gelebt haben soll.

Galilei distanzierte sich von den durch selbstsüchtige Machthaber eingeschüchterten Wissenschaftlern, die er als "Dummköpfe" bezeichnet haben soll, wodurch er sich allerhöchste Mißbilligung erwarb.

Unter kirchlicher "Obhut" widmete er sich weiteren mechanischen und astronomischen Untersuchungen - bis er 1637 erblindete.

In dem Dorf Arceteri bei Florenz starb er 78jährig. - Seine Schriften kamen auf den Index der verbotenen Veröffentlichungen. Erst 1835 wurden diese freigegeben.

* * *

Wenn Wissenschaftler, eingeschüchtert durch selbstsüchtige Machthaber, sich damit begnügen, Wissen um des Wissens willen aufzuhäufen, kann die Wissenschaft zum Krüppel gemacht werden, und eure neuen Maschinen mögen nur Drangsale bedeuten.

Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein.

Die Kluft zwischen ihr und euch kann eines Tages so gross werden, dass euer Jubelschrei über irgendeine neue Errungenschaft von einem universalen Entsetzensschrei beantwortet werden könnte!

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

FRIEDLICHES ZUSAMMENLEBEN DER VÖLKER

(nach: Norman Angell "Die falsche Rechnung. Was bringt ein Krieg ein?", 1910, Vita Deutsches Verlagshaus, Berlin)

Nichts ist leichter in der internationalen Politik, als akademische Beschlüsse zugunsten des Friedens zu fassen. Die Regierungen aber sind Verwaltungen, deren erste Pflicht die Sicherheit des ihnen anvertrauten Gutes ist, und die derzeit noch alles außer acht lassen müssen, was als ein Begriff zu betrachten ist, der auf altruistischen oder selbstaufopfernden Gefühlen beruht. Selbstaufopferung ist das letzte der Gefühle, das Regierungen sich zu berücksichtigen erlauben dürfen. Ihre Bestimmung ist es, die Interessen, die sie verwalten sollen, zu schützen ... Regierungen können unmöglich die Richtschnur ihrer Politik auf Begriffe stützen, die der durchschnittlichen politischen Auffassung ihres Volkes, das die Macht in ihre Hand gelegt hat, vorauseilen. Der Durchschnittsmensch wird freilich jederzeit gern abstrakterweise für das Friedensideal eintreten, genau so, wie er abstrakterweise für gewisse religiöse Ideale eintreten wird, wie z. B. sich nicht um das Morgen zu kümmern, keine irdischen Güter aufzuhäufen, aber es wird ihm nicht im Traum einfallen, sein tatsächliches Verhalten danach einzurichten, noch wird er verstehen, wieso solche schwärmerischen Ideen eine Richtschnur für sein Verhalten werden könnten. Auf Friedensversammlungen wird ermunter Beifall klatschen und Petitionen unterzeichnen, weil er den Glauben teilt, daß der Friede ein hohes moralisches Ideal ist, und daß sowohl die Heere wie die Polizei einst in der Zukunft aufhören werden zu existieren, etwa an demselben Tag, an dem die menschliche Natur sich geändert haben wird. Und man wird das Verhalten eines Mannes von durchschnittlichem Verstand durchaus würdigen können, ohne im geringsten an der Welt, der Aufrichtigkeit, der Gutherzigkeit dieser sich im Gefühlsleben abspielenden Bewegungen zugunsten des Friedens zu zweifeln ... Trotzdem aber wird

man immer wieder darauf hinweisen müssen, ... daß diese Bewegungen, mögen sie auch noch so aufrichtig und lebhaft empfunden sein, niemals dazu führen können, die verstandesmäßige Grundlage umzuwälzen, auf der die Politik beruht, die die Rüstungen in Europa verursacht. Umfassen sie doch nur einen Ausschnitt jener Kräfte, die im Dienst des Friedens arbeiten, der Kräfte des Moralischen und des Gefühlslebens. Mögen die Kräfte auch noch so groß sein, so bleiben sie doch unsicher und sprunghaft in ihrer Wirkung; und wenn die Beifallsstürme verrauscht, und die natürliche Reaktion auf die Erregung eingetreten ist, wenn wieder die Frage des alltäglichen Geschäfts vor uns tritt, die Frage nach der Förderung unserer Interessen, unserer Absatzmärkte, nach dem allgemeinen Besten für unsere Nation und zum Schutz vor den anderen Nationen, nach der Sicherung unserer Zukunft und der Organisation unserer Arbeit, dann wird die Lehre vom Kompromiß zwischen der idealen Forderung und der dürren Notwendigkeit wieder genau so wirksam sein wie je zuvor. Solange der Durchschnittsmensch seine gegenwärtigen Anschauungen über die Wirkungen des Krieges auf dem Gebiete der Wirtschaft und des Handels beibehält, wird er den Glauben ablehnen, daß sein mutmaßlicher Gegner seine Handlungen vom Friedensideal bestimmen läßt. Und zufällig würde er recht haben. Im Grunde unserer Seele fassen wir doch das Friedensideal ... als die Zumutung auf, unsere eigenen Verteidigungsmöglichkeiten zu schwächen, ohne eine andere Sicherheit dafür zu haben, als daß unser vermutlicher Gegner sich vielleicht gut betragen und nicht so schlecht sein wird, uns anzugreifen. So bedeutet das Friedensideal für ihn ungefähr dasselbe wie die Aufforderung, seine Haustür nicht zu verschließen, weil es doch häßlich wäre, von den Leu-

ten anzunehmen, sie könnten ihn bestehen ... Das ist eine bittere Pille, die er da schlucken soll.

Und er ärgert sich über die ganze Geschichte, vielleicht ausgenommen seiner sonntäglichen Kirchenstimmung. Es berührt ihn persönlich, wenn seine eigenen Landsleute ihm das zumuten, was sie offenbar vom Ausland nicht zu erwarten wagen; und es erscheint ihm unmännlich, wenn man von ihm verlangt, daß er den Vorteil, den er seiner Kraft verdankt, zugunsten eines gewissermaßen weibischen Ideals aufgeben soll.

Der Patriot

hat das Gefühl, daß seine moralischen Absichten genauso sauber sind, wie die des Friedensfreundes, ja, daß Vaterlandsliebe ein höheres Ideal ist als Friedensliebe. Der Unterschied zwischen Friedensfreunden und Realpolitikern liegt ausschließlich auf verstandesmäßigem und gar nicht auf moralischem Gebiet, und die Anmaßung des Friedensfreundes, als ob seine Sache die höhere Moral verträte, tut seinen Bemühungen ungeheuren Schaden. Solange

der Friedensfreund

nicht den Nachweis führen kann, daß die Anwendung militärischer Kraft materiellen Vorteil zu bringen ungeeignet ist, wird der einfache Menschenverstand sich nicht von der Überzeugung abbringen lassen, daß der Militarismus einen ebenso hohen moralischen Standpunkt vertritt wie die Friedensbewegung.

Es ist gewiß ein unerfreulicher Gedanke, daß gerade die Ausschreitungen der Friedensbewegung in der Vergangenheit dem Erfolg dieser Bewegung so sehr im Wege gestanden haben könnten. Und doch zeigt sich eine solche Erscheinung häufig in der menschlichen Entwicklung.

In der Welt der religiösen Kriege und Unterdrückungen gab es wohl ebensoviel guten Willen wie in der gegenwärtigen (Friedens-) Bewegung. Gerade der Ernst, mit dem die Menschen einst die Gedankenwelt ihrer Mitmenschen durch Feuertod, Martyr und Gefängnis, aber immer mit besten Beweggründen zu vernichten suchten, war die Tatsache, die einer Höherentwicklung im Wege stand. Diese höhere Entwicklung folgte schließlich doch, aber nicht auf Grund edlerer Absichten, sondern einer gesteigerten Erkenntnis der Menschheit, die schließlich wieder das Resultat mühsamer Geistesarbeit war.

Solange wir uns mit der Annahme beruhigen, daß edlere Gefühle, höhere Moral allein zur

Besserung der internationalen Beziehungen ausreichen, und daß das Verständnis für diese Probleme wie durch ein Wunder gewissermaßen von selbst kommen sollte, ohne angestrengte systematische Arbeit, werden wir keine nennenswerten Fortschritte machen.

Anständige Gesinnung, Freundlichkeit

und rasche Empfänglichkeit zählen gewiß mit zu den wertvollsten Eigenschaften des Lebens, aber sie eignen auch den rückständigsten Völkern der Welt, weil diese sich nicht innerlich mit der harten Arbeit, zu der man auch den mühevoll forschenden Gedanken rechnen kann, verbinden. Gerade dieser letzte ist das Unterpfand jeden Fortschritts, und wir werden nie weiterkommen, wenn wir nicht mit dieser Münze dafür bezahlen. Nun noch ein Wort über den Einfluß der Freundschaft auf

internationale Beziehungen

Höflichkeit und ein gewisses Maß von Vertrauen sind unerläßliche Bedingungen für den Verkehr zwischen Kulturmenschen, keine organisierte Gesellschaftsform könnte ohne sie bestehen. Aber noch nie haben diese unschätzbaren Vorbedingungen allein zur Beilegung tatsächlicher Interessenkonflikte ausgereicht; sie dienen nur dazu, die Anwendung anderer Mittel des Ausgleichs möglich zu machen. Mit welchem Recht könnten wir erwarten, daß Höflichkeit und Kameradschaft schwere politische Meinungsverschiedenheiten zwischen Engländern und Deutschen beilegen könnten, da sie sich sogar als völlig unwirksam erweisen, wo es sich nur um Streitigkeiten zwischen zwei Engländern handelt? Was würden wir wohl von einem Staatsmann halten, der ernst genommen werden wollte, und doch behauptete, daß alles zwischen Herrn Lloyd George und seinen Gegnern im Versicherungsgesetz..., der Vivisektion und tausend anderer Dinge... aus der Welt geschafft werden könnten, wenn die Vertreter der verschiedenen Meinungen sich nur entschließen wollten, eine Tasse Tee miteinander zu trinken? Wäre das nicht etwas kindisch? ... Man kann die Aufgaben dieser Welt nicht allein dadurch lösen, daß man Allerwelts Freund ist; die Probleme der internationalen Diplomatie lassen sich nicht nur durch internationale Festessen lösen. So leicht wird es uns in dieser Welt nicht gemacht. ... Es ist sehr schwierig, sich dies klar-

zumachen, weil so außerordentlich viel vergebliche Mühe darauf verwandt wird, den Wagen vor die Pferde zu spannen, auf den Versuch, ein Gefühl zu einem maßgebenden Faktor zu erheben, das in keiner Weise beständig oder wirksam sein kann, da es der Natur der Dinge nach stets gekünstelt sein wird. Es ist psychologisch und im alltäglichen Verlauf der Dinge einfach unmöglich, irgendeine besondere Zuneigung zu 40 oder 60 Millionen Menschen zu haben, die aus unendlich verschiedenen Elementen zusammengesetzt sind, gut, schlecht, gleichgültig, edel, gemein, langweilig und unterhaltend, und die wir überdies nie gesehen haben noch sehen werden. Ein solches Verlangen geht einfach über unsere Kraft. Gerade so gut könnte man von uns verlangen, daß wir uns in Freundschaft für den Wendekreis des Steinbocks erschöpfen sollten. Wir haben ja nicht einmal eine besonders liebevolle Zuneigung zu der Mehrzahl unserer eigenen Landsleute. ...

Es läßt sich nun aber die Wahrheit nicht bestreiten, daß das reifere Verständnis in der (Friedens-) Frage das Vermögen der großen Masse überschreitet, daß tiefgründige Ideen vom Erfassen komplizierter und schwieriger Vorgänge abhängen, vom richtigen Urteil über verwickelte Fragen auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete.

Männer der Praxis, die sich noch vor ein oder zwei Generationen mit solchen Fragen wie dem verbreiteten

Glauben an Hexerei

herumschlügen, mögen befürchtet haben, daß die Abschaffung dieses Aberglaubens "Jahrtausende" beanspruchen könnte. Lecky hat den Nachweis geführt, daß im achtzehnten Jahrhundert Hunderte von europäischen Richtern, keineswegs unwissende Menschen, sondern Leute, die mit der Auffindung überzeugender Tatsachen vertraut waren, Hunderte von Menschen wegen Hexerei zum Tode verurteilten. Scharfsinnige und gebildete Menschen glaubten noch daran; um diesen Glauben



Heinrich Albertz.
Pastor.

"Fürchtet euch nicht", oh, diese Überschrift des Kirchentags! Fürchtet euch endlich einmal, möchte ich antworten, fürchtet euch vor dem, was ihr anrichtet, was ihr an irrsinnigen Vernichtungsmaschinen produziert, fürchtet euch endlich einmal vor euch selbst!" Heinrich Albertz

abzulegen, mußte man mit den Kräften und Vorgängen in der Natur umfassend vertraut sein, und gemeinhin galt die Überzeugung, daß zwar hier und dort einige hervorragende Köpfe jenen Glauben abzuschütteln vermöchten, daß aber seine Herrschaft über die großen Massen nicht zu erschüttern sei.

Was hat sich inzwischen vollzogen? Heutigentags würde ein Schuljunge über die Beweisführung lachen, auf Grund deren wissenschaftlich gebildete Leute im 18. Jahrhundert Tausende von armen Teufeln dahinzuschlachten. Darf man annehmen, daß der Schuljunge über ein gründlicheres Wissen oder einen entwickelteren Scharfsinn verfügt als jene Richter? Vermutlich beherrschten diese ein gutes Stück der Wissenschaft über die Hexerei, waren gründlicher mit deren Literatur vertraut, mit dem Beweismaterial, auf das sie (die Hexerei) begründet wurde ... Der ganze Unterschied ist nur, daß der Schuljunge zwei oder drei entscheidende Tatsachen richtig statt verkehrt gedeutet hätte ...

Der Schuljunge künftiger Zeiten wird diese Sachlage ohne jegliche besondere Beweisführung klar begreifen: Sie wird seiner Zeit ebenso selbstverständlich sein wie beispielsweise die Unmöglichkeit, daß irgendein altes Weib Sturm auf See hervorrufen könnte. ...

Und doch darf man nicht vergessen, daß die Welt nicht von selbst voran kommt. Die Menschen müssen daran arbeiten; Anschauungen entwickeln sich nicht von selbst, sondern durch ernste Gedankenarbeit ... Geschieht das nicht, was haben wir dann zu erwarten?

Ideen + Meinungen ist ein Forum zur Verbreitung von Ideen und Meinungen jenseits aller Ideologien, mit dem Appell an alle

I+M

Leser zu Toleranz und sachlicher Diskussion auch scheinbar abwegigster Meinungsäußerungen zur Bildung eigener Meinung.

Gekennzeichnete Beiträge verantworten die Verfasser • Herausgeber und verantwortlich für Herstellung u. Vertrieb: S. Hellmonds, Waßmannsdorfer Chaussee 28-40, 1000 Berlin 47. Druck: Werbeverlag G. Ghamgosar, Pankstraße 15, 1000 Berlin 65 • Abonnement-Interessenten wenden sich bitte an den Herausgeber • I+M erscheint vorerst jeden zweiten Monat.

IDEEN MEINUNGEN

IDEEN: URGEDANKEN, REINE BEGRIFFE
 PLATON: DIE EWIG UNVERÄNDERLICHEN
 URFORMEN, DEREN UNVOLLKOMMENE
 ABBILDER DIE IRDISCHEN DINGE SIND
 DIE IDEE STEHT ÜBER DEN DINGEN
 NICHT ERFAHRUNG IST IHRE DENKENDE
 ERFASSUNG, SONDERN ERINNERUNG

1 83

MEINUNGEN: DIE DER SINNESERFAHRUNG
 ZUGÄNGLICHEN DINGE SIND IN IHREM
 BESTAND DURCH TEILHABE AN DEN IDEEN
 BEGRÜNDET. SIE SIND DEREN ABBILDER
 ODER SCHATTEN. DARUM GIBT ES VON
 IHNEN KEIN STRENGES WISSEN, SONDERN
 NUR EIN MEINEN = MEINUNGEN

Der aus einer Ärztefamilie stammende Johann Heinrich Pestalozzi wurde sechsjährig Halbwaise. Mit der Mutter und zwei Geschwistern lebte er in Zürich, wo er mit acht Jahren die Lateinschule besuchte. Drei Jahre später besuchte er die Carolina, ein Gymnasium, dessen Collegium humanitatis Unterricht erteilte, der den ersten Universitäts-Semestern gleichkam. Bis zu seinem 20. Lebensjahr nahm er an philosophischen Studien teil. Besonders stark wirkte Professor Bodmer auf den jungen Pestalozzi, in dessen Jugendbewegung er mitwirkte.

Der junge Lavater bot Pestalozzi in seiner Zeitschrift "Der Erinnerer" einen ersten Weg in die Öffentlichkeit.

Pestalozzi befaßt sich sodann mit politischen Entwürfen. Es naht die Zeit der "Französischen Revolution". Von Grund auf erlernte Pestalozzi die Landwirtschaft. Er mietete in Mühlingen ein kleineres Anwesen und errichtete dort 1770 den "Neuhof". Nun reifte seine Idee, Waisenkindern Land-

JOHANN HEINRICH PESTALOZZI
 Sozialpädagoge
 (12.1.1746 - 17.2.1827)



*Der bloss zivilisierte Mensch
 kennt die Gerechtigkeit nicht*
 Pestalozzi

Auch gab es bei ihm weder Prüfungen noch Zeugnisse, und die Kinder lernten besser als andere. Pestalozzi wurde 1792 Ehrenbürger der Französischen Republik. Heute gilt er als "Helfer der Menschheit". ■

wirtschaft und Gärtnerei zu lehren. 1773 betreute er bereits 36 Waisenkinder. Infolge Naturkatastrophen und Wirtschaftskrise ging diese Unternehmung zugrunde. Zeitweilig widmete er sich - mit geringerem Erfolg - der Schriftstellerei. Für 400 Waisenkinder gründete er 1799 ein Heim in Stanz, später im Schloß Burgdorf, wo die zaristische Armee ein Lazarett einrichtete, dem er mit seinen Kindern vorübergehend weichen mußte. Mit Anna Schultheß war Pestalozzi seit 1769 verheiratet. Als sie (1815) gestorben war, setzte er sich verstärkt für die Armen ein und gründete 1818 im Dorf Clindy eine Armenanstalt.

Als Pädagoge entwickelte er eigene Methoden. Mit Nüssen und Äpfeln brachte er den Kindern das Rechnen bei. Daneben erfand er die Schiefertafel.

ARTIKEL 21

(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.

DER MENSCHENFREUND ÜBER BUCHSTABEN UND PARAGRAPHEN

(nach: Bruno P. Schliephacke "Pestalozzi, der Rebell", 1960, Zitzmann Verlag, Lauf)

Worte werden gebraucht, um etwas auszusagen oder zu verdecken, sie sind ebenso Quellen der Weisheit wie der Mißverständnisse.

Pestalozzi hatte viel zu sagen, das Wort bildete sein wertvollstes Mittel im Kampf für die "Emporbildung der Menschheit". Weil er selbst aus dem Herzen sprach, haßte er den Mißbrauch des Wortes, das betriebsame Wortgeklapper in Gesellschaften, Vereinen, Kirchen, Schulen und Gemeinden. Hier waren die "Wortfischer" dabei, durch lebhaftes "Maulbrauchen und das Einander-mit-Worten-abspeisen" die Stimmen der Not zu über-tönen. "Die Buchdruckerkunst hat die Menschen zu Buchstabenmenschen gemacht, so daß man jetzt wohl auch Buchstabierschulen - Schreibschulen -, aber keine Menschenschulen mehr hat (in "Gertrud"). So waren Buchstabengläubige Gebildete, die das bloße Wortgeklingel derartig ernst nahmen, daß die politischen Komödianten sie leicht "mit Redensarten einschlafern" machten".

Seit mehrheitlich Beamte im Parlament das Volk vertreten ..., sind Gesetze überpräzise geworden: Im Grunde keine Gesetze mehr, sondern zu Gesetzen erhobene langatmige und umständliche Verwaltungsanweisungen, nur noch von wenigen Experten zu erfassen.

Capital, 9/1980

"Diese Sekretär-, Kalender- und Schriftstellerfertigkeiten, insofern sie also die Wahrheit und das Recht der leidenden Menge mit einem Nebel umhüllen, und das Unrecht der Gewalt in ein schimmerndes, trügendes Licht setzen, sind alles Folgen der traurigen Wahrheit, daß die Verwirrung unserer alternden Staatskünste das Wesen unseres menschlichen Daseins verschlungen haben, und Sittlichkeit, häusliche Kraft und gesetzliches Recht allgemein dem glänzenden Elend der öffentlichen Scheinordnung unterliegen."

Die "Verderbtheit" der breiten Masse sieht man eher,

jedoch die schlimmen Ursachen entziehen sich unserem Blick. Das wissen wir, aber wer wagte, je davon zu sprechen?

Pestalozzi rief es hinaus in dem Glauben, daß der edlere Teil der Regierenden, an deren Adresse er sich mit seiner Schrift "An die Unschuld und den Ernst meines Vaterlandes" wandte, die Folgerungen daraus zögen. Es hat freilich im niederen Tal mehr Nebel als in den Bergen. Aber nicht die Nebel im Tal donnern und hageln gegen die Berge. Nein - Nebel der Höhen blitzen und hageln hinunter in die Täler.

Die Schlechtigkeit, die von oben herab ins Volk wirkt, hat grössere Kraft

und Mittel als die Schlechtigkeit, die von unten herauf wirkt. Sie ist wie ein Strom, der aus unergründlichen Hochseen herabfällt und kein Hindernis findet. "Ich möchte diesen Zustand den der Staatsmännerschlechtigkeit heißen".

Gemeint sind damit jene Verantwortlichen, die sich lediglich auf Buchstaben und Paragraphen stützen und kein Gefühl dafür haben, ob auch die Endzwecke, wofür die Paragraphen geschaffen wurden, erfüllt werden. Es trifft damit die gedankenlosen Bürokratien aller Zeiten. So kommt es, daß die Anhäufung solcher Menschen in Regierungsstellen das Regierungsherz, das härteste aller Menschenherzen bilden. Herzlose Bürokraten, die durch den Buchstabenaberglauben und den Paragraphenungeist herangebildet wurden, entmenslichen, "sie tragen das Malzeichen ihrer Stellung auf der Stirn".

Wo der gewöhnliche Sterbliche sein Recht bei diesen Menschen zu verfechten hat, ist er stets der Unterlegene. - "Behüte Gott alle Menschen, die arm sind, vor der Feder". (Anm.d.Hg.: Angeführte Stellen sind Pestalozzi-Originalformulierungen)

3
Wer dagegen die Paragraphen in der Hand hat, sie kennt

und mit ihnen umzuspringen versteht, der ist immer im Recht.

Pestalozzi prägte als Beispiel dafür eine vielsagende Fabel:

"Der Schöppe Plump ging heute, wie täglich, berauscht aus der Schänke, und traf auf dem Wege den Schneider Klein an, der auch so berauscht heimging.

Das konnte der Schöppe nicht leiden; er entrüstete sich und sagte zu seinem Büttel: 'Büttel, stelle mich an die Wand und führ' den Schneider Klein ins Gefängnis nach den Rechten der Stadt pag. 1 in den Satzungen!' Der Büttel tat, was ihm der Schöppe befohlen und führte den Bürger ins Gefängnis nach den Rechten der Stadt. Dann kam er wieder und führte den Schöppe zu seiner Frau heim, nach den Freiheiten derselben Stadt."

Ist aber ein Elender mit den Gesetzen in Konflikt geraten,

so fallen die Paragraphen über ihn her! Für seine Tat muß ein solcher Mensch selbstverständlich büßen, wenn er sie schon nicht wiedergutmachen kann. Aber was nützt es, wenn er nach den Buchstaben seine Zeit sinnlos absitzt und nachher derselbe ist? Mit dieser Frage befaßte sich auch Pestalozzi in der Form eines Gutachtens in seinem "Schweizerblatt", das er im Jahre 1782 für kurze Zeit herausgab.

"Qual und Leiden der Gefangenen bringen der Gesellschaft an sich keinen Vorteil und befördern die öffentliche Sicherheit nicht."

Er forderte die Aufspürung der Ursachen, um dem Sünder die Möglichkeit eines neuen Lebenswandels zu geben. Zuchthäuser, Gefängnisse usw. sollen eine zurückführende Schule des verirrtten Menschen sein, wo er bereits Einsichten und Recht tun üben kann; denn auch hier werden "Alle Fähigkeiten des Menschen entwickelt durch das Mittel ihres Gebrauchs", und nicht durch gute Redensarten. So wird dieser große Menschenfreund der erste Kriminalpsychologe.

Statt immer nur neue Gesetzesparagraphen zu schaffen, mit denen man die

"Staatsmännerschlechtigkeit"

oft nur verdecken wollte, forderte er die Schaffung wirklich menschenwürdiger Lebensverhältnisse. Denn der Mensch ist gut und will das Gute, er will aber zuallererst auch wohl sein. - Pestalozzi wußte

nichts von dem bekannten Spruch östlicher Weiser: Je mehr Gesetze im Lande, desto mehr Räuber und Diebe! (Laotse, Tao Te King). Er war überhaupt sehr wenig belesen, weil er aus unerschöpflichem Reichtum seines Inneren sprechen konnte. Und hier begegnet er den großen Geistern aller Zeiten.

Natürlich wußte auch Pestalozzi, daß Paragraphen nötig sind, um der Ordnung zu dienen; sie sollten aber auch in Wahrheit dienen und nicht herrschen, wobei dann leicht alles Leben erstickt werde. Denn "die allzu steife Ordnung...hemmt den Geist des Menschen." Bloße Buchstaben und Paragraphen allein dienen nur dem äußeren Schein und "sind alle Folgen der traurigen Wahrheit, daß wir nur öffentliche Menschen geworden sind und keine Privatmenschen mehr sein können. Durch sie haben wir den süßen Namen Vaterland verloren und sind Staatsbürger geworden." In der Staatsgewalt sah Pestalozzi nicht eine von Gott eingesetzte, heilige Macht, wie dies seine Zeit lehrte, sondern sie sollte ein Ausdruck der Volksmasse sein, eine Einrichtung im Dienste des gemeinsamen Willens der Gesellschaftsglieder.

Der Mensch ist nicht um des Staates willen, sondern um seiner selbst willen in der Welt,

und der Staat, als bloßer Zweckverband, ist um des Menschen willen und allein durch dessen Willen in der Welt.

Beamtenregie und Beamtenprodukt nähern sich, wie es scheint, unterdessen jener Absurdität, vor der es schon Albert Einstein grauste: dass die Mittel immer perfekter und die Ziele immer konfuser werden.

Capital, 9/1980

Seinem Wesen nach ist also der Staat auf Zwecke, aber nicht auf Sittlichkeit gerichtet. "Der Staat kann als solcher den Menschen nicht sittlich machen, dessen Sittlichkeit gänzlich sein eigenes Werk ist. Dennoch wird in der gegebenen Wirklichkeit das Verhältnis zwischen Herrscher und Volk gern als ein sittliches ausgegeben. Das ist eine bewußte Täuschung! Ein Gesetzgeber darf sich von dieser Täuschung nicht gefangen nehmen lassen."

Diese Ansichten zeigen nicht nur eine Wirklichkeitsnähe der Kritik dieses seltenen Menschenfreundes, sondern darüber hinaus den Feind jeglicher Lehre, die dem

Staat eine Idee unterlegen möchte. Eine Staatsvergottung, wie sie später in der Folge der Hegelschen Theorien entwickelt wurde, führt daher immer zur Dämonisierung, die damit endet, daß ihre Funktionäre zu alleinseligmachenden Priestern werden, seien es nun Könige oder Beamte. Wer den Staat vergottet, muß notwendigerweise von der Täuschung leben. Schon für diese Einsicht sollte die Menschheit ihrem großen Lehrer dankbar sein - aber welche Zeit hätte das bisher je erfaßt? Noch immer beugen wir uns vor "Allen Mummereien der Macht".

Gegen den christlichen Schein

Viele Menschen, die Buchstaben und Paragraphen ebenso hassen wie Pestalozzi, glauben, mit Hilfe der christlichen Lehren und Unterweisungen die soziale Frage lösen zu können. Das ginge an, wenn die christliche Barmherzigkeit wirklich weit verbreitet wäre. Die Erfahrung lehrte Pestalozzi jedoch das Gegenteil:

"Eine Menge von Menschen trösteten sich damit, wenn nur das Christentum recht gelehrt werde, so sei für alles andere schon gesorgt. Aber es ist ganz in den Tag hineingeredet, wenn man den wirklichen Mangel des Menschlichen in den Schulen mit dem leeren Maulbrauchen über das Göttliche entschuldigen und bedecken will..." Warum also die Wahrheit verhehlen? Tatsache ist:

Die Welt wird nicht christlich regiert

Der Staat als solcher handelt bestimmt nicht christlich. Ein christlicher Krieg, christliche Feldprediger..., christliche Allmachtsansprüche..., christliche Maßnahmen, den blinden Gehorsam der Unteren und die Allmachtsrechte der Oberen... zu sichern, das alles sind Sachen, die wie der Mann im Mond nur in der Einbildung verirrter Leute ihr Dasein haben".

So haben die christlichen Staaten vor und nach Pestalozzi das Christentum immer nur zu ihren Machtzwecken benutzt; "die Priester stehen in diesem Zeitpunkte in

jenem Streit der Macht gegen das Volk auf der Seite der Ersteren, und sie können nicht anders, sie stehen in ihrem Dienst, sie essen dabei immer das Brot der Macht und nicht mehr das Brot des Volkes. Und was man auch immer mit vieler Höflichkeit dagegen einzuwenden beliebt, so bleibt, solange die Welt besteht, das Sprichwort: "Wes Brot ich eß, des Lied ich sing" bei allen Menschen wahr, die gerne essen.

Wo gesellschaftliches Unrecht einmal besteht, da kann sich eine Regierung nur durch Willkür aufrecht erhalten. "Diese Willkür gönnt dem Menschengeschlecht die Freiheit des Gewissens so wenig als die Sicherheit des Brotes und des Atmens". Regierungsgewalten und feudale Mächte haben die Kirche stets in ihren Dienst gestellt, so es ihnen beliebte, so daß die Mißstände des einen Teils auf den anderen abfärbten.

*Lehrer der Menschheit waren
nachgiebigen, überströmenden Geistes,
ihre Schüler
engherzige, trockene Systematiker.
Jacques Barzun*

In seiner Schrift "Über Politik, Industrie und Erziehung" (Cotta, Bd. IX, 105) stellte Pestalozzi die Folgen fest:

"Der christliche Begriff des Eigentums ist ein mit den Ansprüchen der Not und des Leidens belasteter Besitzstand." Umgekehrt zeigt er in den "Nachforschungen", daß in der Hand dieser Wirtschaftsmächte "selbst die Religion nichts anderes ist als ein Dienstmittel ihrer Schiefköpfigkeit und ihrer Herzlosigkeit und ein Lückenbüßer ihrer Staatsmängel." Und an anderer Stelle sagte er: "Sie werden dir nicht einmal das Benehmen Jesu Christi gegen die geistlichen und weltlichen Vorgesetzten seines Landes als Beispiel eines wahrhaft christlichen Betragens gegen heuchlerische und gewalttätige Landesbeamte anpreisen." Wer wollte behaupten, daß es heute wesentlich anders geworden sei? ■

Ideen + Meinungen ist ein Forum zur Verbreitung von Ideen und Meinungen jenseits aller Ideologien, mit dem Appell an alle

I+M

Leser zu Toleranz und sachlicher Diskussion auch scheinbar abwegigster Meinungsäußerungen und Bildung eigener Meinung.

Gekennzeichnete Beiträge verantworten die Verfasser · Herausgeber und verantwortlich für Herstellung u. Vertrieb: S. Hellmonds, Waßmannsdorfer Chaussee 28-40, 1000 Berlin 47
 Druck: Werbeverlag G. Ghamgosar, Pankstraße 15, 1000 Berlin 65 · Abonnements einschl. Zustellkosten: 1981 = 8 DM, 1982, 1983 = je 12 DM · I+M erscheint vorerst alle zwei Monate

IDEEN MEINUNGEN

IDEEN: URGEDANKEN, REINE BEGRIFFE
PLATON: DIE EWIG UNVERÄNDERLICHEN
URFORMEN, DEREN UNVOLLKOMMENE
ABBILDER DIE IRDISCHEN DINGE SIND
DIE IDEE STEHT ÜBER DEN DINGEN
NICHT ERFAHRUNG IST IHRE DENKENDE
ERFASSUNG, SONDERN ERINNERUNG

2 83

MEINUNGEN: DIE DER SINNESERFAHRUNG
ZUGÄNGLICHEN DINGE SIND IN IHREM
BESTAND DURCH TEILHABE AN DEN IDEEN
BEGRÜNDET. SIE SIND DEREN ABBILDER
ODER SCHATTEN. DARUM GIBT ES VON
IHNEN KEIN STRENGES WISSEN, SONDERN
NUR EIN MEINEN = MEINUNGEN

Max Weber war Ältester von acht Geschwistern. Sein Vater, Jurist und Journalist, war Stadtrat in Berlin. Dort wird Max Weber Agrarfachmann und 1893 Professor. Verheiratet mit Marianne Schnitger (die selbst später als Frauenrechtlerin zu Ruhm gelangte) wurde Weber 1894 Professor für Ökonomie in Freiburg und 1897 Professor in Heidelberg. Zwischendurch unternahm er eine Amerika-Reise und wurde dann 1919 Professor in München.

Als Mitherausgeber der Zeitschrift "Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" veröffentlicht er dort zahlreiche Aufsätze, unter anderem "Die protestantische Ethik und Geist des Kapitalismus", womit er den Nachweis des Zusammenhangs zwischen Religion und wirtschaftlichem Erfolg zu führen versuchte. Diesen glaubte Weber im Calvinismus und Puritanismus entdeckt zu haben. Damit provozierte er Werner Sombart zu seinem Buch "Die Juden und das Wirtschaftsleben", der nun darzulegen versucht, daß schon längst vor dem Protestantismus dem Judentum die innige Verschmelzung von Religiosität und wirtschaftlichem Erfolgsstreben gelungen war. Offensichtlich wollte Weber von dem damals virulenten "Antisemitismus" ablenken. Tatsächlich haben je-

MAX WEBER
Volkswirtschaftler, Soziologe
Begründer der Religionssoziologie
21.4.1864 – 14.6.1920



doch beide recht, wenn sie zugeben, daß gerade dort, wo das kanonische Zins-Verbot nicht (oder nicht mehr) zu beachten war, der Erfolg im Erwerbsleben sichtbarsten Ausdruck finden mußte. Damit hätten sie Konsens erzielen können bei der Erklärung der Ursache, warum der Katholizismus im Erwerbsleben auch dem Protestantismus unterlegen sein mußte.

Max Weber prägte sodann den wichtigen Begriff der "Berufssakese", d.h. die "Enthaltsamkeit" von eigener Berufstätigkeit des Kapitalrentners. Jedoch hat Weber auf diese Definition nicht weiter reflektiert: Der Weg auf das tote Gleis der "Genesis des modernen Kapitalismus" versperrte ihm die Erkenntnis, daß die

Berufssakese, als "edlere" Form der Arbeits-Unlust, einstmals die Wurzel des Kapitalismus gewesen sein muß.

Ein großer Teil seiner Werke wurde erst in den Jahren nach seinem Tod veröffentlicht. Als Berater von Friedrich Ebert nahm er an den Versailler Verhandlungen teil, sah jedoch bald, daß es dort nichts zu verhandeln gab: die damaligen Siegermächte "diktierten" ihre Bedingungen.

Zeitweise war er Kampfgefährte Friedrich Naumanns, der "Leitfigur" der FDP, ohne jedoch aktiv in der Politik zu wirken. Max Weber starb 56jährig in München. ■

Der Bundespräsident leistet bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates folgenden Eid:

"Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

(2) Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestage den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.

BÜRDE DES AMTSEIDS ODER PFLICHTENKONFLIKT POLITIK-WIRTSCHAFT ?

(nach: George W. F. Hallgarten "Imperialismus vor 1914" - Meth. Vorbemerkung, 1963, C. H. Beck, München)

Es muß...hier mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß wir nirgends in der Welt und auch nicht in der Geschichte, ein Ding ohne Bildung von Analogien, von Gesetzmäßigkeiten zu erfassen vermögen. Wenn ich nicht weiß, wie sich in der Geschichte Staatsmänner, Feldherren, Klassen, Wirtschaftsverbände, Religionsstifter, Arbeiter usw. gewöhnlich verhalten, mit anderen Worten: wenn ich keine Regeln über ihr gewöhnliches Verhalten bilde, dann kann ich unmöglich erkennen, in welchem Grade die Verhaltensweise solcher historischer Objekte von der Regel abweicht, während doch gerade die Feststellung solcher Abweichungen vom gewöhnlichen Weg, die Untersuchung von Ungewöhnlichkeiten, die zu Veränderungen führen... die spezifische Aufgabe der Geschichtsschreibung bildet. Solange es der Geschichtsschreibung nicht gelingt, die von ihr zu erfassenden Vor-

muß gleichzeitig das gewöhnlich aus technischen Zweckmäßigkeitsgründen getrennte Material der einzelnen historischen Sparten - der Religions-, Rechts-, politischen und Wirtschaftsgeschichte usw. - herangezogen werden. Alle diese Wissenschaften haben lediglich die verschiedenen Seiten eines an sich identischen Stoffes zum Gegenstand, und es steht keineswegs a priori fest, unter welchem Gesichtspunkt die entscheidende Entwicklung festgestellt werden kann.

Wer... es unternimmt, mit Hilfe von Erfahrungsgesetzen, die lediglich der politischen Erfahrungswelt entstammen, das Sichverhalten von Staatsmännern an der Spitze des preußisch-deutschen Staatswesens der siebziger und achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu ergründen, wird die allerwichtigste Ursache der Veränderungen jener Zeit, die innerrussischen ökonomischen Zustände, die internationale Wirtschaftskrise sowie die Getreidepreiskrise jener Jahre und ihre Folgen für die internationale Entwicklung zum Imperialismus gar nicht zu erfassen vermögen. Er wird dann zwar - um bei diesem Beispiel zu bleiben - etwa feststellen können, daß gegen Ende der siebziger Jahre mit dem Russisch-Türkischen Krieg eine Ära politischer Krisen beginnt, er wird das Anwachsen der russischen Macht beobachten, und Bismarcks Schwenkung zu Österreich und seine weitere Haltung im Zusammenhang hiermit aus Gründen des europäischen Gleichgewichts erklären; dagegen wird er, solange er sich streng an die Erfahrung auf politischem Gebiet hält, nicht zu erklären imstande sein, warum die "russische Macht" gerade in jenen Jahrzehnten so besonders intensiv nach dem Balkan und den Meerengen hinuntergriff.

Es gibt wenig interessantere Dinge auf der Welt als die Erschliessung von Sachverhalten, die eine Menge anderer Sachverhalte erhellen und plötzlich in eine ganz neue Perspektive hineinstellen.

John Livingston Lowes

gänge im menschlichen Leben mit Hilfe der Analogiebildung, ... der Herausbildung von Regeln, zu erklären, verdient sie eigentlich nicht den Namen einer Wissenschaft.

Die Wissenschaft hat nämlich die Wirklichkeit nicht nur zu beschreiben, sondern auch zu erklären; eine Erklärung der Wirklichkeit ohne Ausbildung von Regeln... ist aber ihrem Begriffe nach undenkbar... Zum Zweck der Formulierung menschlichen Handelns im Staat und in der Gesellschaft

3

So würde ein politisches Zerrbild entstehen und die Geschichte jener Krisen in den persönlichen Zweikampf des dämonischen Bismarck mit Gortschakow und der "slawophilen" Partei aufgelöst werden. Das nomologische Wissen des rein politischen Historikers wird also an dieser Stelle - und es handelt sich hier um die Erklärung einer der wichtigsten Wendungen der neuesten Geschichte - notwendigerweise versagen müssen. Hieraus ergibt sich, wie unentbehrlich für den Historiker die gleichzeitige Pflege der Soziologie ist, die ihm erst

Unglücklicherweise wird das grosse demokratische Publikum von der Wiege an durch und durch zu Materialisten gemacht.

Jacques Barzun

das nomologische Wissen zur Bewältigung dieser Aufgabe vermittelt, und wie unzulänglich die wissenschaftlichen Produkte einer Periode sein müssen, in der die Fachwissenschaft fast ausschließlich auf die diplomatische und quellenkritische Ausbildung der Geschichtsstudierenden Wert legte, eine Tradition, die auch heute immer noch vorherrscht ...

Daß die beiden vom Marxismus aufgestellten Probleme - das Problem der historischen Grundursache und das Spezialproblem ihrer Fernwirkungen auf die übrigen Gebiete menschlichen Handelns - nicht häufiger und gründlicher von der professionellen Geschichtsforschung angepackt worden sind, ist wohl nicht nur aus dem professionellen Argwohn der beamteten Historiker gegen den philosophisch-deuktiven Charakter des Hegelschen und marxistischen Lehrgebäudes ... zu erklären, sondern ist zugleich auf einen rein technischen Grund, nämlich die völlige organisatorische Ungeeignetheit des heutigen akademischen Geschichtsbetriebes für die Lösung derartig komplexer Fragen zurückzuführen, die freilich ihrerseits wieder mit den herrschenden sozialen Verhältnissen in den nichtmarxistischen Staaten und dem mangelnden Bedürfnis nach Untersuchung solcher Komplexe zusammenhängt ...

Die Soziologie muß unsere und die auf uns folgenden Generationen dazu erziehen, in Wahrheiten leben zu können und die Wirklichkeit zu ertragen ...

Eine der wichtigsten Aufgaben der Soziologie wird ... die Untersuchung der Beziehungen zwischen dem sogenannten "materiellen Unterbau" und dem "ideologischen Überbau" sein müssen.

Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Arbeiten und die wissenschaftliche Gesamtpersönlichkeit von Max Weber. Um zu beweisen, daß ... einer der wesentlichsten "Unterbauten" - die soziale Maschinerie des modernen Kapitalismus - durch ihren "Oberbau" - die Religiosität des calvinistischen Puritanismus - wesentlich bedingt ist, hat Weber schließlich die gesamte religiöse Weltliteratur auf ihre "Wirtschaftsethik" hin geprüft. Sein Ziel war - wenn es erlaubt ist, seine Gedanken ... zuzuspitzen - der Nachweis, daß zwar die dem modernen Kapitalismus eigene gesellschaftliche Struktur schon zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Umständen dagewesen sei, daß sich jedoch der moderne Kapitalismus nur dann und dort hätte entfalten können, wo sich jenem sozialen Unterbau auch entsprechender asketisch-puritanischer Geist in Wahlverwandtschaft zugesellte ...

Nehmen wir einmal ... an, daß die Weber'schen Prämissen richtig sind ..., wäre die Art der Entstehung des modernen Kapitalismus doch nur durch ein Wunder zu erklären, das Wunder nämlich, daß wie eine Taube vom Himmel, der heilige Geist der innerweltlichen Berufsskese sich gerade auf das England des 17. und 18. Jahrhunderts herniedersenkte.

Max Weber ... zeigt ... in wertvollen historischen Darlegungen die historische Genesis des Ideals der Berufsskese. Im historischen Entwicklungsprozeß kommen aber geistige Ideen nur in Verbindung mit sozialen Grundlagen vor ...

Jedenfalls ist von vornherein absolut nicht einzusehen, wieso ein historisches Individuum sich mit einer "Idee" assoziieren sollte, die ihm ihrem sozialen Gehalt nach nicht adäquat ist, eine Annahme, die ... von den Anhängern der herrschenden geschichtsphilosophischen Lehrmeinungen gemacht werden müßte, wenn anders die geltenden Lehren von dem selbständigen Leben der historischen Ideen mehr sein sollen als bloße Redensarten. Ist dem aber so, d.h. assoziieren sich historische Individuen nur mit solchen Ideen, die ihrer sozialen Haltung adäquat sind, so wird eine "Idee" sich nur in dem Ausmaß verschieben können, als die Struktur ihres sozialen Unterbaus dies zuläßt ... Ohne Umwälzung des "Unterbaus" würde sie keinen sozialen Boden haben, ... sich also nicht fortentwickeln können ...

Daß natürlich "Ideen", wenn sie sich einmal einen "Unterbau" assoziiert haben, die Eigenschaft besitzen, die Gesinnung der entsprechenden Menschengruppen in entsprechendem Sinne zu firmieren und zu kon-

servieren und die Menschen in dem Grad ihrer direkten Abhängigkeit von dem die einzelnen Epochen beherrschenden "Unterbau" bei einer etwaigen Erschütterung dieses "Unterbaus" zur Anpassung an neue "Ideen" unfähig zu machen, ist eine ganz unbestreitbare und übrigens gerade von

Das ist des Sklaven Art, dass ihm die Fessel, die lang gewohnte, unentbehrlich wird. Otto Fürst zu Lynar

materialistischer Seite häufig unterstrichene Tatsache. Der "geistige" Fortschritt kommt in der Regel von einem sozial aufgelockerten Teil der Intellektuellenschicht. ...

Über nichts aber gibt es drolligere Ansichten: Besonders beliebt ist die Gegenüberstellung von "Wirtschaft" und "Politik" als angebliche Gegensätze.

Aus der Tatsache, daß sich die Leiter der modernen Wirtschaftskräfte und die Inhaber der Staatsgewalt oftmals kritisch und selbst feindlich gegenüberstehen, wird auf einen realen Gegensatz von Politik und Wirtschaft geschlossen, eine Konstruktion, welche durch die überkommene, im Kampf gegen den Feudalstaat ausgebildete liberale Theorie besonders gefördert wird.

In Wirklichkeit kann aber doch kein Grund ausfindig gemacht werden, der die Leitung eines Staates veranlassen könnte, die Staatsgewalt nach einer Richtung hin entgegen ihren wirtschaftlichen Interessen - d. h. den Interessen der Bedarfsdeckung des oder der Staatsleiter - auszuüben und durchzuführen, auch wenn diese Interessen nicht immer im Einklang mit den Bedürfnissen jener Kreise stehen mögen, die sich mit einiger Selbstgefälligkeit gern als "Die Wirtschaft" bezeichnen.

Es muß sich also jedwede Staatspolitik, ja in analoger Weise jede Politik einzelner Gesellschaftsgruppen vom Standpunkt der wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Individuen bzw. der entsprechenden Gesellschaftsgruppen rechtfertigen lassen. Politik im allgemeinen

Sinn ist ja nichts weiter als der Versuch, seinen Willen gegen Widerstreben durchzusetzen, und es ist nicht einzu- sehen, aus welchen Gründen ein solcher Wille dem wirtschaftlichen Interesse der Wollenden widerstreben könnte.

Die dauernden Störungen, denen dieses Wollen durch die analogen Bemühungen der übrigen historischen Individuen oder Einheiten im Inneren und von außen ausgesetzt ist und die der Sphäre der Politik in gewisser Beziehung eine Eigengesetzlichkeit zu verleihen scheinen, dürfen nicht über die Abhängigkeit der politisch handelnden Menschen und Gruppen von ihrem Schicksal im Rahmen der Produktionsverhältnisse und vom Gang der ökonomischen Entwicklung hinwegtäuschen. Ein Gegensatz von Politik und Wirtschaft, insoweit er als Pflichtenkonflikt in die

Reißt den Menschen aus seinen Verhältnissen; und was er dann ist, nur das ist er. Johann Gottfried Seume

geschichtlichen Individuen hineinverlegt wird, ist undenkbar; das politische Handeln ist vielmehr vom gesellschaftlichen Produktionsprozeß und seiner Entwicklung funktional abhängig, was, wie gesagt, nicht ausschließt, daß die politische Gewalt und die ganze Apparatur rein politischer Mittel dauernd zu dem Zweck verwendet, ja benötigt wird, um die Stellung der einzelnen Persönlichkeiten und Gruppen im Rahmen dieses Prozesses zu erhalten und auszubauen.

Hiermit bildet sich von selbst das Problem, nach welchen Regeln sich nun dieser ökonomische Prozeß vollzieht. ■

Weisheit der Alten

Das Nichtzurkenntnisnehmen geschichtlicher Fakten schafft grössere Risiken als deren Anerkennung.

In der Luft von Illusionen verkümmert jedes echte politische Urteil und der Wille, die Tatsachen zu ändern.

Friedrich Nietzsche

Ideen + Meinungen ist ein Forum zur Verbreitung von Ideen und Meinungen jenseits aller Ideologien, mit dem Appell an alle



Leser zu Toleranz und sachlicher Diskussion auch scheinbar abwegigster Meinungsäußerungen und Bildung eigener Meinung.

Gezeichnete Beiträge verantworten die Verfasser · Herausgeber und verantwortlich für Herstellung u. Vertrieb: S. Hellmonds, Waßmannsdorfer Chaussee 28-40, 1000 Berlin 47. Druck: Werbeverlag G. Ghamgosar, Pankstraße 15, 1000 Berlin 65 · Abonnements einschl. Zustellkosten: 1981 = 8 DM, 1982, 1983 = je 12 DM · I+M erscheint vorerst alle zwei Monate

IDEEN MEINUNGEN

IDEEN: URGEDANKEN, REINE BEGRIFFE
 PLATON: DIE EWIG UNVERÄNDERLICHEN
 URFORMEN, DEREN UNVOLLKOMMENE
 ABBILDER DIE IRDISCHEN DINGE SIND
 DIE IDEE STEHT ÜBER DEN DINGEN
 NICHT ERFAHRUNG IST IHRE DENKENDE
 ERFASSUNG, SONDERN ERINNERUNG

3
83

MEINUNGEN: DIE DER SINNESERFAHRUNG
 ZUGÄNGLICHEN DINGE SIND IN IHREM
 BESTAND DURCH TEILHABE AN DEN IDEEN
 BEGRÜNDET. SIE SIND DEREN ABBILDER
 ODER SCHATTEN. DARUM GIBT ES VON
 IHNEN KEIN STRENGES WISSEN, SONDERN
 NUR EIN MEINEN = MEINUNGEN

Baruch Isaac Albert Robert
 Einstein erblickt am 6. August
 1945, morgens um 8 Uhr, das
 "Licht der Welt". Es ist das
 grell aufblitzende Licht jener
 bekannten Explosion, die von
 der japanischen Hafenstadt
 Hiroshima nicht viel übrig
 lässt. Japan liegt bekanntlich
 am Pazifischen, also Stillen
 oder "Friedlichen" Ozean. Des-
 halb unterschreibt Einstein
 sein Leben lang Friedensappelle.

Sie nutzen nichts. 1939 unterschreibt
 Einstein einen Brief an Präsident Roose-
 velt, in dem die Herstellung von Atombom-
 ben empfohlen wird. Der Brief nutzt etwas.
 Einstein hat zwei Hände. Während die lin-
 ke pazifistische Aufrufe unterschreibt,
 nimmt die rechte 25000 Mark in Empfang:
 von der Kaiser-Wilhelm-Stiftung für Mili-
 tärtechnik. Plötzlich sieht Einstein
 in dem Brief an Roosevelt den
 grössten Fehler seines Lebens;
 er möchte ihn ungeschrieben
 machen. Einstein nimmt sich

ALBERT EINSTEIN

Physiker
 Nobelpreisträger

14.3.1879-18.4.1955

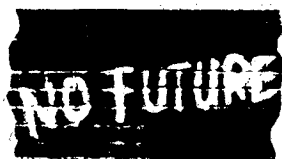


vor, nach Japan zu fahren und
 die freigewordenen Uranteil-
 chen einzusammeln und in eine
 Bombe zu verpacken. Aber das
 genügt ihm nicht. Er hat erst
 Ruhe, nachdem das Uran aus der
 Bombe herausgenommen und un-
 ter der Erdoberfläche vergraben
 worden ist, dort, wo es schliess-
 lich hingehört.

Endlich ist Frieden auf der
 Erde. Albert Einstein wird mit
 Albert Schweitzer verwechselt.

Fünf Tage nach Hiroshima tragen weiteste
 Kreise Einstein den Ehrentitel "Vater
 der Atombombe" an. Dankend lehnt er die
 Ehrung ab und beeilt sich, den Titel an
 Robert Oppenheimer weiterzugeben. Oppen-
 heimer leugnet die Vaterschaft - ohne
 rechten Erfolg. Einstein schreibt an die
 Zukunft: Wenn Ihr nicht gerechter, fried-
 licher und fröhlicher sein könnt als wir,
 dann soll Euch der Teufel ho-
 len. - Der Teufel kommt und
 holt die Zukunft.

Nur die Gegenwart darf bleiben.



- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
 (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. ...

DEMOKRATIE IST ZIVILISATION UND KULTUR

(nach Jacques Barzun, "Von menschlicher Freiheit", 1947, Rinn-Verlag, München; amerik. Ausgabe 1939, Little, Brown & Comp., Boston)

Wenn unsere Kinder uns nach zwanzig Jahren fragen werden: "Was habt ihr eigentlich damals zustande gebracht?", dann werden wir vielleicht schon froh sein, gleich den französischen Revolutionären nach der Schreckenszeit antworten zu können: "Ich habe überlebt."

Wer heutzutage um sich blickt, der möchte verzweifeln ... an jeglichem Vollbringen, an der Zivilisation, am Leben selbst ...

Mitten in all den Verwirrungen unserer chaotischen Gegenwart haben wir erfahren, daß die Dinge, für die es sich zu leben lohnt, die Dinge, die wir unter den Namen Kultur und Zivilisation zusammenfassen, vor allen anderen verteidigt werden müssen ...

Was ... jedes ... demokratische Land heutzutage braucht, ist eine Gewissensforschung, um herauszufinden, was die Demokratie wirklich will, und wie sie das, wozu sie sich entscheidet, mit Sicherheit durchführen kann ...

Ein Leben unter gewissen zivilisatorischen Bedingungen bedeutet kämpferischer Glaube, der die Geschütze seiner Kritik auf das richtet, was uns täglich dargeboten wird unter dem Mantel des Regimes, der Erziehung, Wissenschaft und Kunst, des Dogmas, der Heilmittel und der Erkenntnisse ...

Wenn das eifrig angestrebte Ziel der Demokratie ein zivilisiertes Dasein ist, worauf doch alle Zeichen der Zeit hindeuten, wenn eine vielschichtige und lebendige Kultur zugleich Quelle und Produkt einer erfolgreichen Demokratie ist, dann heißt dies, daß wir unsere landläufigen Anschauungen von den vertrautesten Dingen überprüfen, den Rost von vielen gewohnten Meinungen abkratzen und zusehen müssen, ob irgendein leuchtendes Metall darunter steckt, oder ob nur eine oxydierte Masse bröckliger Vorurteile zutage kommt ...

Das erste unserer Vorurteile ist der Glaube, unsere Entscheidung sei eine politische, wenn es sich dem nüchternen Tatbestande nach um eine kulturelle handelt. Wir bilden uns ein, wir könnten mit den

Anliegen, die unser Leben und unsere Freiheit betreffen, durch bloße Parteinahme fertig werden; was wir eigentlich wollen, ist dagegen nur zu erreichen, indem wir wie gute Handwerker vorgehen: unsere Zustimmung oder Ablehnung muß im Lichte einer höheren Absicht stehen, ohne Rücksicht auf bestimmte Gruppen oder Aushängeschilder und den ganzen falschen Lärm der Politik ...

Zweifellos gibt es Notlagen,

bei denen wir uns keine Zeit zum Wählen nehmen können; wir müssen ein noch nicht völlig morsches Schiff verlassen und uns einem nicht ganz intakten Rettungsboot anvertrauen; aber

falsche Notlagen dieser Art in einer fortbestehenden Kultur ersinnen,

das ist nicht weit entfernt von verbrecherischer Sabotage und führt uns stracks zu den Übeln hin, die wir doch gerade vermeiden wollten.

Gesetz ist mächtig, mächtiger ist die Not
 Johann Wolfgang von Goethe

Die "Alles-oder-nichts-Politik" ist die Abkehr von der Vernunft. Es ist falscher Heroismus des Duellanten ... und macht uns reif für die Tyrannei. Denn Tyrannei ist nichts anderes als das Aufzwingen und Akzeptieren einer einzigen endgültigen Antwort auf eine unendliche Vielfalt von Problemen. Sie ist eine blinde, taube und stumme Maschine ...

Tyrannei, wie ihr Gegenteil, die Nächstenliebe, beginnt daheim. Aber leider, anders als die Nächstenliebe, bleibt sie nicht dort ...

Das praktische Verhalten derjenigen, die sich in der Regierung, der Wissenschaft, der Kunst und Erziehung betätigen, muß aufgezeigt werden, und zwar in seiner jeweiligen demokratischen oder absolutistischen Verkleidung, die die Gesamtsumme unseres demokratischen Lebens vermehrt oder vermindert. ...

DEMOKRATISCHES REGIERUNGSGESCHÄFT UND DEMOKRATIE DES LEBENS

(Die Heldin im satirischen Roman "Democracy" von Henry Adams; anonym veröff. 1880)

Sie war diesem demokratischen Regierungsgeschäft bis auf den Grund gegangen und hatte herausgefunden, daß es auch nicht mehr war als ein Regime irgendeiner anderen Art.

Sie hätte das aus ihrem eigenen gesunden Menschenverstand heraus wissen kön-

nen, aber nun, da die Erfahrung es bewiesen hatte, streifte sie die Maskerade freudig ab, um zurückzukehren zur wahren Demokratie des Lebens - zu ihren Armenhäusern und Gefängnissen, ihren Schulen und Hospitälern. (zit. nach J. Barzun, "Von menschlicher Freiheit", S. 3) ■

SOZIALE UTOPIE ODER SOZIALER FORTSCHRITT

(nach A.H.Fried "Handbuch der Friedensbewegung", 1911, Verlag d.Friedenswarte, Berlin)

Es gibt einen grundlegenden Unterschied zwischen der Methode des sozialen Fortschritts und der Methode des technischen Fortschritts.

Beim technischen Wirken kann sich der Mensch ein Produkt vorstellen und, von diesem ausgehend, gewissermaßen (deduktiv) die Mittel suchen, die zur Verwirklichung dieses vorgestellten Produkts vonnöten sind. Der Techniker konstruiert das gewollte Produkt.

Beim sozialen Wirken kann der Mensch nicht vom Produkt ausgehen. Er kann nicht rückdenkend Mittel suchen oder ersinnen, die ein vorher gewolltes Ergebnis zeitigen können ... Die soziale Entwicklung ist ein natürlicher Prozeß und unterliegt den natürlichen Bedingungen der organischen Entwicklung. Ein Produkt kann sich dabei nur ergeben, wenn die natürlichen Voraussetzungen dafür vorhanden sind: d.h. die keimkräftige Materie und Keimkraft; monistisch ausge-



Alfred
Hermann
Fried

(1864 bis 1921) war von 1900 Redakteur der „Berliner Zeitung“. Für seinen Kampf gegen den Krieg bekam er 1911 den Friedens-Nobelpreis.

drückt: Leben. Denn Leben kann nicht konstruiert werden. Sozialer Fortschritt läßt sich... nur dadurch bewirken, daß der Mensch den vorhandenen natürlichen Entwicklungsprozeß der Gesellschaft derart beeinflußt, daß sich gewisse von ihm ersehnte Formen des sozialen Zusammenlebens daraus ergeben. Er kann den sozialen Entwicklungsprozeß beschleunigen und sein "Produkt" veredeln (durch Induktion). Hier finden wir nun das Kriterium der sozialen Utopie: Ein soziales Projekt ist utopisch, sobald es die Anwendung der technischen Methode zur Voraussetzung hat, sobald es eine Kon-

struktion bedingt und nicht ein natürliches Wachstum.

Ein soziales Projekt ist nicht utopisch, sobald es die Beeinflussung eines natürlichen Entwicklungsganges zur Voraussetzung hat; sobald es einen sozialen Zustand nicht konstruieren, sondern wachsen lassen will ... ■

PROUDHON: "DAS KAPITAL IST DIE URSACHE ALLER VERBRECHEN"

Si non è vero, è ben trovato

(Ist's auch nicht wahr, so ist's doch gut erfunden)

Was also das Hereinzerren der sozialen Frage betrifft, so verfallen die Herren Schönredner nur in den kleinen Fehler, daß sie ihrer Wissenschaft ganz verfehlte Prämissen vorsetzen und daß dadurch ihr ganzer Aufbau in seinen Fundamenten wankt. Kein Sozialreformer, kein Fachmann der Gegenwart, wird das Übel im Großkapital als solchem suchen.

Der Mann, der seine Millionen in Form von Banknotenpäckchen im Geldschrank wohlverschlossen liegen hat, müßte endlich

Hungers sterben, denn es ist Naturgesetz, daß das, was sich nicht erneuert, endlich erschöpft wird.

Das Großkapital an sich ist also nicht Ursache, sondern nur Wirkung. Das Übel wurzelt ganz woanders, und wenn diese Wurzeln radikal herausgezogen sind, dann wird das Kapital so kursieren müssen, daß es durch alle Hände läuft ...

(A. Gundaccar v. Suttner in: "Neue Freie Presse" Wien, 21.7.1891, zit. n. Bertha v. Suttner, "Die Waffen nieder", S.218) ■

"AN IHREN FRÜCHTEN SOLLT IHR SIE ERKENNEN"

(Matthäus 7,16)

Solange Politiker und Wirtschaftler unfähig sind, Wirtschafts- und Finanzkrisen zu verhindern, das heißt, wenn sie neben der Erwerbsart "Arbeitslohn" auch noch die Erwerbsart "Kapitalertrag" zulassen, letztere sogar noch favorisieren, dann müssen sie zumindest das alte hebräische Mittel des Halljahres konsequent anwenden. Hierdurch können die schlimmsten Auswirkungen des Erwerbslebens turnusmäßig beseitigt werden. Unser Halljahr sollte 1983 sein. Denn zweifellos beruhen unsere Wirtschafts- und Finanz-Schwierigkeiten auf Ursachen, die mit der "Machtübernahme" durch Hitler 1933 zusammenhängen. *)

Die biblischen Hebräer wußten aus Erfahrung ganz genau, daß dort, wo es nur einen Produktionsfaktor gibt (den tätigen Menschen), aber die Ergebnisse des Arbeitsfleißes dieses einen Produktionsfaktors auf zwei Erwerbsarten aufgeteilt werden müssen, nämlich auf Arbeitslohn (Lohn, Gehalt, Honorar, Gage, Unternehmerlohn usw.) und Kapitalertrag (Grundrente, Pachtzins, Mietzins, Dividende, Geldzins usw.), der Anteil am Sozialprodukt aus der Erwerbsart Arbeitslohn mit mathematischer Sicherheit immer geringer werden muß zugunsten der

Der Vorgang, wie Banken Geld machen, ist so simpel, dass man sich abgestossen fühlt

John Kenneth Galbraith,

in: Anthony Sampson "Die Geldverleiher"

Erwerbsart Kapitalertrag. Das hat immer zur Folge, daß aller Wohlstand denjenigen abhanden kommt, die ihn erarbeiten, zugunsten jener anderen, die lediglich darleihen gegen Entgelt.

Mit dem Instrument des Halljahres (das sind $7 \times 7 = 49$ Jahre) konnten sodann im darauffolgenden 50. Jahr alle ausgearteten schuldrechtlichen Ergebnisse beseitigt werden, die im Laufe der 49 vergangenen Jahre die Eigentumsverhältnisse durch die Erwerbsart "Kapitalertrag" ungesund

verschoben hatten (siehe 3. Moses 25, 10f). Wenn man sich also nicht dazu entschließen will, auf die ungesunde Erwerbsart Kapitalertrag zu verzichten (wie die alten Hebräer auch), so muß man dringend diesen Notbehelf anwenden, weil anders die Finanzkatastrophen nicht verhindert werden können. Die Lösung der Finanzkrisen

Die Banken haben dem Glauben, den Sitten, der Ruhe, der Prosperität und selbst dem Reichtum der Nation mehr geschadet, als sie ihr je nutzen werden oder können

John Adams, US-Präsident, 1819

wird dann wie seit Jahrtausenden immer wieder auf kriegerischem Wege versucht. Unter Einsatz von Atomwaffen jedoch ... Die soziale Frage könnte ein gutes Stück vorangetrieben werden, wenn man dieses Hilfsmittel des Halljahres zur Beseitigung der schlimmsten marktwirtschaftlichen Auswirkungen konsequent anwendete. Der Bürgerfriede und der Völkerfriede

Das Übel erkennen

heisst schon, ihm teilweise abhelfen

Otto von Bismarck

rücken damit in greifbare Nähe. Den Politikern sollten wir zurufen: Wollt Ihr den Frieden wirklich? - Liegt Euch die Lösung der "sozialen Frage" wirklich so am Herzen? - Wenn ja, dann handelt entsprechend! -sh-

*) Die Bundesrepublik war gehalten, die Schulden des Deutschen Reiches zu übernehmen ... Die Ansprüche der Reichsschulden gehen z.T. noch auf die großen Reparationsvereinbarungen der zwanziger Jahre zurück. Teilweise handelt es sich um Zahlungen, die erst 1969, 1972, 1980, ja erst 1994 fällig werden ... Die Vergangenheit ist, soweit sie Hitler heißt, in den Kassenbüchern noch lange nicht bewältigt. (Augsburger Allgemeine Zeitung vom 28.5.1962, Leitartikel)

Ideen + Meinungen ist ein Forum zur Verbreitung von Ideen und Meinungen jenseits aller Ideologien, mit dem Appell an alle

I+M

Leser zu Toleranz und sachlicher Diskussion auch scheinbar abwegigster Meinungsäußerungen und Bildung eigener Meinung.

Gezeichnete Beiträge verantworten die Verfasser · Herausgeber und verantwortlich für Herstellung u. Vertrieb: S. Hellmonds, Waßmannsdorfer Chaussee 28-40, 1000 Berlin 47. Druck: Werbeverlag G. Ghambosar, Emser Straße 3, 1000 Berlin 31 · Abonnements einschl. Zustellkosten: 1981 = 8 DM, 1982, 1983 = je 12 DM · I+M erscheint vorerst alle zwei Monate

IDEEN MEINUNGEN

IDEEN: URGEDANKEN, REINE BEGRIFFE
PLATON: DIE EWIG UNVERÄNDERLICHEN
URFORMEN, DEREN UNVOLLKOMMENE
ABBILDER DIE IRDISCHEN DINGE SIND
DIE IDEE STEHT ÜBER DEN DINGEN
NICHT ERFAHRUNG IST IHRE DENKENDE
ERFASSUNG, SONDERN ERINNERUNG

4 83

MEINUNGEN: DIE DER SINNESERFAHRUNG
ZUGÄNLICHEN DINGE SIND IN IHREM
BESTAND DURCH TEILHABE AN DEN IDEEN
BEGRÜNDET. SIE SIND DEREN ABBILDER
ODER SCHATTEN. DARUM GIBT ES VON
IHNEN KEIN STRENGES WISSEN, SONDERN
NUR EIN MEINEN = MEINUNGEN

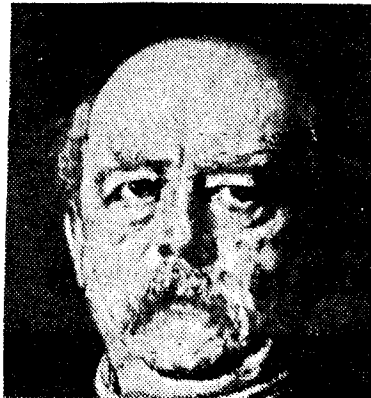
Hervorragende Staatsmänner wie Otto von Bismarck sind äußerst selten gewesen. Abgesehen von seiner Hartnäckigkeit, mit der er die Reichseinheit durchsetzte, unter Aufopferung zahlloser Menschenleben in kriegerischen Auseinandersetzungen, vor allem im Krieg von 1870/71, waren die Leistungen Bismarcks auf sozialpolitischem Gebiet fast ebenso bemerkenswert.

Die Lage der unteren Klassen war eine so drückende, daß dringend Abhilfe nötig war. In jungen Jahren verkehrte Bismarck mit Ferdinand Lassalle und war sich der Berechtigung der sozialistischen Forderungen bewußt. Bei dem herrschenden System der unumschränkten Macht des Kapitals im industriellen Wettbewerb war der Abstand zwischen der oberen und unteren Schicht des Volkes, den Besitzenden und Besitzlosen, zu einer gefährdenden Kluft geworden. Die Arbeit war der willkürlichen Ausbeutung durch das Kapital ausgeliefert. Die Steuerlast war drückend und vielfach ungerecht verteilt. Bismarck war bereit, berechnete Forderungen der Sozialdemokratie zu übernehmen. So entstand das System der sozialpolitischen Gesetzgebung großen Stils. Zu deren Hauptgesichtspunkten gehörte es, allen Arbeitern Verdienst zu schaffen.

OTTO VON BISMARCK

Reichskanzler
Gründer des Deutschen
Reichs von 1871

1.4.1815 – 30.7.1898



So oft es den Deutschen gut geht, wenn ein neuer Völkerfrühling wieder anbricht, fehlt stets der Loki nicht, der seinen Hödur findet, einen blöden, dämlichen Menschen, den er mit Geschick veranlasst, den deutschen Völkerfrühling zu erschlagen respektive niederzustimmen.

Bismarck, im Reichstag

sich selbst damit eine starke Opposition, die ihm das Regieren schwer machte, vor allem Eugen Richter von der "Deutschen Freisinnigen Partei".

Als Anfang 1890 das "Sozialistengesetz" außer Kraft treten sollte, nahm Bismarck am 20. März 1890 seinen Abschied. ■

Bismarck warf sich zum "Anwalt des 'kleinen Mannes'" auf, indem er das Recht auf Arbeit und den Schutz der Arbeit durch den Staat zur allgemeinen Anerkennung zu bringen versuchte.

Im Mai 1889 endlich wurden Invaliditäts- und Altersversorgungsgesetz im Reichstag angenommen. Wie bekannt ist, hatte auch Bismarck es nicht durchsetzen können, daß ein Recht auf Arbeit in das Gesetzeswerk aufgenommen wurde. Die Gründe waren sicher die gleichen wie 1949, zur Zeit der Abfassung unseres Grundgesetzes.

Bismarck sah als Hauptfeind im Inneren den Parteigeist: Der Parteigeist überwuchert uns; dieser Parteigeist, wenn er mit seiner Lokistimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurteilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erschlage.

19 Jahre lang war Bismarck Reichskanzler. Insgesamt hat er 54 Jahre im Staatsdienst gestanden. Dem Reichstag hat er das allgemeine und gleiche Wahlrecht verschafft und

Artikel 12

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz geregelt werden. (2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht. (3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Im Grundgesetz nicht vorgesehen:

"ALLE DEUTSCHEN HABEN EIN RECHT AUF ARBEIT"

Ideen + Meinungen zur Wirtschaftskrise und zum Problem der Massen-Erwerbslosigkeit (auf "Amtsdeutsch": Arbeitslosigkeit)

Die irrije Auffassung, wonach jeder, der Arbeit haben will, darauf auch Anrecht hätte, ist aus dem "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" nicht herzuleiten, so sehr man sich dies wünschen möchte (siehe Artikel 12 GG).

Auch die Sozialstaatskomponente in Artikel 20 GG läßt eine Interpretation in diesem Sinne nicht zu. Die Proklamation des Grundgesetzes: "Die Bundesrepublik... ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat" kann nicht dahin interpretiert werden, daß dadurch ein Recht auf Arbeit postuliert wäre. Ein Recht auf Arbeit gibt es nicht. Und das muß wichtige Gründe haben.

Die "Väter" des Grundgesetzes haben sich wahrscheinlich genauestens überlegt, was sie in das Grundgesetz hineinschreiben. Man darf deshalb davon ausgehen, daß sie weder ein "Recht" auf Arbeit noch eine Pflicht zur Arbeit (mit den Ausnahmen der Absätze 2 und 3 im Artikel 12) verfassungsrechtlich konstituieren wollten. Versuchen wir, die Frage zu klären, warum es deshalb auch keine normale Pflicht zur Arbeit und demnach auch kein Recht auf Arbeit geben kann.

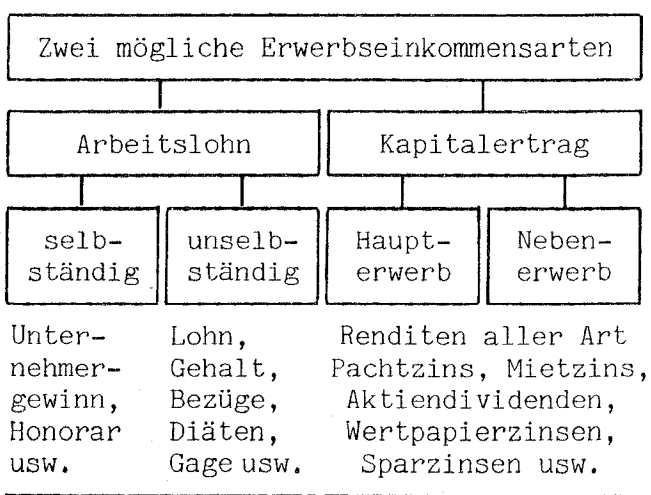
Erwerb aus Arbeit und aus Kapital

Das Erwerbsleben in der Bundesrepublik Deutschland erlaubt den Erwerb von Geld auf zweierlei Art und Weise:

- Erwerb aus Arbeitsleistung
- Erwerb aus Kapitalanlage.

Dies stellt die Rahmenbedingung dar, die die Grundgesetzverfasser entweder selbst gesetzt oder übernommen haben. Das heißt, in unserer sozialen Marktwirtschaft betätigen sich grundsätzlich zwei Erwerbsarten nebeneinander: "Arbeitslohn" und "Kapitalertrag". Und jede dieser zwei Erwerbsarten benimmt sich jeweils ihren Eigentümlichkeiten entsprechend. Die Definition von Arbeitslohn bereitet

kaum Schwierigkeiten, weil jedermann einsichtig ist, daß jegliche Vergütung für Tätigkeit im weitesten Sinne Lohn ist. Kapitalertrag ist jeglicher Zuegewinn aus angelegtem Vermögen. Durch den

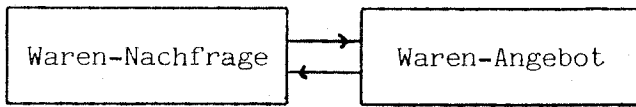


"Ertrag" wird aus dem Vermögen Kapital, sei es Grund- und Boden-Kapital, Sach- oder Geld-Kapital. Wesentlich dabei ist der Ertrag, durch den ein Vermögen erst Kapital wird. Und der Ertrag vom Kapital ist immer Kapital-Rente. Deshalb ist das in ein selbstgenutztes Eigenheim investierte Vermögen kein Kapital, während andererseits das in eine vermietete Eigentumswohnung investierte Vermögen in jedem Fall Kapital ist, solange es Ertrag bringt (über die Erhaltungsaufwendungen und Unterhaltungskosten hinausgehend), und nicht nur die Vermögenssicherung des im Mietwohnungsbau angelegten Vermögens sicherstellt.

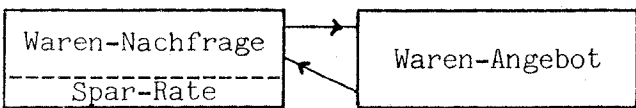
Partnerschaft von Arbeit und Kapital

In der sozialen Marktwirtschaft ist das Ideal der Partnerschaft zwischen Arbeit und Kapital einerseits viel beschworen, jedoch bisher dauerhaft niemals erreicht worden. Und dies hängt mit den gegen-

sätzlichen Interessenlagen dieser zwei Erwerbsarten zusammen. Während "Arbeit" ständig neue Güter und Kapitalien schafft, ist "Kapital" immer an der Knapphaltung seiner selbst interessiert. Denn: Nur alles Knappe ist teuer - kann Ertrag bringen. Man stelle sich theoretisch einen ausgeglichenen Güter- und Dienstleistungsmarkt vor, bei dem alle Einkommen als Nachfrage am Markt auftauchen.

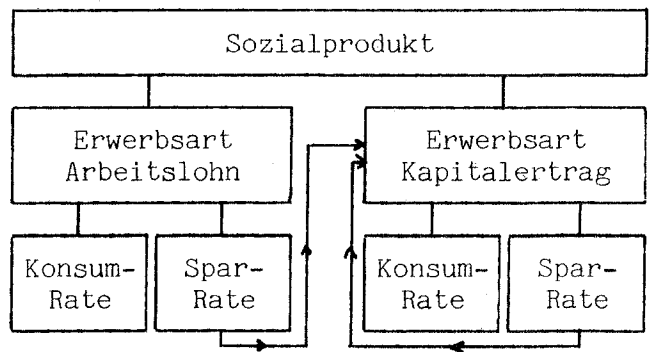


Bei einer solchen Markt-Situation wird es keine Störung geben. Alle Waren finden ihren Käufer. Die Produzenten und Geldbesitzer tauschen gegenseitig das ihrige miteinander aus. Kapitalerträge können hier nicht erzielt werden. Anders jedoch, wenn nicht alle Einkommen am Markt erscheinen, sondern Teile von Einkommen gespart werden, was meist bei Angehörigen höherer Einkommensgruppen der Fall sein dürfte.



Durch die Spar-Rate, die nicht als Nachfrage am Markt auftaucht, geraten die Produzenten und Anbieter von Dienstleistungen in Verlegenheit, weil sie auf Teilen ihres Angebots "sitzen bleiben". Geld scheint plötzlich wertvoller geworden zu sein, während die angebotenen Waren und Dienstleistungen im Wert scheinbar gesunken sind. Die Produzenten, die nun nicht mehr zu erwartende Verkaufserlöse erzielen, können die Produktion einschränken, um der geringeren Nachfrage zu entsprechen. Oder sie rationalisieren, setzen Arbeitskräfte frei und produzieren dadurch "billiger", weil sie nun Lohnkosten einsparen. Hat der Produzent für die Rationalisierungs-Investition kein eigenes Vermögen, so borgt er sich das nötige Geld bei den Verwaltern der Spar-Raten, den Sparkassen und Banken - gegen Zins. Gleichzeitig entsteht aber hiermit ein weiterer Kostenfaktor, der ebenfalls in die Preiskalkulation eingehen muß, wenn es zinslose Darlehen nicht gibt. So entsteht die Erwerbsart "Kapital-Ertrag": Durch erlaubte Marktstörung ist neben der Erwerbsart "Arbeitslohn" eine zweite Erwerbsart entstanden. Und diese kann sich nur dauernd existent halten, indem sie laufend mehr oder weniger rigorose Marktstörungen hervorruft.

Nun ist das Erwerbseinkommen aus Kapital nicht immer gleich. Es ist abhängig vom allgemeinen Zins-Niveau. Bei hohen Zinssätzen sind die Einkünfte aus Kapitalanlage hoch, wie umgekehrt bei niedrigen Zinssätzen diese niedrig sind. Für alle Arbeitenden verhält es sich jedoch umgekehrt: Hohe Zinsen verteuern die Produkte, niedrige Zinsen erlauben Lohnerhöhungen, arbeitsplatzschaffende Investitionen, Vollbeschäftigung. Hieraus ergibt sich die Gegensätzlichkeit der Interessen der zwei Erwerbsarten "Arbeitslohn" und "Kapitalertrag": Hohe Zinsen nützen der Erwerbsart "Kapitalertrag" - niedrige Zinsen nützen der Erwerbsart "Arbeitslohn". Damit wird auch einsichtig, daß der Wegfall jeglichen Zinses praktisch einem Wegfall der Erwerbsart "Kapitalertrag" entspräche, und der volle Arbeitsertrag den Arbeitenden zufließen könnte. Man könnte sich die Aufteilung des Sozialprodukts auf die zwei Erwerbsarten etwa 1:1 vorstellen und annehmen, dies sei eine gerechte Verteilung auf diese beiden Erwerbsarten.



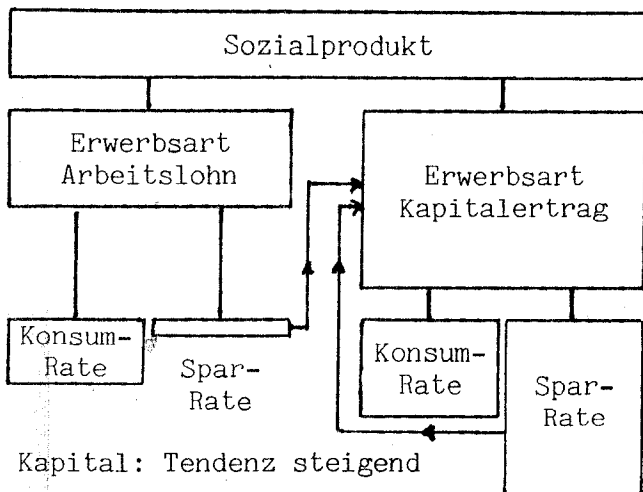
Es ergibt sich fast zwangsläufig, daß die Spar-Rate aus der Erwerbsart "Arbeitslohn" mit der aus der Erwerbsart "Kapitalertrag" dauernd akkumuliert. Dies hat zur Folge, daß sich der Anteil am Sozialprodukt, der auf die Erwerbsart "Kapitalertrag" entfällt, im Laufe der Zeit ständig vergrößert, während er "natürlich" von dem Anteil der Erwerbsart "Arbeitslohn" abgezogen werden muß. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Und dieser Abzug vom "Arbeitslohn" geschieht nach einheitlichem Muster: Normalerweise haben ständig wachsende Kapital-Massen zinsenkende Wirkungen. Niedrige Zinsen begünstigen die Erwerbsart "Arbeitslohn" und mindern den Erwerb aus Kapitalanlage. Weil durch die Akkumulation des Kapitals dessen Rentabilität ständig gefährdet ist, suchen die Anleger meist außerhalb der zivilen Produktion rentablere Anlagemöglichkeiten. Kriegsrüstungen bieten willkommene Gelegenheiten zur Anhebung

des Erwerbs aus "Kapitalertrag". Wenn es z.B. in den USA höhere Erträge gibt, so wandern die anlagesuchenden Vermögen in die USA, unbeschadet dessen, daß durch Entzug dieser Vermögen im "Heimat"land Unternehmer zu Massen-Entlassungen greifen, die den Staat nötigen, den Steuer-ausfall und das Erwerbslosenproblem mit immer größerer Staatsverschuldung eini-germaßen in Grenzen zu halten.

Das soziale Netz wird sodann stark strapa-ziiert und droht zu reißen.

Der Staat hat nun ständig geringer wer-dende Steuereinnahmen, denen dauernd zu-wachsende Anforderungen zur sozialen Sicherung gegenüberstehen. Diese Zwangs-lage bringt dem Staat ständig wach-sende Probleme.

Es naht der Zeitpunkt, ab dem die breite Bevölkerung ihren Konsum einschränken muß, nachdem sie ihre Ersparnisse schon vorher "dazugebuttert" hat. Dadurch ver-schärft sich die Krise noch mehr, mit der Folge, daß die Einkommen auf der Seite des Arbeitslohn weiter zurückge-hen, während sich die Einkommen auf der Seite des "Kapitalertrags" steigern.



Damit wird einsichtig, warum es keine Partnerschaft von "Kapital" und "Arbeit" geben kann, und daß ein "Recht auf Arbeit" darum auch niemals festgeschrie-ben werden konnte.

Der Grund ist nicht "Bösartigkeit" des Kapitals als solchem, sondern lediglich die Tatsache, daß es zwei gegensätz-

liche Erwerbsarten gibt. Und im Wett-bewerb zwischen diesen beiden Erwerbs-arten "siegt" immer die Erwerbsart "Ka-pitalertrag", weil die Spar-Raten aus der Erwerbsart "Arbeitslohn" dauernd mit denen aus der Erwerbsart "Kapitalertrag" akkumulieren.

Die sich erhebenden "Ansprüche" des Ka-pitals auf angemessene Verzinsung sind nur unter Abzug beim Erwerb aus Arbeits-leistung zu befriedigen.

Diesen Kampf gewinnt jedesmal das Groß-kapital gegen die kleinen Sparer sowie Arbeitnehmer. Nach einer längeren Kon-junktur-Abschwungs-Phase sind die Spar-gelder der vielen kleinen Sparer aufge-zehrt und die Konzentration der Vermö-gen bei einigen Großvermögens-Eignern hat sich laufend verstärkt.

Solche Vermögensumschichtungen hat es zu allen Zeiten gegeben. Sie waren un-abhängig davon, ob Kaiser, Könige, Dik-tatoren oder Demokraten regierten.

Ursache für das periodisch wiederkehren-de Elend der unteren Schichten ist das legale Ausüben der Erwerbsart "Kapital-ertrag", die zu ihrer eigenen dauernden Existenz periodisch Wirtschaftskrisen produzieren muß. Beteiligt an der Exi-stenzsicherung des "Kapitalertrags" sind auch so ehrwürdige Institutionen wie Renten-, Unfall- und Kranken - Versiche-rungen und - merkwürdig genug - auch wohltätige Stiftungen. Diese müssen zu ihrer Selbsterhaltung die eingenommenen Gelder rentabel anlegen.

Und die Zinsgewinne, die diese Anlagen erzielen, lasten auf allen Preisen.

So zeigt sich das trostlose Bild, daß beispielsweise die Sozialversicherten ihr Altersruhegeld zweimal einzah-len müssen: einmal als laufende Beiträ-ge und zum zweiten als Anteil in allen Preisen für Güter und Dienstleistungen.

Ein Recht auf Arbeit und eine funktio-nierende soziale Marktwirtschaft kann es erst geben, wenn die Erwerbsart "Kapi-talertrag" abgeschafft ist und Zuwider-handlungen nach Verfassungs- und Straf-recht geahndet werden. Damit wäre auch die "soziale Frage" gelöst. -sh-

Ideen + Meinungen ist ein Forum zur Verbreitung von Ideen und Meinungen jenseits aller Ideo-logien, mit dem Appell an alle



Leser zu Toleranz und sachli-cher Diskussion auch scheinbar abwegigster Meinungsäußerungen und Bildung eigener Meinung

Gezeichnete Beiträge verantworten die Verfasser · Herausgeber und verantwortlich für Herstellung u. Vertrieb: S.Hellmonds, Waßmannsdorfer Chaussee 28-40, 1000 Berlin 47. Druck: Werbeverlag G.Ghamgosar, Emser Straße 3, 1000 Berlin 31 · Abonnements einschl. Zustellkosten: 1981 = 8 DM, ab 1982 = je 12 DM · I+M erscheint vorläufig alle 2 Monate.

IDEEN MEINUNGEN

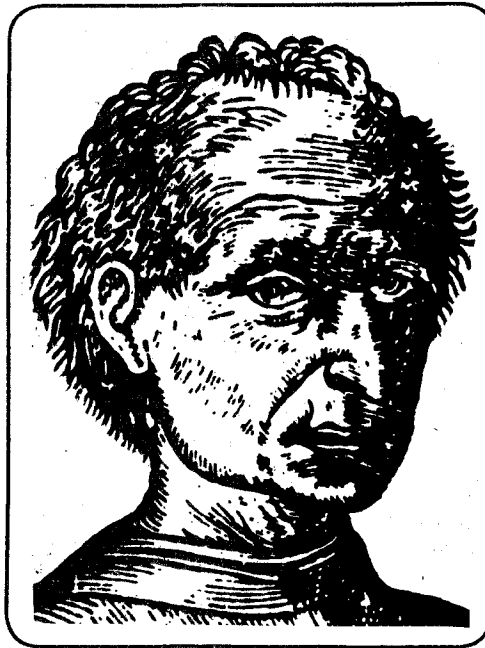
IDEEN: URGEDANKEN, REINE BEGRIFFE
 PLATON: DIE EWIG UNVERÄNDERLICHEN
 URFORMEN, DEREN UNVOLLKOMMENE
 ABBILDER DIE IRDISCHEN DINGE SIND
 DIE IDEE STEHT ÜBER DEN DINGEN
 NICHT ERFAHRUNG IST IHRE DENKENDE
 ERFASSUNG, SONDERN ERINNERUNG

5 83

MEINUNGEN: DIE DER SINNESERFAHRUNG
 ZUGÄNGLICHEN DINGE SIND IN IHREM
 BESTAND DURCH TEILHABE AN DEN IDEEN
 BEGRÜNDET. SIE SIND DEREN ABBILDER
 ODER SCHATTEN. DARUM GIBT ES VON
 IHNEN KEIN STRENGES WISSEN, SONDERN
 NUR EIN MEINEN = MEINUNGEN

Niccolò di Bernardo del Macchiavelli, "von bescheidener Herkunft", stand 14 Jahre in Diensten der Republik Florenz, als 1512 die Medici zurückkehrten und die Republik beseitigten. Diesem Umstand ist die "Freisetzung" Macchiavellis und der Beginn seiner schriftstellerischen Laufbahn zu verdanken, in deren Verlauf er über 6.000 Schriften verfaßte, von denen der größte Teil noch unveröffentlicht geblieben ist. Berühmt machte ihn die 80seitige Schrift "Il Principe" ("Der Fürst"). Darin gibt er eine Definition des Staates als solchen und zeigt als erster die kausalen Zusammenhänge zwischen Politik/Staat und Gewalt/Macht auf. Seine rationale Auffassung von Politik und deren Zweck und Folgerichtigkeit mündet in die Maxime, daß jeder Staat als höchste Pflicht die seiner Selbsterhaltung habe. Dieser Maxime müsse er auch das Tötungsverbot unterordnen, seinen Bürgern das Töten im Krieg befehlen, um des höheren Zweckes der Erhaltung des Staates willen. Dieser Maxime sind Potentaten, Diktatoren, ja selbst "Demokraten" gern gefolgt, da sie ihnen jeweils die Rechtfertigungen

NICCOLÒ MACCHIAVELLI
 Sekretär/Diplomat der Republik
 Florenz, Schriftsteller
 3.5.1469 – 22.6.1527



*"Wer glaubt, dass bei
 grossen Männern neue Wohltaten
 altes Unrecht
 vergessen machen, der irrt."*
 Macchiavelli
 (in: "Der Fürst", 7. Kap.)

lieferte für alle Staatsmännerschlechtigkeiten, die es zwar zu allen Zeiten gab, für die Macchiavelli jedoch die theoretische Begründung geliefert hatte. "Il Principe" widmete er dem neu an die Macht gelangten Medici - Fürsten Lorenzo. Doch es gelang dem Republikaner Macchiavelli erst Jahre später, das Vertrauen dieses Fürsten zu gewinnen und unter seinem Regime erneut Anstellung zu finden. Als die Medici 1527 abermals gestürzt wurden und die Republikaner wieder Florenz regierten, hielten sie Macchiavelli aus allen Staatsämtern fern, weil sie nunmehr ihn für einen Anhänger der verhassten Medicis hielten. Im Juni desselben Jahres starb er verarmt und ohne seine politische Sehnsucht der Einigung Italiens erfüllt zu sehen. Italien war zerrissen und von Fremden ausgeplündert, und die "Kaiserlichen" hatten mit vandalischer Wut kurz vor seinem Tod in Rom gehaust. Oft und gern mißverstanden wollte Macchiavelli nicht einer willkürlichen Gewalt das Wort reden, sondern nur die Beziehungen zwischen kalkulierter Gewalt und Politik aufzeigen. Darin liegt seine Rechtschaffenheit und seine Wahrhaftigkeit. ■

Artikel 4 (3)

Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 12 a (2) vom 24. 6. 1968

Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

Der Krieg ist die Probe aufs Exempel, die Grenzsituation, die jeden einzelnen vor
Macchiavellis Frage stellt

WARUM IST DER KRIEG EIN PROBLEM?

(nach: Paul Ricœur, "Geschichte und Wahrheit", 1974, Paul List Verlag KG, München, Originaltitel: "Histoire et Vérité, Éditions du Seuil", Paris 1955)

Warum ist der Krieg ein Problem? Der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen wird sagen: "Ein Problem gibt es da nicht; der Krieg ist jene Handlung, mit der die staatliche Gewalt die Grenze überschreitet und gegen das Mordverbot verstößt. Mit meinem Ungehorsam lege ich Zeugnis ab für eine einheitliche Ethik; der Staat kann keine andere Ethik vertreten als das Individuum. Mord ist verboten, für den einen so gut wie für den anderen." Es muß mit großer Klarheit und Festigkeit gesagt werden, daß der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen recht hat, wenn er alle Rechtfertigungen des Krieges durch die Gewalt des Amtes ablehnt; die Amtsgewalt ist eine Sache, eine andere ist der Krieg; die Amtsgewalt ist eingesetzt; sie wird gesetzlich geregelt; sie wird von einem Gericht ausgeübt, das weder mit dem Kläger noch mit dem Verteidiger etwas zu tun hat; es ist durchaus möglich, sie in den Grenzen der Achtung des Lebens und der Würde des bestraften Schuldigen zu halten. Kurz: die Strafe im zivilen Strafrecht muß nicht in Widerspruch zur Liebe geraten, obgleich sie die Liebe nicht wahrhaft erfüllt. Man sollte also auf alle heuchlerischen Deduktionen verzichten, in denen man vorgibt, den Krieg durch den Hinweis auf amtliche Ausübung von Gewalt zu rechtfertigen; um einer solchen Deduktion Geltung zu verschaffen, wäre es zunächst einmal erforderlich, die Todesstrafe zu rechtfertigen; damit aber hätte man das Amt bereits dem Bereich des Mordes preisgegeben. Überdies müßte man sich ein

fiktives Gericht ausmalen, das dem Staat jeweils den Auftrag erteilt, die Bösen außerhalb des Landes zu bestrafen und den Krieg so zu führen, als übe man eine Art Strafrecht nach außen aus. Der fiktive und hypokritische Charakter dieser Deduktion springt ins Auge.

Der Krieg ist und muß eine Katastrophe bleiben, ein Einfall des Chaos, die Rückkehr zu einem auf die zwischenstaatlichen Beziehungen projizierten Kampf ums Dasein.

Diese geschichtliche Unvernunft darf sich niemals in einer tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtfertigung zeigen; ein Ergebnis, das die totale Diskrepanz zwischen Barmherzigkeit und Gewalt sanktioniert, indem es das zarte Band - das Mordverbot - zerreißt, das beide miteinander verbindet, kann nicht Gegenstand einer moralischen Ableitung sein.

*Warum aber bildet der Krieg
trotzdem ein Problem?*

Weil er nicht nur institutionalisierter Mord ist; genauer: weil der Mord am Feind dem Opfer des einzelnen für das physische Überleben des eigenen Staates gleichkommt. An eben dieser Stelle wirft der Krieg das auf, was ich das Problem einer "Notethik" nennen möchte. Wenn der Krieg mir nur das eine Problem stellte, ob ich meinen Feind töten soll oder nicht, dann könnten allenfalls die Angst und die Verehrung für einen vergötterten Staat meine Unterwerfung unter den bösen Staat erklären, und auch diese beiden Motive würden mich vor einer Verurteilung nicht retten. Es wäre

im Gegenteil meine strikte Pflicht, Kriegsdienstverweigerer zu sein.

Aber der Krieg stellt mir eben auch noch eine andere Frage:

Soll ich mein Leben dafür aufs Spiel setzen, daß mein Staat überlebt?

Der Krieg ist die Grenzsituation, die absurde Situation, in der Mord mit Opfer gleichgesetzt wird. In den Krieg ziehen, das heißt für den einzelnen zugleich, den anderen, den Bürger des anderen Staates, töten und das eigene Leben in die Waagschale werfen, um dem eigenen Staat die Existenz zu sichern.

Dieses Problem ist nicht identisch mit dem der Legitimität des Krieges, den der

Staat führt: Wie wir gesehen haben, kann eine solcherart moralische Rechtfertigung des Krieges als Strafexpedition nur als verlogen genannt werden; das Problem des physischen Überlebens meines Staates, seine materielle Erhaltung unter Einsatz meines Lebens und um den Preis des Lebens meines Feindes, ist das schreckliche Rätsel, vor das die Existenz des Staates mich stellt. Es ist eine Tatsache: Bis auf den heutigen Tag - ich betone: bis auf den heutigen Tag, denn der Krieg ist vielleicht gerade dabei, sein Wesen so radikal zu ändern, daß das Problem des physischen Überlebens für einen Staat jeden Sinn verlieren könnte - bis auf den heutigen Tag haben die Staaten durch Krieg überlebt; diese nicht zu rechtfertigende Gewalt hat es unter Leid und Zerstörung ermöglicht, nicht nur Größe, sondern auch Kulturwerte weiterzugeben.

Mehr noch: Die Geschichte zeigt bis zum Überdruß, daß die schlimmsten Tyrannen, totalitäre Herrschaften nur von außen her aufgebrochen und zerschlagen werden können; kurz, es gibt konservative Kriege, es gibt Befreiungskriege, es gibt Stabilisierungskriege, und trotzdem ist der Krieg als solcher das Ungerechtfertigte und das nicht zu Rechtfertigende. Gerade weil der Krieg auf der Bruchlinie zweier Ethiken, einer Ethik der Barmherzigkeit und einer Ethik des Zwangs liegt, zwingt er das Individuum zu einer "Notethik". Das einzige Motiv dafür, dem Staat im Krieg mit Waffen zu dienen, ist der Wille, den Staat fortbestehen zu sehen: "Obrigkeit" soll es geben.



"Was läßt Sie daran zweifeln, daß wir Ihre Probleme verstehen?" (Spiegel 11/81)

Mein Gehorsam steht auf dem un-ethischen Boden der nackten Existenz meines Staates; grundlos ist dieser Gehorsam nicht, da er, ohne selber eine Amtshandlung oder in irgendeiner Weise die Ausübung einer strafenden Gerechtigkeit zu sein, die existentielle Bedingung für alle Amtshandlungen ist.

Mein Staat soll bestehen:

Das ist die wirkliche und einzige Motivation des bewaffneten und mordenden Bürgers. Aus diesem Grunde kann ich meines Gehorsams nicht froh werden, denn mein Gehorsam sanktioniert die Fehlthat meines Staates; sein physisches Überleben, für das ich eintrete, ist auch sein Schuldigsein; ich trage zu seiner nackten Existenz einzig und allein dann bei, wenn ich seine Bösartigkeit im Mord bestätige.

Soll ich denn den Gehorsam verweigern? Ja - wenn ich fähig bin, die Konsequenzen zu tragen und die Verantwortung für den Sinn meiner Handlung zu übernehmen. Die Konsequenz: das Risiko eines anderen Todes für mich; aber auch den Sinn, denn auch die Gehorsamsverweigerung ist eine Notethik; zu gleicher Zeit, wie sie Zeugnis ablegt für die verborgene Einheit von brüderlicher und amtlicher Moral, bringt sie meinen Staat in Gefahr. Ich kann mich nicht schon dadurch aus der Affäre ziehen, daß ich sage, wegen seiner Seltenheit könne das radikale Eintreten für die Gehorsamsverweigerung den Staat nicht wesentlich schwächen; ich muß in der Vorstellung handeln, daß die Ma-

xime meines Handelns allgemeines Gesetz werden könnte. Und der Sinn meiner Handlung ist sehr wohl eine Gefahr für den Staat, wenn er sich auf alle Bürger ausdehnt. Das ist der "Sinn", den ich akzeptieren und sogar verlangen muß, wenn ich den Gehorsam verweigere.

In der Grenzsituation des Krieges bringt das Zeugnis, das ich für die Absolutheit des Gebotes "Du sollst nicht töten" ablege, meinen Staat und mit ihm meine Mitbürger in Gefahr.

Ich habe nicht das Recht, dieses Zeugnis auf mich zu nehmen, wenn ich nicht, über das Risiko hinaus, seinen Sinn akzeptiere: Die Bedrohung und gegebenenfalls das

Aufopfern meines Staates.

Es kann sein, daß in gewissen Extremfällen das Aufopfern meines Staates zur politischen Pflicht wird und nicht mehr nur ein absolutes Zeugnis-Ablegen ist.

Eine Kultur, welche eine ... grosse Zahl von Teilnehmern unbefriedigt lässt und zur Auflehnung treibt, (hat) weder Aussicht, sich dauernd zu erhalten, noch verdient sie es.

Sigmund Freud

(in: "Die Zukunft einer Illusion" II)

Vor eine solche Entscheidung waren gewisse Gegner des Nazismus in Deutschland gestellt. Es ist möglich, daß ich eines Tages die Niederlage meines Staates wünschen muß, wenn er es ganz und garnicht verdient, zu überleben, wenn er in keiner Weise mehr ein Staat der Gerechtigkeit und des Rechts sein kann; kurz: wenn er überhaupt nicht mehr Staat ist. Diese Entscheidung ist eine schreckliche Entscheidung, und sie hat einen Namen:

Die Pflicht zum Verrat.

Aber weniger noch als andere kann gerade diese Entscheidung in der Gewaltlosigkeit verweilen. Früher oder später fügt sie sich wieder in ein System der Gewalt ein. Denn ernsthaft und überlegt

kann ich nicht das Ende meines Staates wollen, ohne zugleich auch im Zusammenspiel von zwei gewaltigen Katastrophen, von Krieg und Revolution, die gewaltsame Einsetzung eines neuen Staates mit einer neuen Legitimität und einer neuen Macht zu wollen, der dann auch wieder an meinen bewaffneten und mörderischen Gehorsam appellieren wird.

Kriegsdienstverweigerung aber ist etwas anderes; sie lehnt es ab, die Perspektive eines politischen Defätismus zu akzeptieren, da dieser seinen vollen Sinn nur in einer anderen Gestalt findet, der er die 'Schlüssel der Stadt ausliefern' möchte.

Kriegsdienstverweigerung will ein reines Zeugnis-Ablegen bleiben; das ist gut so, aber ihre Ohnmacht, alle politischen Konsequenzen auf sich zu nehmen, alle Einflußmöglichkeiten auf die Kräfteverteilung in der Welt und zuvörderst auf das physische, existentielle Schicksal meines Staates wahrzunehmen, diese Ohnmacht ist auch ihr Fehler. Aus diesem Grunde ist auch sie eine "Ethik der Not" ... Aber der Staat ist jene Realität, die sich nicht in den Grenzen des Mordverbots gehalten hat und sich nicht in ihnen hält. Der Staat ist jene Realität, die mit mörderischer Gewalt eingesetzt und aufrecht erhalten wird. Durch seine Beziehung zum Nicht-zu-Rechtfertigenden stellt der Staat den Menschen vor eine nur schwer erträgliche Wahl zwischen zwei Ethiken der Not: Davon nimmt die eine den Mord auf sich, um das physische Überleben des Staates zu gewährleisten, und die andere nimmt den Verrat auf sich, um Zeugnis abzulegen ... Das Ende dieses Dualismus wäre die totale "Aussöhnung" des Menschen mit dem Menschen; aber das wäre auch das Ende des Staates (als solchem), weil es das Ende der Geschichte wäre. ... ■

Der Krieg kann nicht eher abgeschafft werden, als die ihn verursachenden Übel entfernt sind, zu denen in erster Linie die falsche Geldwirtschaft samt ihren Hohenpriestern gehört. Henry Ford

Ideen + Meinungen ist ein Forum zur Verbreitung von Ideen und Meinungen jenseits aller Ideologien, mit dem Appell an alle

I+M

Leser zu Toleranz und sachlicher Diskussion auch scheinbar abwegigster Meinungsäußerungen und Bildung eigener Meinung

Gezeichnete Beiträge verantworten die Verfasser. Herausgeber und verantwortlich für Herstellung u. Vertrieb: S. Hellmonds, Waßmannsdorfer Chaussee 28-40, 1000 Berlin 47. Druck: Werbeverlag G. Ghambosar, Emser Straße 3, 1000 Berlin 31. Abonnement (einschl. Zustellkosten): 1981 = 8 DM, ab 1982 = je 12 DM. I+M erscheint vorerst alle 2 Monate.

IDEEN MEINUNGEN

IDEEN: URGEDANKEN, REINE BEGRIFFE
PLATON: DIE EWIG UNVERÄNDERLICHEN
URFORMEN, DEREN UNVOLLKOMMENE
ABBILDER DIE IRDISCHEN DINGE SIND
DIE IDEE STEHT ÜBER DEN DINGEN
NICHT ERFAHRUNG IST IHRE DENKENDE
ERFASSUNG, SONDERN ERINNERUNG

6 83

MEINUNGEN: DIE DER SINNESERFAHRUNG
ZUGÄNLICHEN DINGE SIND IN IHREM
BESTAND DURCH TEILHABE AN DEN IDEEN
BEGRÜNDET. SIE SIND DEREN ABBILDER
ODER SCHATTEN. DARUM GIBT ES VON
IHNEN KEIN STRENGES WISSEN, SONDERN
NUR EIN MEINEN = MEINUNGEN

"Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, daß so die 48er-Männer der Paulskirche ausgesehen haben", schrieb einmal ein Journalist über Theodor Heuss, den ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

Heuss, dessen 20. Todestag am 12.12. ist, war ein Demokrat und liberaler Politiker, der die Meinung des Gegners achtete, und bereit war, mit Kraft und Beharrlichkeit seine Grundsätze von Freiheit und Menschenrecht zu verteidigen. Nach seinem Studium erwarb Heuss den Doktorgrad an der Philosophischen Fakultät. In Berlin trat er in die Redaktion der von Friedrich Naumann herausgegebenen Zeitschrift "Die Hilfe" ein. Von 1920 bis 1933 war Heuss Dozent an der Hochschule für Politik in Berlin, und Reichstags-Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei, später Dt. Staatspartei, war Heuss 1924-1928 und 1930-1933. Durch die Nazis politisch "kaltgestellt" verfaßte er zahlreiche Biographien, so unter anderem über Friedrich Naumann, und gab unter großen Schwierigkeiten noch bis 1936 "Die Hilfe" heraus.

Heuss war 1945/1946 Kultusminister von Württemberg-Baden sowie Mitbegründer der Freien Demokratischen Partei, dann auch

THEODOR HEUSS
Erster Präsident
in der Bundesrepublik
Deutschland
31.1.1884 - 12.12.1963



Niemand ist dem heutigen Rechtsstaat abträglicher als ein scheuer Untertan, der Unrecht geschehen lässt und lammbfromm erleidet.

Da das Recht nicht wie frische Brötchen ins Haus getragen wird, muss es von jedermann mutig und verantwortungsfreudig erkämpft werden.

Heuss (Bild, 16.1.1961)

deren Vorsitzender. 1947/48 wirkte Professor Heuss an der TH Stuttgart.

Als Mitglied des Parlamentarischen Rats war er maßgeblich an der Ausarbeitung des Grundgesetzes beteiligt. Als "Schüler" Friedr. Naumanns kannte er die Schwierigkeiten der Einbringung wesentlicher sozialpolitischer Grundsätze in eine demokratische Verfassung. Die "Versuche" Naumanns in dieser Richtung, sein Artikel über "Arbeit", in dem das Bodenrecht und die Sozialverfassung wesentliche Bestandteile waren, stießen ebenfalls auf Widerstand. Auch in die bundesdeutsche Verfassung ist kein "Recht" auf Arbeit eingeflossen.

Die Gründe hierfür dürften die gleichen gewesen sein, wie sie bereits Bismarck und Naumann entgegengetreten sind.

Unter Mitwirkung von Theodor Heuss jedoch sind aber Grundrechte und Gesetze in das Grundgesetz aufgenommen worden, die jedem einzelnen die Sicherstellung der ihm garantierten Grundrechte ermöglichen. Bedingung ist jedoch die Kenntnis über den legalen Weg, um die Rechte "mutig und ver-

antwortungsfreudig" erkämpfen zu können. Wegen seines langen politischen Wirkens zählt Heuss zu den "Großen Deutschen".

I. Die Grundrechte

- Art. 1 (Schutz der Menschenwürde) (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- Art. 2 (Freiheitsrechte) (1) Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
- Art. 12 (Freiheit der Berufswahl) (1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen ...
- Art. 14 (Eigentum) (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen ...

"DAS RECHT MUTIG UND VERANTWORTUNGSFREUDIG ERKÄMPFEN"

Ideen + Meinungen über Beeinträchtigung und Wiederherstellung der Menschenwürde der von langdauernder Erwerbs-Arbeitslosigkeit Betroffenen

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise zeigt vor allem eine langdauernde anwachsende Erwerbs-Arbeitslosigkeit, von der immer mehr Arbeitnehmer betroffen werden.

Langandauernde Erwerbs-Arbeitslosigkeit verletzt jedoch unzweifelhaft die Würde des Menschen. Sie zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Darüber hinaus werden durch die Folgen dieser Wirtschaftskrise noch andere Grundrechte tangiert, so die Freiheitsrechte aus Art. 2 GG. Auch werden Rechte aus Art. 12 (freie Wahl des Berufs, des Arbeitsplatzes und Ausbildungsplatzes) stark beeinträchtigt.

Wir konstatieren: Das Wirtschaftsleben erzeugt Zustände, die eklatant gegen die allen anderen Gesetzen vorgeschalteten Grundrechte verstoßen!

Auf der Suche nach dem oder den Schuldigen werden gewaltige Anstrengungen unternommen. Wir wollen versuchen, der Ursache der Wirtschaftskrise auf den Grund zu gehen, um damit die Ursache dieser Grundrechtsbeeinträchtigungen zu finden.

Das Grundprinzip der Marktwirtschaft

In unserer Marktwirtschaft werden alle Unternehmen nach dem Rentabilitätsprinzip geführt. Rentabel ist ein Unternehmen (Produktions-, Handels- oder Dienstleistungsunternehmen), wenn es über den Rückfluß des investierten Geldes, also über die echte Amortisation hinaus, dem Geldgeber (Investor) eine Verzinsung einbringt.

Dieses Rentabilitätsprinzip ist bei uns das A und O aller Ökonomie.

Auf lange Sicht betrachtet bewirkt aber der privatwirtschaftliche Wettbewerb des Investierens eine allmähliche Senkung des Rentabilitäts-Niveaus. Jedes neue

Unternehmen macht den bereits vorhandenen Konkurrenz, mit der Folge, daß jede Neu-Investition auf die Rentabilität der bereits vorhandenen drückt.

Es ist das innere Gesetz der Marktwirtschaftsordnung, daß es die Rentabilität abbaut und letztendlich zu eliminieren trachtet.

Nun wäre dies ein erstrebenswertes Ziel zur Verwirklichung einer sozialen Marktwirtschaft, in der allen Arbeitenden der "volle Arbeitsertrag" zufließen könnte. Jedoch ist dieser schöne Zustand bisher nie erreicht worden, weil die rentable Anlage aller Vermögenssummen vorrangig behandelt wird gegenüber der Arbeitsplatzsicherung oder Arbeitsplatzschaffung.

Zur Sicherung der Renditen werden immer Arbeitsgelegenheiten "vernichtet", eine Krise "erzeugt", in deren Verlauf zahlreiche wirtschaftlich gut laufende Unternehmen eliminiert werden, weil eine Rendite nicht mehr erwirtschaftet wird. Hier wird das Rentabilitätsprinzip und seine Rettung auf Kosten der Grundrechte jedes "Arbeitslosen" praktiziert.

Das ist die wahre Ursache der momentanen Arbeitsmarktkrise. Es ist nicht die Schuld "böser" Unternehmer, die wegen "unersättlichen Gewinnstrebens" nur noch bedürfnislose Roboter und Automaten "beschäftigen", um Löhne zu sparen, sondern ein erneuter Versuch, die Verzinsung großer Vermögen auf Kosten der Menschenwürde der Erwerbs-Arbeitslosen sicherzustellen. Der Transfer großer Vermögensmassen ins höherverzinsende Ausland spricht in dieser Richtung die eindruckvollste Sprache.

Das Rentabilitätsprinzip mit den sich daraus ergebenden sozialunverträglichen Folgen ist deshalb verfassungswidrig.

I. Die Grundrechte

Art. 17 (Petitionsrecht) Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Wie wir gesehen haben, ist die wahre Ursache für die Massen-Erwerbsarbeitslosigkeit das Rentabilitätsprinzip der Marktwirtschaft, das die Unternehmen zwingt, aus jeder Produktion Kapital-Rente herauszuwirtschaften, die allen Preisen aufgeschlagen und die von allen Verbrauchern bezahlt werden muß. Wo die Rendite nicht mehr erwirtschaftet wird, lassen die Kapital-Besitzer den Betrieb "den Bach hinunter" gehen: Er muß Konkurs anmelden, falls staatlicherseits nicht mit Subventionen die Rentabilität "gerettet" wird. Mit der Aufrechterhaltung des Rentabilitätsprinzips muß also immer wieder das Grundrecht der Menschenwürde derjenigen verletzt werden, die durch rentable Roboter ersetzt einer langen Erwerbs-Arbeitslosigkeit anheimfallen.

*"Mutig und verantwortungsfreudig
das Recht erkämpfen"*

Theodor Heuss rief 1961 dazu auf, "das Recht mutig und verantwortungsfreudig zu erkämpfen". Er meinte gewiß nicht, mit "Wut im Bauch" auf der Straße gewaltsam die Staatsgewalt zu provozieren. Gewiß meinte er auch nicht eine gewaltsame "Selbstbedienung". Was Theodor Heuss sagen wollte, liegt ganz auf der Linie unseres Rechts- und Verfassungsstaats. Aus seiner frühen Zusammenarbeit mit Friedrich Naumann, der selbst Mitautor der Weimarer Verfassung war, wußte Heuss um die Schwierigkeiten, ein "Recht auf Arbeit" in die Verfassung zu bringen. An diesem Vorhaben war nicht nur Bismarck gescheitert. Aber die Verfasser des Grundgesetzes haben eine Fülle von Möglichkeiten in das Grundgesetz eingebaut, die es jedermann erlauben, die garantierten Grundrechte auf rechtsstaatlichem Weg einzufordern und zu erlangen, und zwar mit Hilfe der gesetzgebenden Körperschaften und der Gerichte.

Das Petitionsrecht nach Art. 17 GG

Soweit durch Handlung oder Unterlassung staatlicher oder gesetzgeberischer Stellen Grundrechte verletzt sind, können im

Wege der Petition die verletzten Grundrechte eingefordert werden. Petitionen können von einzelnen oder von Gruppen eingereicht werden an:

Deutscher Bundestag
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Die Petition muß als solche gekennzeichnet sein. Sie muß genau darlegen, durch welche Handlung oder Unterlassung welche Grundrechte verletzt sind.

In diesem Fall ist es das Rentabilitätsprinzip der Marktwirtschaft, mit dem zu seiner Selbsterhaltung als Prinzip gegen das Grundrecht auf freie Wahl des Arbeits- und Ausbildungsplatzes und der freien Berufswahl des einzelnen verstoßen wird. Die sich hieraus und auch wegen langdauernder "Arbeitslosigkeit" beeinträchtigte Würde des Menschen müßte vom Petitionsadressaten mit Hilfe unseres Bundesparlaments auf Antrag jedes einzelnen wiederhergestellt werden.

Das Parlament muss tätig werden

Das Parlament hat nun zwei Möglichkeiten der Einwirkung: Einmal kann es ein Gesetz zur Erwerbs-Arbeitsbeschaffung für alle in ihrer Menschenwürde verletzten Erwerbs-Arbeitslosen beschließen (Gleichheitsgrundsatz) oder es beschließt, das Rentabilitätsprinzip "per Gesetz" auszuschalten, damit sich nach der nächsten Konjunktur nicht wieder die gleichen Zustände einstellen.

Im ersteren Falle käme der Staat in die fatale Lage, für immer mehr Erwerbslose mit finanziellen Mitteln eintreten zu müssen, während er gerade wegen der geringer werdenden Steuereinnahmen dazu immer weniger in der Lage ist.

Man denke an jene Wirtschaftskrise der Jahre 1929-33, wo allein in Deutschland bei mehr als sieben Millionen Erwerbslosen die Demokraten keinen anderen Ausweg sahen, als per "Ermächtigungsgesetz" einer Diktatur den Weg zu ebnen, von der man sich erhoffte, sie werde die Not der Millionen beseitigen können. Zu welchem Preis dies geschah, wissen wir, die wir uns an die dunklen 12 Jahre des Hitler-Regimes erinnern: Krieg und Massenmord.

IX. Die Rechtsprechung

Art.93 (Bundesverfassungsgericht, Zuständigkeit) (1) Das Bundesverfassungsgericht entscheidet: 1. ... 4., 4a. über Verfassungsbeschwerden, die von jedermann mit der Behauptung erhoben werden können, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte oder in einem seiner in Artikel 20 Abs. 4, 33, 38, 101, 103 und 104 enthaltenen Rechte verletzt zu sein.

Unser freiheitlicher, demokratischer und sozialer Bundesstaat darf die Geschichte nicht wiederholen. Vor allem darf nie wieder auf die von Hitler praktizierte Art und Weise "Lebensarbeitszeitverkürzung" durch Krieg und Mord stattfinden. Die Bundesrepublik muß darum einen anderen Weg gehen, vor allem, weil staatliche Beschäftigungsprogramme wegen leerer Kassen nicht auf Dauer greifen. Von Parlamentariern zu erwarten, daß sie von sich aus solche die Menschenwürde verletzende Massen-Erwerbsarbeitslosigkeit radikal beseitigen, ist unrealistisch, weil ja Parlamentarier von solcher Menschenwürde-Verletzung kaum einmal beeinträchtigt sind. Hierin muß der einzelne Betroffene schon selbst tätig werden. Er muß sein Recht kennen, und auch den Weg gehen, den unsere Gesetze weisen, damit seine Grundrechte wiederhergestellt werden. Wir haben hier erkannt, daß das Grundrecht der Menschenwürde ein "von der staatlichen Gewalt zu achtendes und zu schützendes, unantastbares Recht" ist, wie es Artikel 1 Grundgesetz sagt. Wir haben auch gesehen, daß tatsächlich die "konjunkturelle" Massen-Erwerbs-Arbeitslosigkeit für jeden einzelnen Betroffenen in der Tat eine Verletzung seiner Menschenwürde darstellt. Ferner haben wir gesehen, daß die Ursache für diese Massen-Erwerbs-Arbeitslosigkeit das Wirtschaftsprinzip der Rentabilität von Investitionen ist: Ein Prinzip, dem die obersten Grundrechte unserer Verfassung zum Opfer fallen. Dies ist der Grund, warum alle, die von der menschenwürdeverletzenden Erwerbs-Arbeitslosigkeit betroffen sind, tätig werden sollten, um im Wege der Petition das Parlament zu veranlassen, das die Grundrechte verletzende Prinzip aus dem Wirtschaftsleben zu entfernen.

Verifizierung der wahren Ursache der Erwerbs-Arbeitslosigkeit

Daß das Rentabilitätsprinzip die wahre Ursache für "Arbeitsmangel" ist, dürfte aus den Äußerungen des damaligen Kölner

Professor der Betriebswirtschaftslehre, Dr. Eugen Schmalenbach, hervorgehen, der in seinem Werk "Kapital, Kredit und Zins" schreibt (S.103): "Man kann die ganze Landwirtschaft von ganz Rheinland - Westfalen unter Glas setzen und sogar Kartoffeln im Kalthaus ziehen, wenn der Zinsfuß fast Null ist. Man kann jede Nebenbahn rentabel machen, wenn das Kapital fast nichts kostet ... Der Umbau unzähliger Kraftwerke (mit Umweltmaßnahmen, d.Hg.) wird lohnen, wenn der Zins für langfristiges Kapital auf 2 Prozent sinkt." Und Karl Walker, dessen Werk "Konjunkturpolitische Betrachtungen" das Schmalenbach-Zitat entnommen ist, äußert sich dort (S.127) wie folgt: "Mit der Befreiung von Rentabilitätsbedingungen werden technische Möglichkeiten erreichbar, die von einer Wirtschaft, welche an die Zinsbedingungen des Kapitals gebunden ist, nie zu erreichen sein werden." Nun sehen wir auch die Möglichkeiten des organischen Abbaus der Rentabilitätsbedingungen investierter Vermögensmassen bis hin auf den Wert Null:

Vollbeschäftigung und organisches Wirtschaftswachstum

Die "Soziale Marktwirtschaft" benötigte nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs riesige Mengen Spar-Kapital zum Wiederaufbau. Nachdem der Wiederaufbau abgeschlossen war, wurden zwar weiterhin Sparvermögen angesammelt, jedoch der Bedarf nach verzinslichen Investitionsmitteln schwand, mit der Folge, daß das Zinsniveau seinerseits zurückging. Hier hätte bereits die Bundesregierung eingreifen müssen, um zu verhindern, daß das Zinsniveau danach wiederum "künstlich" angehoben wurde, um eine unnötige Geldverzinsung beizubehalten. Dadurch wurde das "Wirtschaftswunder" unterbrochen und führte in den siebziger und beginnenden achtziger Jahren zu unserer jetzt so beklagten "Wirtschaftskrise", die jedoch für Vermögensbesitzer keine Krise ist - ganz im Gegenteil!

Das Parlament und der Gesetzgeber sind deshalb aufzufordern, Wirtschaftsbedingungen herzustellen, die es nicht mehr erlauben, daß aus Gründen, die von einem Wirtschaftsprinzip herrühren, die verschiedenen Grundrechte beeinträchtigt werden können, wie dies bisher immer wieder der Fall ist.

Jeder einzelne Betroffene sollte also die Möglichkeiten ausnutzen, die unsere Verfassung für alle bereithält.

Sollte der Weg über die Petition nicht erfolgreich sein, bietet Art. 93 I 4a GG einen weiteren Weg, nämlich die

Einlegung einer Verfassungsbeschwerde

gegen die gesetzgebenden Körperschaften d.h. das Parlament. Also Verfassungsbeschwerde gegen den Gesetzgeber.

Zu adressieren ist diese Verfassungsbeschwerde an folgende Stelle:

Bundesverfassungsgericht
Schloßbezirk 3
7500 Karlsruhe 1

Wichtige Hinweise entnehmen wir der dtv-Veröffentlichung "Beck-Rechtsinformation" von B.Schmidt-Bleibtreu/J.Fiedler (München 1979). Dort lesen wir (S.322):

"Soweit sich der Bürger gegen ein Unterlassen des Gesetzgebers wenden will, muß nach ständiger Rechtsprechung des BVerfG neben der Grundrechtsverletzung eine grundgesetzlich bestimmte Rechtsetzungspflicht (Verfassungsauftrag) gegeben sein, auf die sich der Beschwerdeführer berufen kann."

Das Unterlassen des Gesetzgebers besteht vor allem darin, daß er es bisher dabei belassen hat, daß entgegen Artikel 14 Abs. 2 des Grundgesetzes nach wie vor das Eigentum nicht zum Wohl der Allgemeinheit gebraucht wird. Mit anderen Worten: Eigentümer von Geld oder Sachen bedienen sich ihres Eigentums in erster Linie im eigenen Interesse, was meist dem Wohl der Allgemeinen schadet, diesem oft diametral zuwiderläuft.

Weil sie das aber wegen des Rentabilitätsprinzips der Wirtschaft nicht anders können, muß der Gesetzgeber Möglichkeiten schaffen, die es den Vermögens-Besitzern erlauben, ohne Verlust ihr Eigentum zum Wohle der Allgemeinheit zu gebrauchen, aber ebenfalls ohne die Grundrechte anderer durch den Zwang zu rentabler Anlage zu verletzen.

Die Ursache für die Verletzungen der Grundrechte durch Wirtschaftsteilnehmer im allgemeinen ist ein Prinzip der Marktwirtschaft, zu dessen Aufrechterhaltung die Grundrechtsverlet-

zungen erfolgen müssen, wie die Verletzung der Menschenwürde durch langdauernde "Arbeitslosigkeit". Schuld sind auch nicht die Unternehmer, die rationalisieren, um Kosten durch "Freisetzung" von Arbeitskräften zu sparen. Kosten könnten sie auch dadurch sparen, indem sie die Verzinsung von Eigen- und Fremdkapital abbauten, um auf diesem Wege Arbeitsplätze zu erhalten (siehe dazu die Ausführungen von Schmalenbach und Walker). Das jedoch wird von Seiten der Kapitalgeber nicht gestattet. Sie bestehen auf "angemessener" Verzinsung ihres Investitions-Vermögens auch dann noch, wenn dadurch ein Betrieb nach dem anderen die Pforten schließen muß.

Aufschub wird manchmal erreicht, indem der Staat aus dem allgemeinen Steueraufkommen subventioniert (wie bei AEG und dem saarländischen Konzern Arbed-Saarstahl). Lassen wir uns nicht täuschen: der Staat kann nur umverteilen. Was er einem notleidenden Unternehmen an Subventionen gibt, muß er irgendwann von der steuerzahlenden Bevölkerung wieder hereinholen. Per Bundesanleihe besorgt sich der Staat häufig die Finanzmittel dazu. Die Verzinsung dieser Anleihen haben jedoch nicht nur die gegenwärtig Lebenden zu erbringen, sondern es werden darüber hinaus nachfolgende Generationen damit noch belastet.

Und dies deshalb, um der sozialen Not zu begegnen, die aus Massen-Erwerbslosigkeit entsteht, die durch das im Wirtschaftsleben herrschende Rentabilitätsprinzip verursacht wird.

Die Grundgesetz-verletzenden Auswirkungen dieses Prinzips können dauernd nicht durch Subventionen beseitigt werden! Subventionen werden immer aus den Taschen derjenigen finanziert, die noch Arbeit haben, noch kaufen, und die über alle Preise, Steuern und Abgaben solche Rentabilitäts-Subventionen mit steigender Tendenz bezahlen können.

Einlegung einer Verfassungsbeschwerde nur durch persönlich Betroffene

In dem vorher zitierten dtv-Taschenbuch erfahren wir auf S.317:

"Der Bürger ist heute nicht mehr Objekt der Staatsgewalt, sondern unmittelbarer Träger von Grundrechten, deren Verletzung die Gerichte, vor allem das Bundesverfassungsgericht, zu verhindern haben ...".

Seite 305 entnehmen wir das folgende: "Die Verfassungsbeschwerde gibt dem einzelnen Bürger einen unmittelbaren Schutz seiner verfassungsmäßigen Rechte gegen-

über Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. Sie unterwirft die Ausübung der Staatsgewalt einer vom einzelnen Bürger auslösbaren Kontrolle am Maßstab der Grundrechte und verlebendigt damit diesen für die Stellung des einzelnen in der Gemeinschaft so wichtigen zentralen Rechtsbereich ...".

Und weiter: "Die Verfassungsbeschwerde ist im Grundgesetz sowie in einer Reihe deutscher Landesverfassungen oder in Landesverfassungsgerichtsgesetzen verankert. Nach Artikel 93 I Nr. 4a GG entscheidet das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe über Verfassungsbeschwerden, die von jedermann mit der Behauptung erhoben werden können, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte ... verletzt zu sein ...".

Auf Seite 315 wird das noch deutlicher: "Der Bürger, der Verfassungsbeschwerde einlegen will, muß in einem seiner Grundrechte oder grundrechtsähnlichen Rechte verletzt sein. Er muß also selber betroffen sein. Gerügt werden kann somit in jedem Falle nur die Verletzung eigener Grundrechte des Beschwerdeführers. Als verletzte Rechte kommen allein die Grundrechte, die in Artikel 1-19 unseres Grundgesetzes aufgeführt sind, oder die grundrechtsähnlichen Rechte ... unserer Verfassung in Betracht ...".

"Das Recht wird nicht wie frische Brötchen ins Haus getragen"

Theodor Heuss, als Mitverfasser unseres Grundgesetzes, wußte sich in der Gewißheit, alles getan zu haben, was zur Sicherstellung des Rechtsstaates notwendig erschien.

Da "das Recht nicht wie frische Brötchen ins Haus getragen wird, muß es von jedermann mutig und verantwortungsfreudig erkämpft werden", sagte er.

Und zwar von jedem einzelnen Betroffenen selbst! Nicht in der Masse, in öffentlicher Demonstration polemisierend. Nein, höchstpersönlich soll jeder, der sich in seinen Grundrechten verletzt

fühlt, das Recht erkämpfen. Jedoch nur mit den im Grundgesetz fest verankerten rechtsstaatlichen Mitteln.

Niemand kann erwarten, daß Politiker die Rechte "frei Haus" liefern. Sie selbst sind ja fast nie von Massen-Erwerbs-Arbeitslosigkeit betroffen und könnten im Wege der Petition oder der Verfassungsbeschwerde selbst nichts tun. Und solange kein wirklich Betroffener diesen legalen Weg geht, gibt es für sie auch keine Veranlassung, selbsttätig das im Wirtschaftsleben herrschende Rentabilitätsprinzip zu beseitigen. Dieses grundrechtsverletzende Prinzip wird darum solange bestehen bleiben, solange nicht davon selbst Betroffene gegen dies Prinzip auf gesetzlichem Wege vorgehen.

Wir sollten Professor Heuss dankbar sein für seinen wertvollen Hinweis

Nehmen wir den 20. Todestag von Theodor Heuss zum Anlaß, ihm posthum dafür zu danken, daß er mithalf, unser Grundgesetz so zu gestalten, daß jedermann die Grundrechte gewährleistet werden können. Auf der sozialen Tradition eines Friedrich Naumann stehend, hatte er mit gleichen Schwierigkeiten bei der Abfassung des Grundgesetzes zu kämpfen wie jener bei der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung. Hier liegt sein großer Verdienst. Aber: Wer sich nicht um seine eigenen Grundrechte kümmert, die Verfassung nicht kennt, und glaubt, "sein Recht" mit Gewalt nehmen zu müssen, der verliert seinen Anspruch auf Schutz durch das Grundgesetz. Wer mit Gewalt zu "seinem Recht" kommen will, riskiert den Verlust des Schutzes seiner Menschenwürde deshalb, weil er sich ein "Widerstandsrecht" anmaßt und beansprucht, ohne vorher die in der Verfassung vorgesehenen rechtsstaatlichen Möglichkeiten der Durchsetzung und Sicherung von Grundrechten ergriffen zu haben.

Erst wenn die im Grundgesetz und den Gesetzen vorgesehenen Wege nicht zum Ziel führen sollten, käme Artikel 20 (4) GG (Widerstandsrecht) in Betracht. ■

Ideen + Meinungen ist ein Forum zur Verbreitung von Ideen und Meinungen jenseits aller Ideologien, mit dem Appell an alle

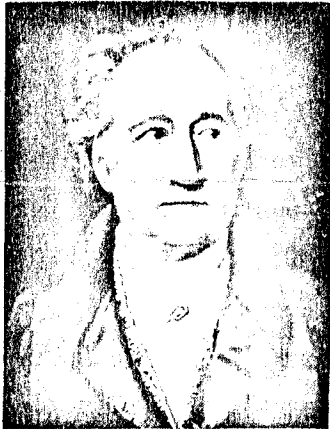


Leser zu Toleranz und sachlicher Diskussion auch scheinbar abwegigster Meinungsäußerungen und Bildung eigener Meinung.

Gezeichnete Beiträge verantworten die Verfasser • Herausgeber und verantwortlich für Herstellung u. Vertrieb: S.Hellmonds, Waßmannsdorfer Chaussee 28-40, 1000 Berlin 47. Druck: Werbeverlag G.Ghamgosar, Emser Straße 3, 1000 Berlin 31. Abonnements einschl. Zustellkosten: 1981 = 8 DM, ab 1982 = 12 DM • I+M erschien bisher jeden zweiten Monat.

INSIDER INFO

10
83



Goethe

*Einer neuen Wahrheit
ist nichts
schädlicher als
ein alter Irrtum*

Die falsche Prämisse:

Unser Geld hat einen Konstruktionsfehler

In zahlreichen klugen und mit viel Arbeit verbundenen Ausarbeitungen, die sich mit dem Geld, dem Geldwesen und der Wirtschaftsordnung befassen, wird die Prämisse gesetzt, daß unser Geld einen Konstruktionsfehler habe. Und dies sei der Grund, warum es nicht richtig funktioniere resp. Wirtschaftskrisen deshalb unvermeidlich seien. Massen-Erwerbslosigkeit und Staatsverschuldung, Firmenkonkurse und Sozialabbau werden diesem "Konstruktionsfehler" des Geldes zugeschrieben.

Der "Konstruktionsfehler" des Geldes bestünde in der Hortbarkeit des Geldes, die wiederum dem Geld am Markt eine Überlegenheit gegenüber Waren und Dienstleistungen ermögliche, woraus sich zwangsläufig die sattem bekannten sozialen Störungen des Wirtschaftslebens ergäben.

Unter der Prämisse des "Konstruktionsfehlers" des Geldes kommt man jedoch der Lösung der sozialen Frage nicht näher, weil diese Prämisse

I+M

Ideen + Meinungen

Denkansätze

Siegfried Hellmonds

1983

Waßmannsdorfer Chaussee 28-40 · 1000 Berlin 47

nachweisbar falsch ist hinsichtlich ihrer Absolutheit und Allgemeingültigkeit bezogen auf den Gegenstand (Geld) und seine Funktionen.

Sehr richtig ist, daß das Geld einen Vorteil gegenüber (fast) allen Waren und Dienstleistungen dadurch hat, daß es nicht unter Angebotszwang steht: es kann warten, man kann mit Geld "wuchern" = Vorteile erzwingen, die der Anbieter von Waren oder Dienstleistungen in der Regel gewähren muß, will er nicht auf seinen "Produkten" sitzenbleiben.

Dieser Geld-Vorteil kann jedoch nicht als "Konstruktionsfehler" deklariert werden, und die darauf aufbauende Theorie der "Beseitigung dieses 'Konstruktionsfehlers' (Schwundgeld, Seriengeld, Stempelgeld o.ä.)" entbehrt jeder logisch-vernünftigen Grundlage.

Sehr richtig wird gesehen, daß für große Teile der Bevölkerung in jedem fest umrissenen Wirtschaftsgebiet die Hortbarkeit des Geldes materielle Nachteile konstituiert, während jedoch gerade dieser scheinbare "Konstruktionsfehler" des Geldes wesentliche Voraussetzung ist, um einer Minorität mühelose Einkommen zu verschaffen, die in der Regel Kapitalrente heißen.

Deshalb ist es falsch, von einem "Konstruktionsfehler des Geldes" zu sprechen. Der "Konstruktionsfehler" entpuppt sich als die wesentliche Eigenschaft des Geldes zur Erzielung von Kapitalertrag im Gegensatz zum Arbeitsertrag, der als die zweite mögliche Art der Erzielung von Erwerbseinkommen angesehen werden muß. Es gibt nur diese zwei Erwerbseinkommensarten (sic!).

Der Fehler im System der Marktwirtschaft liegt demnach nicht bei der Hortbarkeit des Geldes, die auf einem "Konstruktionsfehler des Geldes" beruhte, sondern im Nebeneinander von zwei sich ständig mit der "Vernichtung" bedrohenden Erwerbsarten, in denen sich jeweils die Akteure den Eigenheiten dieser Erwerbsarten entsprechend benehmen müssen, wollen sie Erfolg haben.

Daß dabei die Erwerbsart Kapitalertrag mit mathematischer Sicherheit den letzten Schnauf behält, während die Erwerbsart Arbeitsertrag bis zu ihrer Existenzgefährdung "Federn lassen" muß, ist nicht schuld des "fehlerhaft konstruierten Geldes", sondern einzig und allein darauf zurückzuführen, daß die Rahmenbedingungen der Wirtschaftsverfassung gleichzeitig neben- und gegeneinander zwei sich ständig mit der Vernichtung drohenden Erwerbsarten erlaubt und hofft, "es werde schon alles gutgehen".

Es geht nicht gut. Das soziale Netz bietet nur scheinbar Sicherheit. Die "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" - von Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Sozialausschüssen gefördert und durch Steuermittel subventioniert - entpuppt sich als Enteignung derjenigen, die gerade keine bezahlte Arbeit haben: Kinder, Auszubildende ohne Bezahlung, Kranke und Alte.

Alle Kapitalerträge werden über die Preise und Steuern von der großen Masse der Bevölkerung eingehoben zugunsten einer Minderheit. Hierbei profitieren diejenigen mit dem größeren Vermögen gegenüber denjenigen mit kleinerem.

herück der / A

INSIDER INFO

12
83



Martin Luther, der unbrauchbare Zeuge

Von der Zinsverurteilung zur Judenverteufelung

Bei der Beschreibung des Wirtschaftslebens, vor allem bei der Darlegung der Auswirkungen, die durch das Zins-System auf arbeitsmarktpolitischem und sozialpolitischem Gebiet auftreten, verfallen die meisten Autoren immer wieder auf die Idee, Martin Luther zu ihrem Zeugen zu machen. Luthers Veröffentlichungen über den Zins werden herangezogen, um die eigene Antizins-Position unter Beweis zu stellen.

Aber: Martin Luther ist ein schlechter Zeuge!

1. Der Zins entspringt einer Marktlage. Die Höhe des Zinssatzes unterliegt dem Marktprinzip von Angebot und Nachfrage. Der Zins trägt weder eine Schuld an seiner Existenz noch seiner Höhe.
2. Zur Zeit Luthers wurde in der Geldwirtschaft das System der "Renovatio Monetarum" nicht mehr praktiziert und die Brakteaten waren in Verruf geraten oder in Verruf gebracht worden.
3. Schon vor Luther hatte sich das Erwerbsleben weiterentwickelt. Es gab nicht nur die Möglichkeit des Erwerbs aus Arbeit, sondern daneben den

*"Wer Zinsen nimmt,
ist ein Wucherer, Dieb
und Räuber."*

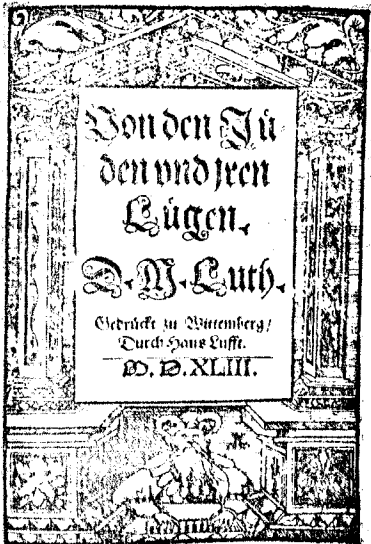
Martin Luther
in: Sermones
vom Wucher

I+M

Ideen + Meinungen

Denkansätze
1983

Siegfried Hellmonds
Waßmannsdorfer Chaussee 28-40, 1000 Berlin 47



Eyn Sermon von dem Wucher.
Doctours Martini Luthers
 Augustiner zu Wittenberg.



**Vom Schem Ham-
 phoras: Und vom
 Geschlecht Chri-
 sti.**

Matthaei am 1. Capitel.

D. Mart. Luth.

Wittenberg.

M. D. XLIII.

neugeschaffenen Erwerb aus Kapitalanlage, nämlich Kapitalertrag im weitesten Sinne. Die Ursache für das neue Erwerbssystem waren die administrativen Rahmenbedingungen, die nunmehr die Geldhortung erlaubten, und die sich daraus ergebenden Marktlagen wurden zur Erzielung von Kapitalertrag genutzt.

So weit - so schlecht.

Man darf jedoch nicht übersehen, daß sich Luthers Zorn nicht nur gegen den Zins als solchen, sondern darüberhinaus und ganz besonders gegen die Juden richtete. Ja, er betrieb eine völlig unchristliche Verteufelung der Juden.

In seinem 1520 veröffentlichten Traktat mit dem Titel "Eyn Sermon von dem Wucher" trieft er nur so vom Haß auf die Juden, in denen er Erz-Wucherer entdeckt zu haben glaubte. Das Titelblatt dieser Schrift (Abb. Mitte) zeigt einen häßlich karikierten Menschen in langem Gewand, den Luther - sprechblasenartig - sagen läßt: "Bezahl oder gib Zins, denn ich begehre Gewinn".

In weiteren Veröffentlichungen spricht Luther von Kaufleuten, die er als "Diebe und Räuber" schimpft, und vieles andere mehr.

Es ist sehr bemerkenswert und sollte beachtet werden, daß dieser "Christenmensch" sich das christliche Recht der Kritik an der Obrigkeit nimmt, und gleichzeitig in die unchristliche Verachtung des Nächsten - der Juden - verfällt, der Nächstenliebe zuwider gegen sie redet und schreibt.

Seine Empörung über die wirtschaftlichen und geldmarktlichen Gegebenheiten mag verständlich und berechtigt sein. Jedoch als Zeuge im Kampf um eine zinsfreie soziale Marktwirtschaft ist Luther nicht geeignet. Nein - Luther ist als Zeuge gefährlich! Es sollte ferner nicht von einem christlich orientierten Wirtschaftsleben gesprochen werden, ein an der Bergpredigt orientiertes Verhalten im Erwerbsleben gefordert werden. Angehörige anderer Religionen und Freigeistige werden ablehnend reagieren und können mit Recht den Vorwurf der Unchristlichkeit derjenigen Verfasser als Gegenargument einbringen.

INSIDER INFO

Laufende Nummer 3

5
84



Albrecht Dürer
Holzschnitt (1511)

*Da redete Kain mit
seinem Bruder Abel.
Und es begab sich, da
sie auf dem Felde
waren, da erhob sich
Kain wider seinen
Bruder Abel,
und schlug ihn tot.*

AT 1. Mose 4, 8

Frieden durch totale Abrüstung?

Hier irrt die Friedensbewegung!

„Nachdem der Urmensch entdeckt hatte, daß es -
wörtlich so verstanden - in seiner Hand lag,
sein Los auf der Erde durch Arbeit zu verbesser-
n, konnte es ihm nicht gleichgültig sein, ob
ein anderer mit (ihm) oder gegen ihn arbeitete.“
(Sigmund Freud, in: "Unbehagen mit der Kultur").

Der Ackerbauer Kain befand sich in einer Situa-
tion, in der er erkennen konnte, daß sein "Bru-
der" Abel nicht mit ihm, sondern gegen ihn "ar-
beitete": Abel war - so das Alte Testament -
ein Hirte, also Beduine, Nomade. Seine Lebens-
grundlage und sein Kapital die Viehherde, die
ganz ohne sein Zutun größer wurde, also Abels
Reichtum ständig vermehrte.

Kain, der im "Schweiß seines Angesichts" Boden
urbar gemacht und bepflanzt, gehegt und gepflegt
hatte, konnte es nicht gleichgültig bleiben,
daß Abels Herde sich von den Pflanzen seines
Ackers nährte. Da gutes Zureden auf Abel keinen
Eindruck machte, kam es zum schärfsten Konflikt,
den Kain mit Totschlag an Abel beendete.

I+M

Ideen + Meinungen

Denkansätze
1984

Siegfried Hellmonds
Waßmannsdorfer Chaussee 28-40 · 1000 Berlin 47

Während Albrecht Dürer (in seinem Holzschnitt) Kain eine Axt schwingen läßt, sagt 1. Mose 4, 25, daß Kain den Abel erwürgt habe. Beides möglicherweise jeweils künstlerische oder schriftstellerische Interpretationen.

„Der letzte Nachfahr des Beduinen ist der... Spekulant“,

sagt Egon Friedell in seiner "Geschichte des Alten Orients", und fährt fort:
„Erwerb durch regelrechte Arbeit und technische Geschicklichkeit, bürgerlichen Gewinn kennt der Nomade nicht ... Betreibt er (dennoch) einmal Zwischenhandel, so will er mit einem Schlag reich werden ... Niemals hing das Herz des Nomaden an unbeweglichem Besitz ... ”

Kanaan für Spekulanten: Die Berlin-Blockade 1948/1949

„Habgier war eine andere Seite der Medaille. Berlin wurde wegen der gefallenen Grundstückspreise (Angstverkäufe!, d.V.) zum Tummelplatz für Spekulanten. Die Geschäftemacher bestachen das leitende Bodenpersonal, um einen der raren Plätze in unseren Maschinen zu bekommen.“ (Jack O. Bennett, US-Luftbrücken-Pilot der ersten Stunde, in: "Berliner Forum" 2/84).

Paulus: „Wo das Gesetz nicht ist, da ist auch keine Übertretung“

„Unendlich viele Kulturmenschen, die vor Mord ... zurückschrecken würden, versagen sich nicht der Befriedigung ihrer Habgier ..., unterlassen es nicht, den anderen durch Lüge, Betrug, Verleumdung zu schädigen, wenn sie dabei straflos bleiben können ...“ (Sigmund Freud, in: "Zukunft einer Illusion").

Friedrich Hebbel: „Wer denkt nicht gern an treue, redliche Menschen? Es ist ein großer Trost für manches.“

„Wenn es aber eine Kultur nicht weiter gebracht hat, daß die Befriedigung einer Anzahl von Teilnehmern die Unterdrückung einer anderen, vielleicht der Mehrzahl, zur Voraussetzung hat, und dies ist bei allen gegenwärtigen Kulturen der Fall, so ist es begreiflich, daß diese Unterdrückten eine intensive Feindseligkeit gegen die Kultur entwickeln, die sie durch ihre Arbeit ermöglichen, an deren Gütern sie aber einen zu geringen Anteil haben ... Eine Kultur, welche eine so große Zahl von Teilnehmern unbefriedigt läßt und zur Auflehnung treibt, hat weder Aussicht, sich dauernd zu erhalten, noch verdient sie es.“ (Freud, "Zukunft...").

„Solange die Existenz der Völker so verschieden und die Abstoßungen unter ihnen (und unter ihren eigenen Angehörigen, d.V.) so heftig sind, wird es Kriege geben müssen.“ (Sigmund Freud, in: "Zeitgemäßes über Krieg und Tod").

Und: „Je weniger einer vom Vergangenen und Gegenwärtigen weiß, desto unsicherer muß sein Urteil über das Zukünftige ausfallen.“ (Freud, "Zukunft...").

Und darum: Die Vernichtung aller (Kriegs-)Waffen schafft noch keinen Frieden!

INSIDER MEMO

Allen ist
das Denken
erlaubt,
vielen
bleibt es
erspart

8
84



Theodor Heuss:

*„Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung
ist nicht München, sondern Versailles“*

(Quelle: Th. Heuss, "Hitlers Weg"; 1932, S. 152)

* * *

Die Bundesrepublik Deutschland war gehalten, die Schulden des Deutschen Reiches zu übernehmen ... Die Ansprüche der Reichsschulden gehen zum Teil noch auf die großen Reparationsvereinbarungen der zwanziger Jahre zurück. Teilweise handelt es sich um Zahlungen, die erst 1969, 1972, 1980, ja erst 1994 fällig werden ... (Quelle: "Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen", Heft 3, 1962)

* * *

George Walter Felix Hallgarten:

Imperialismus vor 1914

Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem Ersten Weltkrieg

2., durchgearbeitete und erweit. Auflage 1962, München, C. H. Beck, 2 Bde: XXVI/676 u. VII/720 Seiten 80

Aus dem Vorwort von 1950: „Das Werk richtet sich an alle, denen die Schrecken der letzten Jahrzehnte noch nicht die Hoffnung zerstört haben, die eruptiven Entladungen der geschichtlichen Welt mit dem Verstande zu durchleuchten und zu meistern.

Es wurde geschrieben für die, welche aus Überzeugung oder Instinkt erkannt haben, daß dem Wesen dieser Zeit weder mit den Methoden der hitlerschen noch auch denen der vorhitlerschen Geschichtsschreibung beizukommen ist, die die Technologie der Machtpolitik für das Agens der geschichtlichen Entwicklung ansah. Es ist gewidmet allen, die in den Trümmern einer kriegszerstörten Welt nach Mitteln fahnden, um sich die blinden Gewalten einer scheinbar unentrinnbaren geschichtlichen Entwicklung zu unterwerfen, und die sich weigern, zu hilflosen Opfern der apokalyptischen Reiter zu werden, die heute

*Erst die Sozialisten
abschiessen, köpfen
und unschädlich
machen, wenn nötig
per Blutbad, und dann
Krieg nach aussen.*

Kaiser Wilhelm II.,
Motto zur Jahreswende
1905/1906, in: Bülow,
"Denkwürdigkeiten",
Berlin 1938, S. 198

**Vor Gott und der
Geschichte ist mein
Gewissen rein: Ich habe
den Krieg nicht gewollt.**

*Der Fisch verfault zu-
erst im Kopf.*

Russisches Sprichwort

I+M

Ideen + Meinungen

Denkansätze 1984

Siegfried Hellmonds

Insider Memo I

Waßmannsdorfer Chaussee 28-40 • D - 1000 Berlin 47

Die Hohenzollern wollen der Stadt Berlin ein Meisterwerk von Jean-Antoine Watteau überlassen. Bezahlen sollen die Bürger.

Den Berlinern ist das Andenken an den alten Kaiser Wilhelm und seine Nachkommen teuer.

Wenn Enkel Louis Ferdinand, Prinz von Preußen und Chef des Hauses Hohenzollern, durch den Grunewald reitet, lüftet so mancher am Wege vor Kaiserlicher Hoheit den Hut.

Auch in der City ist Hohenzollern immer präsent. Vom Ruinenturm der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche intonieren acht Glocken zu jeder vollen Stunde drei Minuten lang eine einfache Melodie in Es-Dur, komponiert vom Prinzen.

Teilnahmsvoll hörten und lasen die Berliner denn auch in den letzten Monaten Höfberichte, die besagen, daß Kaisers Finanzprobleme haben. Louis Ferdinand ist über dem Vorhaben, seine erdbebengerüttelte Hohenzollern-Burg bei Hechingen in Süddeutschland zu sanieren, vorübergehend klamm geworden. Seither denkt er an den Verkauf seines besten Stücks, des Gemäldes „Einschiffung nach Kythera“ vom französischen Rokoko-Maler Jean-Antoine Watteau.

Das kolossale Bild, einst vom Preußen-König Fritz angekauft, gehört seit einem sozialdemokratischen Dekret von 1926 den Hohenzollern ganz privat. 25 Millionen Mark sollen auswärtige Kunstliebhaber dem Prinzen schon geboten haben. Dem Staat aber, der ein Vorkaufsrecht besitzt, will er es quasi als Okkasion überlassen – zum Preis von 15 Millionen.

Für das wertvolle Kunstwerk, als Leihgabe der Familie im Charlottenburger Schloß aufgehängt und dort von Besuchern kaum beachtet, interessieren sich die Berliner erst, seit die Regierenden, Kulturschaffende und Mäzene publicity-

trächtig bemüht sind, das Gemälde in der Stadt zu halten. Bürgermeister Richard von Weizsäcker mißt der Watteau-Schöpfung, wieder mal unnachahmlich, eine enorme „Bedeutung für die kulturelle und wissenschaftliche Ausstrahlung“ und damit „für den Erhalt der Lebensfähigkeit der Stadt“ bei.

Damit schien dann auch fürs erste alles gelaufen. Gemeinsam mit dem Altbankier und Kunstmäzen Hermann Josef Abs entwickelte Weizsäcker letzten Mittwoch der Berliner Öffentlichkeit einen Plan, wie Watteaus Meisterwerk der Stadt erhalten werden könnte.

Die illustre Koalition aus Hochfinanz und Politik präsentierte aber einen Finanzierungsplan, der das Publikum stark enttäuschte.

Nur anderthalb Millionen, verkündete Abs, halte der von ihm unterstützte „Verein Freunde der Preußischen Schlösser und Gärten“ bereit, und das auch nur für den Fall, daß die übrige Finanzierung klappt. Die solle, so wiederum Weizsäcker, da es sich nicht um „eine elitäre Angelegenheit einiger weniger“ handele, von „möglichst breiten Kreisen“ getragen werden.

Doch daraus wird wohl nichts. Erst herrscht einmal Entrüstung über das Ansinnen der beiden Herren, die eine kostbare historische Erinnerung an die Zeit Friedrichs des Großen nicht verlieren wollen. Denn fünf Millionen Mark sollen aus Steuermitteln des Bundes kommen, weitere fünf Millionen vom Berliner Senat und schließlich noch dreieinhalb Millionen direkt vom Steuerbürger – eingetrieben mit der Sammelbüchse.

Gewerkschafter und Oppositionspolitiker schmähten das Ansinnen unisono als „Frechheit“, „Zumutung“, „total absurd“. Dafür, „daß zwischen dem Problembewußtsein eines Herrn von Weizsäcker oder Abs und dem von Otto Normalverbraucher gelegentlich Welten liegen“, kommentierte das „Volksblatt Berlin“, sei „die ganze Geschichte ein prächtiges Lehrstück“.

Die Hohenzollern, erinnert sich Horst Wagner, Erster Bevollmächtigter der Berliner IG Metall, „haben ihre Kunstsammlung auf Kosten des Volkes zusammengetragen; es wäre nur gerecht, wenn das Bild den Berliner Museen kostenlos übergeben wird“. Falls sich Kaiserliche Hoheit weigert, sollte sie nach einem Dringlichkeitsantrag der Alternativen Liste im Parlament gemäß der Berliner Verfassung „zum Wohle der Allgemeinheit“ enteignet werden.

Des Prinzen Wehklagen („Es reißt mir das Herz auf“) konnte die Berliner nun auch nicht mehr rühren. Der Sender Freies Berlin (SFB), dessen Hörer unlängst binnen weniger Tage dreieinhalb Millionen Mark für Erdbebenopfer in Süditalien zusammengelegt hatten, wollte mit einer Spendenkampagne anknüpfen. Doch in den Hörer-Reaktionen während einer morgendlichen Magazinsendung setzte es nur Wut und Spott für den erdbebengeschädigten Burgherrn zu Hohenzollern. Hörer-Stimmen:

„Wieso retten wir nur das Bild, warum nicht gleich das Schloß?“

„Was ich übrig habe, spende ich für Arme und Behinderte.“

„Für einen Notarztwagen oder ein Lungenrettungsgerät kann man sammeln. Aber so viel Geld für ein Bild?“

Der geplante Millionen-Zuschuß der Regierung aus Steuereinnahmen wird angesichts der sonstigen Probleme der Stadt als reichlich übertrieben empfunden. Fast 100 000 Berliner sind ohne Job, mehrere hunderttausend Wohnungen können mangels Geld nicht saniert werden, überall fehlt es im Sozialetat.

Seit dem teuren Auftritt der Watteau-Retter Weizsäcker und Abs tröstet es aber manchen Berliner, daß auch großes Geld und schöner Geist derzeit ziemlich pleite sind. Einer sagte ins SFB-Mikrofon: „Der Herr kann sein Schloß nicht bezahlen? Ich meine Wohnung auch nicht mehr.“

► wie zu Beginn dieses Jahrhunderts die Menschheit unter ihren Hufen zu zerstampfen drohen ...“ (George W. F. Hallgarten, Washington D.C., Anfang Juni 1950)

* * *

Es erscheint nötig, einmal eine Geschichte der Plutokratie zu schreiben, die lediglich den Einfluss von Privatgeschäften auf die Staatsverwaltung darzustellen hätte. (George W. F. Hallgarten, "Imperialismus vor 1914", Bd. II, S. 38)

* * *

Aus dem Vorwort von 1961: „Der Sturz Hitlers brachte im wesentlichen eine Rückkehr der Vertreter der älteren, hauptsächlich auf Ranke fußenden Historikerschule, was der empirischen Beschäftigung mit den in diesem Werk diskutierten Problemen weiter abträglich war; hierzu kam, daß der Anstieg des Stalinismus, mit seiner Verquickung traditioneller marxistischer und russisch-nationalistischer Anschauungen, irgendwelche theoretischen Zugeständnisse an das, was der Marxismus im Lauf seiner langen Entwicklung irgendwo behauptet hatte, noch schwieriger machte als früher. Dies galt von der Sozialwissenschaft der gesamten westlichen Welt und zeitigte das groteske Ergebnis, daß die Geschichtswissenschaft sich um so weiter von der Analyse des Zusammenhangs zwischen sozialökonomischer Struktur und Außenpolitik entfernte, je mehr die Entwicklung der letzten dreißig Jahre hiernach schrie.“

(George W. F. Hallgarten, Washington D.C., im Juli 1961)

UMLAUFSICHERUNG DES GELDES - EIN PROBLEM?

von Siegfried Hellmonds, Berlin

Die zahlreichen Ausarbeitungen zum Problem der natürlichen Wirtschaftsordnung leiden allesamt daran, daß in der Umlaufsicherung des Geldes ein Problem gesehen wird, ohne dessen Lösung die Vermeidung von Wirtschaftskrisen nicht möglich sei.

Weil Wirtschaftskrisen weite Teile der Bevölkerung regelmäßig schwer treffen und in der Folge Verelendung in größtem Ausmaß fördern, wird geschlossen, daß die Geldhortung dasjenige Übel sei, durch das jene unhaltbaren Zustände im Wirtschaftsleben verursacht werden.

Es wird behauptet, daß den produzierten Gütern und Dienstleistungen die entsprechende Geldmenge als Nachfrage nicht gegenüberstünde. Und deshalb sei die Wirtschaft immer wieder konjunkturell bedingt von Krisen geschüttelt. Und diese Krisen könnten nur mit sogenanntem "rostendem" Geld (nach Gesell), das auf die gleiche Stufe mit den (verderblichen) Waren gestellt diesen nicht mehr "überlegen" sei, vermieden werden.

Nachweislich hat sich diese Auffassung in der Praxis nicht durchgesetzt. Die Frage stellt sich: Warum konnte diese "logische" Forderung von Gesell nicht die Änderung der Verhältnisse und Zustände bringen?

Den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun!

Das Problem, das von der Geldseite her zu kommen scheint, leidet an der Erkenntnisfähigkeit der Theoretiker über das Sollen und Wollen in unserem Wirtschaftsleben. Unser Wirtschaftsleben ist seit Jahrtausenden auf Erwerb und nicht auf Bedarf ausgerichtet.

Das Erwerbsleben ist durchweg gekennzeichnet durch Gelderwerb. Auf das "Wie" kommt es dabei nicht an. Weil alle Handlungen der Menschen auf Erwerb zielen, zeitigt das Wirtschaftsleben so exorbitante Störungen, wie sie vornehmlich im Kapitalismus zutage treten.

Die Umlaufsicherung des Geldes ist selbstverständlich eine legitime Forderung. Aber legitim ist sie auch nur dort, wo erkannt wird, daß unser Wirtschaftsleben zwar nur einen Produktionsfaktor kennt, das ist die menschliche Arbeit, jedoch neben der Erwerbsart Arbeitslohn noch die zweite - parasitäre - Erwerbsart Kapitalertrag erlaubt, ja sogar diese seit Jahrtausenden favorisiert.

Die Forderung nach Umlaufsicherung des Geldes zielt auf die Abschaffung der Erwerbsart Kapitalertrag, ohne dies jedoch zu sagen.

Und darin liegt der Fehler allen Bemühens: Die Wirtschaftskrisen sind Ergebnis der Erwerbsart Kapitalertrag. Diese Erwerbsart kann sich nur am Leben erhalten, wenn sie die ständige, durch menschliche Arbeitsleistung niedriger werdende Kapitalverzinsung, durch Geld-Streik unterbricht, um durch die Wirtschaftskrise mit ihrer "natürlichen" Kapitalvernichtung wieder rentable Anlagemöglichkeiten zu finden, wodurch die Erwerbsart Kapitalertrag wieder auflebt.

Dies geschieht regelmäßig auf Kosten der Erwerbsart Arbeitslohn, die infolge der von den Kapital-Besitzern gemeinsam verursachten Wirtschaftskrise um große Teile ihres Sparens gebracht, nach der Wirtschaftskrise wegen Angst um Arbeitsplätze zu erhöhter Arbeitsleistung und Verzicht auf große Einkommensteile gezwungen werden kann.

Diese Vergewaltigung derjenigen, die allen Reichtum schaffen durch diejenigen, die lediglich darleihen (gegen Zins) ist das Übel, an der die Gesellschaft seit Jahrtausenden leidet. Und gegen dieses Übel kann man nicht angehen, indem man das Geld "rosten" läßt.

Der erste Schritt muß sein: Verurteilung und Ächtung der Erwerbsart Kapitalertrag (Rendite, Dividende, Zinsen = Wucher im eigentlichen, ursprünglichen Sinn - siehe Luther-Bibel).

Erst wenn dieser erste Schritt getan ist, kann man weitergehende Maßnahmen erwägen, die sicherstellen, daß diejenigen, die bisher vom Kapitalertrag auf Kosten Arbeitender ihren Lebensunterhalt bezogen, nicht wieder auf Umwegen sich diese arbeitslose Erwerbsart schaffen.

Wenn das durch "rostende" Banknoten, "rostendes" Buchgeld, Sparguthaben usw. möglich ist, sollte man das tun, soweit keine andere Möglichkeit besteht, die Motive der Menschen zu beseitigen, die die Nächstenliebe im Wirtschaftsleben beseitigen wollen, um ein Schmarotzerleben auf Kosten der Allgemeinheit führen zu können.

Ist erst der erste Schritt fehl getan, schließen sich daran weitere Fehlschritte notwendig an!

Der von der Gesell-Theorie eingeschlagene Weg ist mit seinem ersten Schritt ein Irrweg, insofern er den zweiten Schritt vor dem ersten tut. Der erste Schritt muß sein: Ächtung der Erwerbsart Kapitalertrag.

Der zweite Schritt ergibt sich, wenn man sehen kann, wie die große Öffentlichkeit sich nunmehr verhält. Das Bewußtsein, warum sie seit Menschengedenken durch die parasitäre Erwerbsart Kapitalertrag immer wie-

der um die Früchte ihrer Arbeitsleistung gebracht worden ist, wird das Bewußtsein der arbeitenden Bevölkerung schärfen und die Motivation für ihre Arbeit in eine andere Richtung lenken.

Es stellen sich nicht mehr solche Fragen wie: Was bringt's mir, wenn ich mein Geld zinslos der Sparkasse überlasse?

Es stellen sich vielleicht solche Fragen:

- Welchen Gemeinschaftsnutzen hat die Gemeinschaft aller Bewohner von der zinslosen Überlassung meiner Ersparnisse?
- Welchen persönlichen Nutzen habe ich dann, wenn ich meine Ersparnisse selbst für Konsum verwenden möchte oder für eine großzügigere Zukunft- oder Alterssicherung oder auch für die Ausstattung meiner Kinder und Anverwandten?

Durch die Beseitigung der Erwerbsart Kapitalertrag sind zum Beispiel alle Investitionen sinnvoll, die der Gemeinschaft nützen. Und diese gemeinschaftsnützlichen Investitionen dienen immer auch dem einzelnen.

Besser als mit einer zinslosen Wirtschaft kann der schädliche Egoismus, der Selbstsucht ist, nicht beseitigt werden.

Der dem Menschen innewohnende Eigennutz schließt den Gemeinnutz nicht mehr aus, weil zur Verwirklichung des Eigennutzes immer auch Teile der Gemeinschaft mitwirken müssen, damit er sich verwirklichen kann.

Die Maßnahmen auf der Geldseite haben keinen Sinn, wenn man vorher das Problem des Privateigentums an Grund und Boden nicht löst!

Solange die Erwerbsart Kapitalertrag nicht gesellschaftlich geächtet und diese Erwerbsart unter Strafe gestellt ist, wie z.B. Mord und Totschlag, wird es das Bewuchern des Menschen durch andere Menschen immer wieder geben. Das geschieht dann eben mit dem natürlichen Kapital der Menschen: mit dem Grund und Boden.

Deshalb muß vor der Reform der Geldtechnik und nach der Ächtung der Erwerbsart Kapitalertrag die Vergesellschaftung des Grund und Bodens erfolgen.

Ob die Verwendung der Erträge der Nutzung des Grund und Bodens durch die Gesellschaft staatlich kontrolliert oder durch staatliche Stellen tatsächlich dauernd vorgenommen werden muß, darüber kann nach dem ersten Schritt verhandelt werden. Der erste Schritt kann aber nur sein:

Ächtung der parasitären Erwerbsart Kapitalertrag.

Im demokratischen Staat kann nur eine große Mehrheit solche einschneidenden Maßnahmen treffen. Deshalb ist es wichtig, daß die große Mehrheit weiß, über was sie entscheiden soll. Deshalb ist das wichtigste Ziel die Aufklärung der Bevölkerung über das Wirtschaftsleben, so wie es ist.

Nur wenn die Bevölkerung weiß, über was sie entscheiden soll, kann eine richtige demokratische Entscheidung zustande kommen.

Bisher ist nicht allgemein in der Bevölkerung bekannt, welches Wesen die als "Marktwirtschaft" bzw. "soziale Marktwirtschaft" eingeschmuggelte kapitalistische Wirtschaft tatsächlich hat und warum die Arbeitenden von Zeit zu Zeit Massenarbeitslosigkeit (richtiger: "Erwerbslosigkeit") hinnehmen sollen, während zu anderen Zeiten ausländische Arbeitskräfte ins Land geholt werden "müssen", damit die Wirtschaft funktioniere.

Nur die radikale Aufklärung bringt uns zum Ziel

Deshalb ist der Aufruf an alle Bevölkerungskreise, sich über das Wesen unseres Wirtschaftslebens das nötige Wissen zu verschaffen, die dringlichste Aufgabe unserer Zeit.

Soweit die Medien dazu nicht bereit sind, das heißt, sich weigern mitzuhelfen, die Verschuldungssystematik unseres Wirtschaftslebens aufzudecken, bleibt nur der Weg über die Missionierung:

Es genügt, wenn nach dem Schneeballsystem Aufklärung betrieben wird, entweder mündlich oder schriftlich.

Die Wirkung ist potentiell, d.h. die Aufklärung der Bevölkerung geschieht nach dem Schema 1 klärt 2 auf. Diese 2 klären ihrerseits je 2, also 4 auf, diese 4 dann 8, diese 8 dann 16, diese 16 dann 32 usw.

In kürzester Zeit sind alle Bevölkerungsschichten über den Ausbeutungsmechanismus aufgeklärt und wissen, wodurch sie seit Menschengedenken ausgebeutet wurden und werden.

Die Konsequenzen können nicht ausbleiben:

Da der größte Teil der Menschen von Arbeit lebt, und der geringste Teil der Menschen überwiegend oder ganz von Kapitalertrag, muß sich der Kampf der wissenden Mehrheit nun gegen diese letztere, Minderheit darstellende Bevölkerungsgruppe richten. Der Kampf wird gelingen, solange hier in der Bundesrepublik laut Grundgesetz ein "sozialer und demokratischer Rechtsstaat" deklariert ist. Die Minderheit der am Kapitalertrag Interessierten hat bei demokratischen Wahlen keine Chance. Die Wahl durch eine restlos aufgeklärte demokratische Bevölkerung verwirklicht erstmals den Grundgesetzgedanken "sozial" und "demokratisch".

Zeitplan der Aufklärung

Gesetzt den Fall, daß für jeden Aufklärungsvorgang (einer klärt zwei andere auf) eine Woche benötigt wird, braucht man 26 Wochen.

Es wird davon ausgegangen, daß ungehindert missioniert werden kann und daß die potentielle Aufklärung konsequent durchgehalten wird und keine sog. Doppel-Aufklärung unterläuft.

Übrigens wird von einer 60-Millionen-Wählerschaft ausgegangen, die in diesen 26 Wochen aufzuklären ist.

Die einzelnen Schritte zum Ziel

1. Radikale Aufklärung über das Wirtschaftsleben, so wie es ist.
2. Demokratische Abstimmung, ob es beibehalten werden soll oder nicht.
3. Ächtung und Verabscheuung der Erwerbsart "Kapitalertrag" durch
 - Verfassungsrecht
 - Strafrecht.
4. Vergesellschaftung des Grund und Bodens.
5. Änderung der "Geldtechnik" zur Verhinderung von Wirtschaftskrisen.
6. Lösung des Problems der "fallenden Lohnquote" und fallender Preise.
7. Lösung des Problems des internationalen Handels.
8. Verhinderung des internationalen Geldhandels und Kapitaltransfers.

Der falsche Weg

Solange die Erwerbsart "Kapitalertrag" gesetzlich nicht verboten ist, ist es unredlich, diejenigen zu verteufeln, die aus dieser Erwerbsart ihren Unterhalt beziehen oder steinreich werden.

Denn solange diese Erwerbsart gesetzlich erlaubt ist, ja sogar favorisiert ist in allen Ländern der Erde, kann ein Kampf gegen diese Erwerbsart und ihre Auswüchse nicht erfolgreich geführt werden.

Deshalb scheiterten sämtliche Versuche, die wirtschaftlichen Mißstände zu beseitigen, auch die von Moses, David, Jesus, Zinsverbote des Mittelalters, Luthers Zinsverteufelung, Karl Marx und seine Epigonen, Gesell, Ude; die Sozialistische Internationale ist noch nicht gescheitert, hat aber, da sie auf dem Marxismus aufgebaut ist, kaum größere Chancen.

Lediglich gegen Wirtschaftswachstum zu kämpfen, ist nur ein Kampf gegen Symptome. Der Kampf gegen Umweltverschmutzung ist ebenfalls ein Kampf gegen Windmühlenflügel, weil die erlaubte Erwerbsart "Kapitalertrag" nun einmal diese Auswüchse erforderlich macht, bis hin zu Hochrüstungen und Bürger- und Völkerkriegen einschließlich Weltkriege!

Der Kampf mit den falschen Mitteln gegen Symptome kann nicht erfolgreich sein. Ohne die Wurzel zu beseitigen, hat alles Bemühen keinen Sinn.

Nach vorstehendem wird ersichtlich, warum alle Bemühungen zur Lösung der "sozialen Frage" bisher gescheitert sind - ja, scheitern mußten! Deshalb richtet Verfasser dieses hiermit einen

Appell an alle Gleichgesinnten

mit dem Ziel der Herstellung des Konsenses hinsichtlich des Weges zum Ziel. Das Ziel ist unbestritten die Lösung der sozialen Frage. Die soziale Frage besteht seit Existenz des Wuchers = Zins in allen seinen Erscheinungsformen.

Daß die Ausbeutung des Menschen durch Menschen mit Hilfe des Geldes geschieht, darf uns nicht länger glauben lassen, daß mit der Änderung der Geldtechnik die legitime Erwerbsart "Kapitalertrag" zu beseitigen wäre. Geld ist nur Tatwerkzeug. Am Tatwerkzeug etwas ändern zu wollen, um etwas ganz anderes zu bewirken, ist m.E. nicht legitim. Im übrigen beweist der bisherige "Erfolg" die Unwirksamkeit allen Bemühens zur Lösung der sozialen Frage. Ohne die Ächtung und Unter-Strafe-Stellung der gemeinschaftsschädlichen Erwerbsart "Kapitalertrag" ist die Lösung der sozialen Frage nicht möglich.

Es wird hiermit darum gebeten, möglichst umgehend Stellungnahme hierzu an den Verfasser zu übermitteln, um festzustellen, inwieweit Konsens unter den einzelnen Gruppen und Einzelkämpfern vorhanden oder möglich ist.

Wer es nicht wagt, die Systemfrage zu stellen, der hat auch nicht das Recht, sich über die Auswirkungen des Wirtschaftslebens zu beklagen.

Verfasser: Siegfried Hellmonds
Waßmannsdorfer Chaussee 28-40
D - 1000 Berlin 47

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
3057 Neustadt 1

z.Zt. Lahr / 25. 12. 82

Herrn
Siegfried Hellmonds
Waßmannsdorfer Chaussee 28 - 40

1000 Berlin 47

Sehr geehrter Herr Hellmonds,

vorweg wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie frohe Festtage und
ein gutes
Jahr 1983.

Manchmal bleibt auch bei mir Post unbeantwortet liegen. Es ist
von mir kein böser Wille den Absender zu betrüben.

Den Text „Umlaufsicherung des Geldes ...“ habe ich gelesen.
Mir schien er unklar. Erst dachte ich, Sie sähen in der Um-
laufsicherung kein Problem, das es zu lösen gelte. Dann wurde
mir klar, daß Sie es für falsch halten, in der Aufklärungsar-
beit das Wie zu betonen und es für richtiger finden, den Leu-
ten das Warum zu verdeutlichen.

Über die Frage der richtigen Aufklärung hat es schon so viel
Streit in der Freiwirtschaft gegeben, daß es nur Kraftver-
schwendung ist, ihn fortzuführen. Da keiner ein Monopol für
den richtigen Weg hat, muß jeder sein Glück nach seiner Ein-
sicht und mit seinen Möglichkeiten suchen.

Eine Aufklärungsarbeit nach dem Schneeballsystem würde m. E.
nur dann Erfolg bringen, wenn die Empfänger und Weiter-Sender
der Information nicht gezwungen wären, Freiwirtschaft zu ver-
stehen, sondern nur die Unterstützung dafür zu geben, daß alle
Lösungsmöglichkeiten zur Aufhebung der Arbeitslosigkeit (also
auch die freiwirtschaftliche) öffentlich und ausgiebig disku-
tiert werden.

Es grüßt Sie

Tristan Abromeit

Anlage 5 Infos

(Abschrift von einer blassen Durchschrift. 12/07 TA)

Siegfried Hellmonds

Waßmannsdorfer Chaussee 28-40
1000 Berlin 47

10. Januar 1983

Sehr geehrter Herr Abromeit,

im Namen meiner Familie darf ich zunächst Ihre Wünsche zum Jahreswechsel erwidern und bedanke mich für Ihr Schreiben vom 25.12.1982, auf das ich hier kurz Stellung nehmen will.

Sie haben sehr richtig bemerkt, daß ich u.a. nicht nur das "Wie", sondern gerade das "Warum" erklären will. Aber das ist nicht alles.

Vor allem geht es mir um die Einführung einer neutralen Terminologie, die jenseits aller Spiegelfechtereien alter und neuer Ökonomen samt ihrer Theorien neue Wege aufzeigen soll.

Dies erscheint mir deshalb notwendig, weil ich weiß, daß, wenn man auf irgendeinen Ökonomen und dessen Theorie verweist, sofort das Gegenargument eines anderen Ökonomen herbeizitiert wird, um die vorherige Auffassung zu untergraben oder zu widerlegen.

Wenn man also mit der Terminologie der bekannten Ökonomen operiert, und/oder auch die von Gesell, Walker und anderen einbezieht, erkennt man sehr schnell, daß nur eine Fortsetzung des alten und immer aktuellen Ökonomen-Streit dabei herauskommt. Und da dieses Verfahren in der Vergangenheit nicht zu einer Änderung der schlimmen Auswirkungen unseres Wirtschaftslebens geführt hat, halte ich das Begehen eines neuen Weges für nötig.

Mit meiner Terminologie hoffe ich außerhalb aller bekannten Ökonomie-Theoretiker die Zusammenhänge unseres Erwerbslebens klarmachen zu können, ohne mich in die widerstreitenden Ökonomen-Theorien einmischen zu müssen.

Mein Ziel ist es, daß die breite Bevölkerung anhand logischer und leicht verstehbarer Begriffe und deren Erklärungen sich sehr schnell ein Bild von unserem Wirtschafts- und Erwerbsleben machen kann. Dies muß letztendlich dazu führen, daß der Wunsch nach Änderung des Systems von der breiten Bevölkerung artikuliert wird, weil sie endlich weiß, daß sie zu den "Draufzahlern" gehört.

Diesen Vorschlag hatte ich auch 15 sog. "Freiwirtschaftlern" gemacht, von denen sich leider nur drei mehr oder weniger ablehnend geäußert haben.

Ich hoffe dennoch, daß jenseits aller Ökonomie-Theorien eine Darlegung der Wirtschafts-Tatsachen möglich ist, und daß sich die "Ehrlich"-Suchenden dem nicht verschließen können.

In diesem Sinne übermittle ich einen freundlichen Gruß, Ihr


S. Hellmonds

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
5057 Heustadt 1

2.2.83

Herrn
Siegfried Hellmonds
Waßmannsdorfer Chaussee 25 - 40
-1000 Berlin 47

Sehr geehrter Herr Hellmonds,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 10. 1 83. Daß die Kommunikation unter einer unterschiedlichen Terminologie für den gleichen Sachverhalt leidet, ist richtig. Es hat auch unter Freiwirten Versuche gegeben, einwandfreie Definitionen zu erarbeiten.

Ich glaube, wir müssen damit leben, daß wir die Sachverhalte immer neu dem Publikum und der Zeit angepaßt beschreiben müssen. Auch wenn Sie versuchen, neue Definitionen zu liefern, wird das Problem nicht gelöst. Gesprächspartner müßten sich immer einigen, wessen Terminologie sie verwenden wollen. Die Hellmonds'schen Definitionen müßten inhaltlich bekannt sein. Jede Definition ist aber ein Kürzel für eine Gedankenkette, die ja erst nachvollzogen werden müßte, damit das Kürzel verstanden werden kann. Sie würden bei dem Versuch, Ihren Definitionen allgemeine Anerkennung zu verschaffen, die gleichen Probleme haben, wie wir sie heute bei der Vermittlung von freiwirtschaftlichen Inhalten haben.

W... B..., Heilpraktiker, grüner Freiwirt, P... 10,
Berlin .., T. ... habe ich Ihre Anschrift zwecks Kontaktaufnahme gegeben.

Die beiden Anlagen haben wir auf der letzten Bundesversammlung der Grünen in Sindelfingen verteilt.

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

(Abschrift von einer blassen Durchschrift. 12/ 07, TA)

EIN NULLSUMMENSPIEL



BRINGT

DAS

GUTE

ZUM

WACHSEN,

DANN

SCHRUMPF

DAS

BÖSE

VON

SELBST



**IDEEN
MEINUNGEN**

Siegfried Hollmonds
Wabmannsdorfer Chaussee 28-40
1000 Berlin 47